



Bericht

der Landesregierung

Verfassungsschutzbericht 2013

Federführend ist das Innenministerium

I VERFASSUNGSSCHUTZ IN SCHLESWIG-HOLSTEIN	5
1 Aufgaben	5
2 Organisation	6
3 Befugnisse	7
4 Kontrolle	8
5 Geheim- und Sabotageschutz, Zuverlässigkeitsüberprüfungen.....	9
6 Mitwirkung der Verfassungsschutzbehörde bei Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren.....	11
7 Wirtschaftsschutz, Spionageabwehr und Proliferation	12
II RECHTSEXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN	18
1 Überblick	19
2 Straf- und Gewalttaten	23
2.1 Entwicklung	23
2.2 Straf- und Gewalttaten.....	24
3 Organisationen und Gruppierungen des rechtsextremistischen Spektrums	27
3.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).....	27
3.1.1 Bundesverband	27
3.1.2 NPD-Landesverband Schleswig-Holstein	30
3.1.3 Beteiligung an Wahlen	31
3.1.3.1 Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 26. Mai.....	31
3.1.3.2 Bundestagswahl am 22.September	32
3.1.4 Junge Nationaldemokraten (JN)	36
3.1.5 Verbotsantrag	38
3.2 Personenzusammenschlüsse im aktionistischen Rechtsextremismus.....	39
3.3 Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste in Schleswig-Holstein	42
4 Aktionsformen und Schwerpunkte der Agitation	43
4.1 Aktionen	43
4.2 Inhaltliche Schwerpunkte	47
4.2.1 Ausländerfeindlichkeit wird wieder Agitationsschwerpunkt.....	47
4.2.2 Entwicklungen im subkulturell geprägten Rechtsextremismus	51
4.2.3 Entwicklungen in der rechtsextremistischen Musikszene	56
5 Rechtsextremistische Aktivitäten in Kreisen und Städten	56
5.1 Nördlicher Landesteil	56
5.2 Kiel und Umgebung	57
5.3 Neumünster und Umgebung.....	59
5.4 Südwestlicher Landesteil.....	60
5.5 Südöstlicher Landesteil	61
6 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2011 bis 2013	64
III LINKSEXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN	65
1 Überblick	65
2 Straf- und Gewalttaten	68

2.1 Entwicklung	68
2.2 Straf- und Gewalttaten.....	68
2.3 Regionale Betrachtung	71
3 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums	72
3.1 Undogmatischer Linksextremismus	72
3.1.1 Entwicklung der undogmatischen Szene	72
3.1.2 Bedeutung der Aktionsform Kampagne	74
3.2 Dogmatischer Linksextremismus	75
3.2.1 Entwicklung der dogmatischen Szene	75
3.2.2 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP).....	75
3.2.3 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ).....	76
3.2.4 Weitere Organisationen	77
3.3 „Rote Hilfe e.V.“ (RH).....	77
4 Aktionsfelder	78
4.1 „Anti-Faschismus“	79
4.1.1 Aktionen im Zusammenhang mit der Kommunal- und der Bundestagswahl	80
4.1.2 Kampagnen.....	81
4.1.2.1 „Nazi-Watch-SH“	82
4.1.2.2 „DIY - In die Antifaschistische Offensive gehen - Da geht noch mehr“	83
4.1.2.3 „An die Substanz! Rechte Infrastruktur aufdecken. Nazis in die Pleite treiben!“	84
4.1.2.4 „Antifaschistischer Adventskalender“	86
4.1.2.5 Eigene Internetformate für „Outing-Aktionen“	86
4.1.2.6 Fehlerhaftigkeit von „Outing-Aktionen“	87
4.2 „Anti-Rassismus“	88
5 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2011 bis 2013	91
IV EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN MIT AUSLANDSBEZUG	92
1 Überblick	92
2 Islamismus	94
3 „Salafistische Bestrebungen“ in Deutschland und Schleswig-Holstein	97
4 Nutzung internetbasierter Kommunikationsformen durch islamistische Gruppierungen und Einzelpersonen	102
5 Islamistischer Terrorismus	104
5.1 Jihadismus	104
5.2 Aktuelle internationale Entwicklungen im Berichtsjahr.....	104
5.3 Das „al-Qaida“-Netzwerk.....	106
5.4 Regionale islamistische Terrororganisationen.....	112
5.4.1 „Islamische Bewegung Usbekistans“	112
5.4.2 Islamistisch-kurdische Netzwerke	112
5.4.3 Nordkaukasische Separatistenbewegung	113
5.5 Entwicklungen in Deutschland.....	114
5.5.1 Ausreisefälle	116
5.5.2 Entwicklungen in Schleswig-Holstein.....	120
6 Organisationen und Gruppierungen	123
6.1 „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“	123
6.2 „Tablighi Jama’at“	124
6.3 „Die Muslimbruderschaft“ und die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“	125
6.4 „Hizb Allah“	128
6.5 „Türkische Hizbullah“	130

7 Nicht islamistisch motivierter Extremismus mit Auslandsbezug.....	133
7.1 „Arbeiterpartei Kurdistan“	133
7.2 „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ („Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“ - ADÜTDF).....	143

8 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängierzahlen der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2011 bis 2013	144
--	------------

V ÜBERSICHT IM BERICHT GENANNTER EXTREMISTISCHER ORGANISATIONEN.....	146
---	------------

1 Rechtsextremistische Bestrebungen	146
--	------------

2 Linksextremistische Bestrebungen	147
---	------------

3 Extremistische Bestrebungen mit Auslandsbezug.....	147
---	------------

I Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein

1 Aufgaben

Der Verfassungsschutz schützt die Werte, welche unseren demokratischen Rechtsstaat ausmachen: die freiheitliche demokratische Grundordnung. Geschützt werden die Menschenrechte und die Demokratie sowie wichtige Verfassungsgrundsätze, auf die das Wesen der Demokratie gründet. Es handelt sich hierbei um Werte, die die Freiheit garantieren und den Einzelnen vor Diktatur und Bevormundung bewahren. Freiheit ist aber nur in Sicherheit möglich. So muss der Verfassungsschutz auch den Bestand und die Sicherheit des Staates schützen, eben jener Institution, welche als einzige die Freiheit effektiv zu garantieren vermag.

Im Unterschied zur Weimarer Republik hält die Bundesrepublik jedoch nicht still, wenn Extremisten sich daran machen, die Freiheit abzuschaffen. Die Bundesrepublik verteidigt ihre freiheitliche demokratische Grundordnung. In dieser streitbaren Demokratie kommt dem Verfassungsschutz die Funktion eines Frühwarnsystems zu: Erklärt Gefahren für die Freiheit und Sicherheit auf und informiert die Regierung sowie die Bevölkerung darüber. Aber auch andere Behörden und Institutionen sind Adressat seiner Informationen, so z.B. die Polizei und Justiz, wenn seine Erkenntnisse unmittelbar in Gefahrenabwehr- oder Strafverfolgungsmaßnahmen umgesetzt werden müssen.

Angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus genügt es aber nicht, Freiheit und Sicherheit nur in Deutschland zu schützen. Wird z.B. in Deutschland Geld für Terroranschläge im Ausland gesammelt, muss der Verfassungsschutz dem im Interesse der auswärtigen Belange der Bundesrepublik nachgehen.

Neben der Abwehr von Gefahren durch Extremisten aller Couleur hat der Verfassungsschutz noch die Aufgabe der Abwehr von Spionageaktivitäten. Dabei hat sich das Interesse fremder Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges auf die Wirtschaft verlagert. Hier konzentrieren sich die Abwehrbemühungen auf den illegalen Technologietransfer.

Weiterhin wirkt der Verfassungsschutz beim Geheim- und Sabotageschutz mit. Der Geheimschutz dient dem Schutz von staatlichen Verschlusssachen. Zu denken ist hier an geheime Regierungsdokumente und polizeiliche Fahndungskonzepte, aber auch an Pläne zu Waffensystemen. Solche Geheimnisse dürfen nur verantwortungsvollen Personen anvertraut werden, bei denen keine Anhaltspunkte für ein Sicher-

heitsrisiko vorhanden sind. Der Verfassungsschutz hilft bei deren Auswahl. Zudem berät er Behörden zu baulichen und technischen Sicherheitsvorkehrungen und wirkt in der Atom-, Luft- und Hafensicherheit mit. Auch bei Einbürgerungsverfahren und Verfahren zur Erteilung von Aufenthaltstiteln wird der Verfassungsschutz beteiligt.

2 Organisation

Verfassungsschutz ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Insgesamt gibt es 17 Verfassungsschutzbehörden: 16 Landesverfassungsschutzbehörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) als deren Koordinierungsstelle. Die Landesverfassungsschutzbehörden sind entweder als eigenständige Landesämter organisiert oder Teil des jeweiligen Innenministeriums, so auch in Schleswig-Holstein. Die für den Verfassungsschutz zuständige Abteilung des schleswig-holsteinischen Innenministeriums hat derzeit rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedenster Fachrichtungen. Die Abteilung war im Berichtszeitraum in vier Referate gegliedert:

- Verwaltung, Rechts- und Grundsatzfragen, Datenschutz,
- Nachrichtenbeschaffung,
- Auswertung Rechts- und Linksextremismus, Öffentlichkeitsarbeit,
- Auswertung Ausländerextremismus, Spionageabwehr, Geheim- und Sabotageschutz.

Für Sachmittel und Investitionen standen im Berichtsjahr rund 925.400 Euro an Haushaltsmitteln zur Verfügung.

Der 2. Parlamentarische Untersuchungsausschuss des 17. Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der Mordserie des NSU (PUA NSU) hat seine Arbeit 2013 abgeschlossen. Seine Empfehlungen werden in enger Abstimmung von Bundes- und Landesbehörden umgesetzt. Zurzeit ist eine Umorganisation der Landesbehörde für Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein geplant, bei der die Ergebnisse sowohl des PUA NSU als auch der Bund-Länder-Kommission-Rechts in die organisatorischen Planungen maßgeblich einbezogen werden.

3 Befugnisse

Die Befugnisse des Verfassungsschutzes sind darauf beschränkt, Informationen zu sammeln und auszuwerten. Mehr darf er nicht: Er darf keine Personen festhalten oder verhaften. Er darf nicht Vereine verbieten oder Ausländer ausweisen. Derartige ordnungsrechtliche oder polizeiliche Exekutivbefugnisse stehen ihm nicht zu.

Der Verfassungsschutz benötigt diese auch nicht zur Erfüllung seiner Aufgabe: Wie oben dargelegt, besteht sie allein darin, Gefahren für die Freiheit und Sicherheit aufzuklären. Die Beseitigung der aufgeklärten Gefahren ist nicht seine Aufgabe. Er kann aber seine Informationen an Behörden weitergeben, denen die Beseitigung der Gefahren oder die Verfolgung damit einhergehender Straftaten obliegt, z.B. an Polizei oder Staatsanwaltschaft sowie an die Vereins- oder Ausländerbehörden. Diese Behörden entscheiden dann selbst, ob und ggf. wie sie aufgrund der Informationen des Verfassungsschutzes tätig werden.

Zum Schutz von Freiheit und Sicherheit ist der Verfassungsschutz berechtigt, bereits auf den Verdacht einer Gefahr hin, tätig zu werden und Informationen zu sammeln.

Der Verdacht muss allerdings hinreichend begründet sein.

Gefahren für die Freiheit und Sicherheit sind politische Gefahren. Zu deren Aufklärung richtet der Verfassungsschutz sein Augenmerk auf politisch wirksame Personenzusammenschlüsse, z.B. auf extremistische Gruppen, Vereine und Parteien.

Nicht Einzelpersonen, sondern primär solche Bestrebungen sind es, die den Verfassungsschutz interessieren. Einzelpersonen sind für ihn nur dann von Interesse, wenn sie Teil einer Bestrebung sind, sei es als Mitglied, insbesondere dann, wenn sie in der Bestrebung als Funktionäre tätig sind oder sei es als Unterstützer z.B. terroristischer Vereinigungen.

Zu diesen Bestrebungen sammelt der Verfassungsschutz Informationen. Er greift dazu überwiegend auf öffentlich zugängliche Quellen zurück, so z.B. auf die Publikationen von Extremisten. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Internet zu. Dort agieren diese auf zahlreichen Seiten.

Ferner wertet der Verfassungsschutz Polizeiberichte und Gerichtsurteile aus. Zu verdächtigen Personen werden Daten aus behördlichen Registern, z.B. aus dem Melderegister, Personalausweisregister, Ausländerzentralregister oder Fahrzeugregister abgefragt. Diese Behördenauskünfte machen einen Anteil von etwa 20% der gesammelten Informationen aus.

Erhärtet sich der Verdacht gegen eine Bestrebung, können Informationen auch heimlich mithilfe sog. nachrichtendienstlicher Mittel beschafft werden. Zu denken ist hier an eine Observation oder an den Einsatz von V-Leuten (Vertrauens- oder Verbindungsleute). Bei schwerwiegenden Gefahren für die Freiheit und Sicherheit kann zudem der Post- und Telekommunikationsverkehr von Verdächtigen überwacht werden.

Greift der Verfassungsschutz bei der Beobachtung Verdächtiger in Grundrechte ein, muss er stets die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs prüfen. Dabei geht es um die Frage, inwieweit der Schutz der Freiheit und Sicherheit der Allgemeinheit eine Beschränkung der Freiheit der Betroffenen rechtfertigt. Diese Abwägung wird sorgfältig in jedem Einzelfall vorgenommen. Bei schwerwiegenden Eingriffen, wie z.B. der Überwachung des Post- und Telekommunikationsverkehrs, ist dem Innenminister persönlich die Entscheidung vorbehalten.

Unter welchen Voraussetzungen welche nachrichtendienstlichen Mittel gegen wen angeordnet werden können, ist im Landesverfassungsschutzgesetz und im Artikel 10-Gesetz geregelt.

4 Kontrolle

Besondere Bedeutung kommt neben der Kontrolle durch die Gerichte und das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz der Kontrolle durch das Parlament zu. Sie ist erforderlich, da die Gerichte zumindest die geheime Tätigkeit des Verfassungsschutzes nur eingeschränkt überprüfen können.

Die parlamentarische Kontrolle erfolgt insbesondere durch zwei vom Landtag eingesetzte Ausschüsse: dem Parlamentarischen Kontrollgremium und der G 10-Kommission.

Das Parlamentarische Kontrollgremium kontrolliert den Verfassungsschutz insgesamt. Dazu berichtet der Innenminister dem Gremium zu den wesentlichen Vorgängen und Erkenntnissen.

Soll der Post- und Telekommunikationsverkehr eines Verdächtigen überwacht werden, muss der Innenminister dafür zuvor die Genehmigung der G 10-Kommission einholen. Auf diese Weise wird die Tätigkeit des Verfassungsschutzes nicht nur in ihrer Gesamtheit, sondern auch im Einzelfall vom Parlament überprüft.

5 Geheim- und Sabotageschutz, Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Im Bereich Geheim- und Sabotageschutz obliegt der Verfassungsschutzbehörde eine Mitwirkungsaufgabe. Sie führt Sicherheitsüberprüfungen im Auftrag der Landesbehörden durch, ist angefragte Stelle in Zuverlässigkeitsüberprüfungsverfahren und unterstützt auch durch Beratung und Normensetzung den Schutz staatlicher Verschlusssachen. Diese bedürfen eines besonderen Schutzes gegen Kenntnisnahme durch Unbefugte, insbesondere durch fremde Nachrichtendienste. Daher ist die Verbreitung der Verschlusssachen nur auf einen eng begrenzten Personenkreis beschränkt, bei dem jeweils gewährleistet sein muss, dass keine Anhaltspunkte bestehen, die Zweifel an der Zuverlässigkeit bei der Wahrnehmung der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit begründen. Hierzu dient die Sicherheitsüberprüfung. Zudem sind Schutzmaßnahmen in materieller Hinsicht (Zugangskontrollen, Sicherheitsbereiche, IT-Schutz) erforderlich, die einen Informationsabfluss wirksam verhindern sollen.

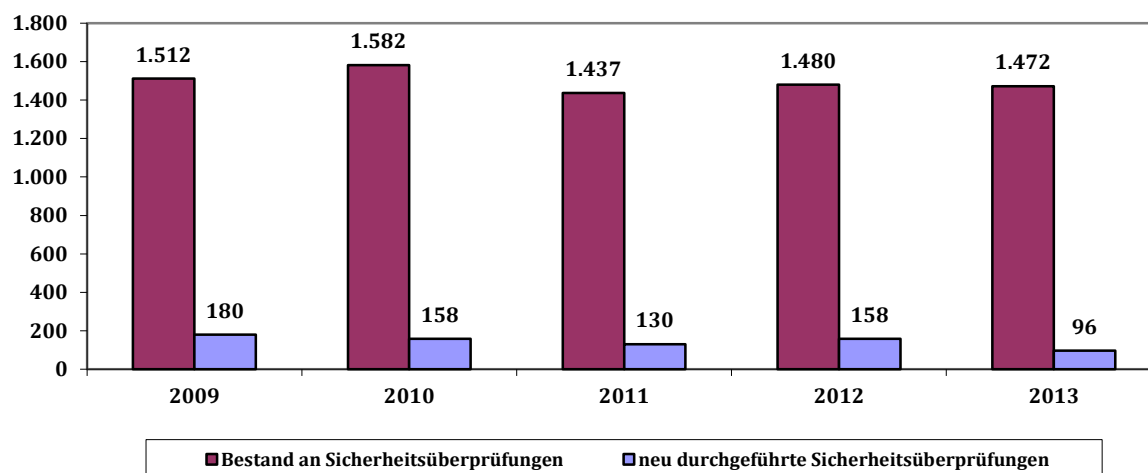
Hierbei berät und unterstützt die Verfassungsschutzbehörde.

Auf deren Veranlassung kann ergänzend das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im Rahmen von technischen Prüfungen und Schulungen bei der Umsetzung von materiellen Schutzmaßnahmen mitwirken. Die im Berichtsjahr bekannt gewordene NSA-Spähaffäre zeigt u.a. die Notwendigkeit auf, auch weiterhin Öffentlichkeit, Behörden und Unternehmen zu IT-Schutzmaßnahmen zu sensibilisieren.

Im Berichtszeitraum verringerte sich die Gesamtzahl der neu durchgeführten Sicherheitsüberprüfungen für Landesbehörden auf 96. Sofern die für 2014 geplante Sicherheitsüberprüfungsfeststellungsverordnung für Schleswig-Holstein verabschiedet wird, die den Schutz kritischer Infrastrukturen durch Sabotageschutzüberprüfungen weiter verbessern soll, ist perspektivisch jedoch von einer deutlichen Erhöhung der Überprüfungszahlen auszugehen.

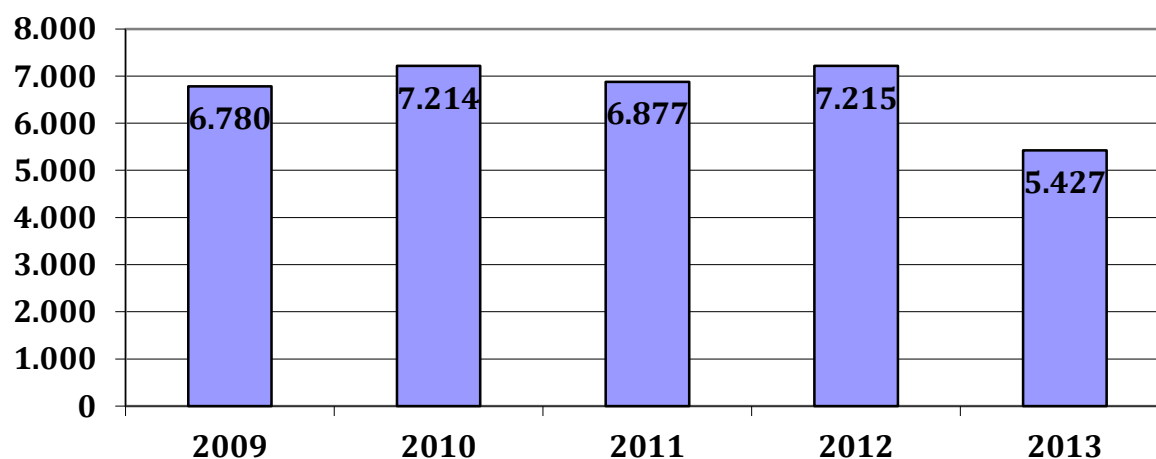
Der Bestand an sicherheitsüberprüften Personen innerhalb der Landesverwaltung und bei geheimschutzbetreuten Unternehmen blieb zum Jahresende mit 1.472 nahezu konstant.

Sicherheitsüberprüfungen



Nach dem Atom-, Luftsicherheits- oder Hafensicherheitsgesetz wurden 5.427 Anfragen bearbeitet. Mit Zuverlässigkeitsüberprüfungen soll verhindert werden, dass Gefährdungen durch mögliche extremistische Innentäter in den vorgenannten, sensiblen Bereichen ausgehen können. Auch diese Überprüfungsverfahren erfolgen wie bei der Sicherheitsüberprüfung nur mit Zustimmung der Betroffenen auf gesetzlicher Grundlage.

Zuverlässigkeitsüberprüfungen



Durch eine Zuständigkeitsverlagerung bei den Luftsicherheitsbehörden und zeitweiser Übernahme durch das LfV Hamburg verringerte sich die Anzahl der Auskunftserteilungen durch die Verfassungsschutzbehörde im Rahmen von Zuverlässigkeitsüberprüfungen.

6 Mitwirkung der Verfassungsschutzbehörde bei Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren

Das Aufenthaltsrecht enthält neben der Steuerungsfunktion des Zuzugs von Ausländern auch sicherheitsrelevante Vorschriften. Diese umfassen die Mitwirkungsaufgaben der Verfassungsschutzbehörde bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln. Aus diesem Grund übermitteln die Ausländerbehörden in einem automatisierten technischen Beteiligungsverfahren die Daten von Personen, die einen Aufenthaltstitel beantragen, an die Sicherheitsbehörden. Durch dieses Mitwirkungsverfahren kann festgestellt werden, ob Versagungsgründe gegen die Erteilung eines Aufenthaltstitels oder sonstige Sicherheitsbedenken vorliegen.

Die gleichen Sicherheitsanforderungen werden an Einbürgerungsbewerber gestellt. So fragen die Einbürgerungsbehörden bei den Verfassungsschutzbehörden an, ob gegen den Einbürgerungsbewerber Erkenntnisse vorliegen, die zur Versagung der Einbürgerung führen könnten.

Im Jahr Berichtsjahr wurden in Aufenthaltsverfahren 8.192 (2012: 6.501) und in Einbürgerungsverfahren 2.449 (2012: 4.355) Anfragen durch die schleswig-holsteinischen Ausländer- und Einbürgerungsbehörden an die Verfassungsschutzbehörde gestellt, wobei bei 116 (73 Aufenthaltsanfragen; 43 Einbürgerungsanfragen) Personen sicherheitsrelevante Erkenntnisse vorgelegen haben.

Anfragen Aufenthalt

	Anfragen	Sicherheitsrelevante Fälle
2009	3.241	29
2010	3.703	53
2011	1.575	39
2012	6.501	58
2013	8.192	73

Anfragen Einbürgerung

	Anfragen	Sicherheitsrelevante Fälle
2009	3.485	20
2010	3.398	33
2011	1.940	19
2012	4.355	49
2013	2.449	43

Durch das automatisierte technische Beteiligungsverfahren ist auch eine enge Kooperation der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder sichergestellt. In Schleswig-Holstein besteht seit 2007 eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe, an der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachaufsicht der Staatsangehörigkeits- und Ausländerbehörden, der Polizei, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Verfassungsschutzbehörde teilnehmen.

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, diejenigen Einzelfälle einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, die besondere Sicherheitsrelevanz haben und deshalb eine enge behördenübergreifende Zusammenarbeit unerlässlich machen.

Der seit 2008 festgestellte Zuzug von Personen aus dem islamistischen Spektrum aus Bayern und Nordrhein-Westfalen war so nicht mehr wahrnehmbar.

In den Jahren 2012 und 2013 konnte festgestellt werden, dass der Schwerpunkt der Fälle mit sicherheitsrelevanten Erkenntnissen sich im Wesentlichen aus Personen zusammensetzt, die entweder dem Umfeld der „Arbeiterpartei Kurdistans“ bzw. deren Nachfolge- und Teilorganisationen, oder aber dem islamistischen Spektrum zuzurechnen waren.

7 Wirtschaftsschutz, Spionageabwehr und Proliferation**Spionageabwehr**

Zahlreiche ausländische Nachrichtendienste haben es sich zur Aufgabe gemacht, illegale Spionageaktivitäten in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Militär auf bundesdeutschem Territorium zu entfalten. Dabei agieren fremde Geheimdienste in unterschiedlicher Personalstärke abgetarnt unter dem Deckmantel der Diplomatie, um Informationsbeschaffung zu betreiben, oder um geheimdienstli-

che Operationen ihrer Zentralbehörden zu unterstützen. Die Schwerpunkte ihrer Beschaffungsaktivitäten orientieren sich dabei an den politischen Vorgaben oder auch den wirtschaftlichen Prioritäten in den Heimatländern.

Zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags hat die Spionageabwehr Schleswig-Holstein die Aufgabe, sach- und personenbezogene Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht zu sammeln und auszuwerten. Dabei geht es nicht allein um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie die Enttarnung von Agenten, sondern auch um die systematische Aufklärung von Strukturen, Modi Operandi sowie den Zielen fremder Nachrichtendienste.

Beschaffungsmethoden fremder Nachrichtendienste

Das Knowhow und die Innovationen der deutschen Wirtschaft erwecken im Ausland zum Teil große Begehrlichkeiten. Demzufolge nutzen ausländische Nachrichtendienste verschiedenste Ansätze, um sich diese Informationen anzueignen. Es wird dabei sowohl offene wie auch konspirative Nachrichtenbeschaffung von schützenswerten Informationen betrieben.

Bei der offenen Beschaffung werden Veröffentlichungen in den Printmedien und dem Internet ausgewertet. Der Besuch von öffentlichen Veranstaltungen (z.B. Messen, Kongresse, Symposien) sowie die Teilnahme an Studiengängen und wissenschaftlichen Projekten zählen ebenfalls dazu.

Bei der konspirativen Beschaffung werden ausländisch gesteuerte Agenten eingesetzt, oder auch Innentäter angeworben. Hierzu zählen z.B. das Abhören von Besprechungsräumen, die Überwachung von Telekommunikation und sogenannte Cyber-Angriffe, also Angriffe auf einzelne Computer oder Netzwerke, um gezielte Ausforschung zu betreiben.

Wirtschaftsschutz

Nach wie vor ist festzustellen, dass insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen in Schleswig-Holstein dem Thema Wirtschaftsspionage nicht in jedem Fall die notwendige Aufmerksamkeit widmen. Ausländische Nachrichtendienste nutzen

gezielt Sicherheitslücken, um schützenswertes Wissen und Erkenntnisse der Unternehmen auszuforschen und diese Erkenntnisgewinne für die heimische nationale Wirtschaft zu nutzen, um so einen Wettbewerbsvorteil auf dem globalen Markt zu erlangen.

Viele mittelständische Unternehmen in Schleswig-Holstein produzieren Spitzen- und Hochtechnologie. Dementsprechend sind die Produkte und die Patente dieser Firmen lukrative Angriffsziele für fremde Mächte. Da sie sich vielfach als nicht betroffen und gefährdet sehen, vernachlässigen einige Unternehmen zum Teil ihren Schutz und können somit ein leichtes Angriffsziel sein. Ein Angriff durch fremde Nachrichtendienste könnte dramatische Auswirkungen haben, da kopierte Produkte durch einen Konkurrenten zeitgleich und kostengünstiger am Markt angeboten werden könnten. Im schlimmsten Fall drohen den betroffenen Unternehmen erhebliche finanzielle Verluste.

Um diese Angriffe zu verhindern, steht der Verfassungsschutz Schleswig-Holstein in engem Kontakt mit der Wirtschaft und den zuständigen Gremien. Im Jahr Berichtsjahr wurden daher insgesamt zehn große Multiplikatorenveranstaltungen, unter anderem bei Einzelunternehmen, Innovationszentren, Unternehmensverbänden und der Industrie- und Handelskammer (IHK) durchgeführt.

Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung

Es ist bekannt, dass sich neben ausländischen Nachrichtendiensten auch konkurrierende Unternehmen für Knowhow „Made in Germany“ interessieren. Durch Ausspähung wird dabei versucht, sich einen Wissensvorsprung für wirtschaftspolitisches Handeln zu verschaffen oder einen technologischen Rückstand zu verringern. Es lässt sich nur schwer unterscheiden, ob es sich bei der Ausspähung um Wirtschaftsspionage oder Konkurrenzausspähung handelt. Wirtschaftsspionage ist staatlich gesteuert und wird durch einen Nachrichtendienst betrieben. Konkurrenzausspähung demgegenüber wird von einem konkurrierenden Unternehmen durchgeführt.

Bei eindeutigen Belegen für Aktivitäten fremder Nachrichtendienste gegen deutsche Sicherheitsinteressen prüft die Spionageabwehr eine Übermittlung der Erkenntnisse an die Strafverfolgungsbehörden. Daneben können durch Konkurrenzausspähung geschädigte Unternehmen zivilrechtliche Schadensersatzansprüche geltend machen.

Proliferation

Ein weiterer Schwerpunkt der Spionageabwehr des Verfassungsschutzes ist es, die Proliferation, also die illegale Beschaffung von Gütern, Technologien und Knowhow zur Entwicklung und Herstellung von Massenvernichtungswaffen, aufzuklären und zu verhindern. Dementsprechend werden Unternehmen über diese Gefahren informiert und sensibilisiert. Darüber hinaus werden bei Verdachtsfällen individuelle Maßnahmen durchgeführt, um Beschaffungsbemühungen zu vereiteln.

Die Bemühungen von so genannten Risikostaat (z.B. Iran, Nordkorea, Syrien und Pakistan) sich illegal Material zum Bau von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen mit den erforderlichen Trägersystemen zu beschaffen, bestehen unvermindert fort.

Gastwissenschaftler

In Schleswig-Holstein existieren eine große Anzahl von internationalen Kooperationen von Unternehmen, Verbänden, Behörden, Hochschulen und Universitäten, einschließlich eines regen Austausches von Wissenschaftlern und Studenten. Gerade im Bereich der Universitäten und Hochschulen ist aber hochsensibles Informationsgut vorhanden, welches Begehrlichkeiten fremder Nachrichtendienste weckt.

Hierbei können Gaststudenten und Gastwissenschaftler aus sensiblen Staaten wie beispielsweise China oder dem Iran ihre Forschungstätigkeit für Spionageaktivitäten ausnutzen. Damit einhergehend droht den heimischen Lehranstalten der Verlust ihrer Forschungsergebnisse, die Beendigung des Forschungsauftrages bis hin zu einem Image- oder Reputationsschaden. Mit individuellen Sensibilisierungsmaßnahmen unterstützt die Spionageabwehr hilfesuchende Wissenschaftler und nimmt sich der Aufklärung dieser Sachverhalte an.

Zielrichtungen ausländischer Nachrichtendienste

Gerade nach Ende des „Kalten Krieges“, als die politische und militärische Spionage der ehemaligen DDR und der Sowjetunion im Vordergrund der Arbeit der Spionageabwehr standen, stellen sich die heute gegen deutsche Interessen gerichteten nachrichtendienstlichen Aktivitäten vielschichtiger dar. Das Aufklärungsinteresse der nah-, mittel- und fernöstlichen Staaten richtet sich unter anderem auf die Ausforschung und Unterwanderung in Deutschland ansässiger Organisationen und Personen, die

in Opposition zur Regierung des eigenen Staates stehen. Neben den klassischen Bereichen Politik und Militär konzentrieren sich die Ausforschungsbemühungen fremder Staaten verstärkt auf den Wirtschaftssektor. Diese Bemühungen sind die Auswirkungen eines globalen Konkurrenzkampfes und dienen dem Ziel, der eigenen Volkswirtschaft Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

Daneben richtet sich der Blick der Spionageabwehr nicht nur auf die Nachrichtendienste der früher als „gegnerisch“ bezeichneten Länder, sondern auch auf die unzulässigen Aktivitäten der Dienste befreundeter Staaten. Die Bundesregierung hat unmittelbar nach den ersten Medienveröffentlichungen zu angeblichen Überwachungsprogrammen der USA und anderer Staaten mit der Aufklärung der Sachlage begonnen, die derzeit noch nicht abgeschlossen ist. Dabei war bekannt, dass die USA ebenso wie eine Reihe anderer Staaten zur Wahrung ihrer Interessen Maßnahmen der strategischen Fernmeldeaufklärung durchführen.

Infolge der Enthüllungen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden wurde aber erst jetzt die Dimension der Ausspähung ersichtlich und zog ein enormes mediales Interesse nach sich. Anfang Juni begannen die Zeitungen „Guardian“ (Großbritannien) und „Washington Post“ (USA) damit, zahlreiche geheime Dokumente zu veröffentlichen, die sie von Snowden erhalten hatten.

Die tausenden von ihm beschafften Dokumente enthüllten ein weltweites Netz von Spionageprogrammen. Sie belegen, dass die amerikanische „National Security Agency“ (NSA), die britische „Government Communications Headquarters“ (GCHQ) und ihre Partnerdienste gigantische Datenmengen, darunter E-Mails, SMS, Telefongespräche und Chats, u.a. auch von einzelnen Unternehmen und Personen gesammelt und analysiert haben.

Nach übereinstimmenden Berichten der Nachrichtendienste und Medien – die als zutreffend eingeschätzt werden – sollen sich diese ausländischen Nachrichtendienste verschiedener Aufklärungsprogramme bedient haben, um das Internet und Nutzerdaten auszuforschen. Die Geheimdienste sollen hierzu unter anderem die Programme „PRISM“, „Tempora“, „MUSCULAR“ und „XKeyscore“ eingesetzt haben. Mit „PRISM“ soll der US-amerikanische Nachrichtendienst NSA die Möglichkeit gehabt haben, auf Nutzerdaten von internationalen Internetdienstleistern zuzugreifen. Bei

dem Programm „Tempora“ soll der britische Nachrichtendienst Informationen, die über die transatlantischen Glasfaserverbindungen übertragen wurden, abgehört haben. Das Programm „MUSCULAR“ soll dazu gedient haben, sich ebenfalls Nutzerdaten bei Internetdienstleistern zu verschaffen. „XKeyscore“ soll ein hochmodernes Auswertungs- und Analyseprogramm bezeichnen, mit dessen Hilfe man u.a. Speichermedien von mit dem Internet verbundenen Computern durchsuchen kann.

Mit den Überwachungsprogrammen sollen massenhaft Daten ausgespäht worden sein. Bei der Bundesanwaltschaft wird derzeit im Rahmen eines sogenannten ARP-Verfahrens (ARP: Allgemeines Register für Staatsschutzstrafsachen) geprüft, ob in der NSA-Abhöraffäre der Straftatbestand der geheimdienstlichen Agententätigkeit für eine fremde Macht erfüllt sein könnte. Ein ARP-Verfahren ist eine Voruntersuchung, bei der die Staatsanwaltschaft beispielsweise aufgrund von Presseberichten oder anderen Hinweisen prüft, ob ein Anfangsverdacht besteht und damit Ermittlungen einzuleiten sind. Über die Einleitung eines förmlichen Ermittlungsverfahrens hat der Generalbundesanwalt noch nicht abschließend entschieden.

Der Verfassungsschutz hat sich in der Vergangenheit vornehmlich auf jene Dienste konzentriert, von denen zu erwarten war, dass sie hier illegale Spionageaktivitäten betreiben. Es handelte sich hierbei vornehmlich um russische und chinesische Geheimdienste. Welche illegalen Aufklärungsaktivitäten die Nachrichtendienste aus den Partnerstaaten wie den USA oder Großbritannien in Deutschland tatsächlich entfalten, wurde jedoch nicht systematisch analysiert.

Es erscheint daher zwingend notwendig, eine Neuausrichtung der Spionageabwehr in Deutschland vorzunehmen. Der Verfassungsschutz wird zukünftig in alle Richtungen schauen müssen, um nicht nur die bekannten Gegner, sondern auch die befreundeten Nachrichtendienste im Fokus zu behalten („360-Grad Blick“).

Es ist somit erforderlich, die personellen und materiellen Kapazitäten der Spionageabwehr auf Bundes- und Landesebene den neuen Erfordernissen anzupassen. Nur so ließen sich die umfassenden Aktivitäten fremder Nachrichtendienste in Deutschland aufdecken und verhindern.

Die aktuelle Debatte und das gestiegene öffentliche Interesse verdeutlichen jedoch, dass das Bewusstsein für die Anwendung von IT-Sicherheitsmaßnahmen verbessert werden muss und der Schutz der Daten im Internet außerordentlich bedeutend ist.

Hinweise an die Spionageabwehr

Im vergangenen Jahr gab es Hinweise von Einzelpersonen und Unternehmen zu sicherheitsrelevanten Sachverhalten an die Spionageabwehr. Dabei wurden diese Sachverhalte gemeinsam mit den Betroffenen und in besonderen Fällen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz analysiert und nach Lösungsansätzen gesucht.

Die übermittelten Sachverhalte berührten die verschiedensten Themenschwerpunkte. An die hiesige Spionageabwehr wurde beispielsweise herangetragen, dass chinesische Studenten nachrichtendienstliche Aktivitäten an Hochschulen in Schleswig-Holstein entfaltet haben sollen. Im Rahmen weiterer Verdachtsfälle gab es Hinweise, dass Einzelpersonen aus Schleswig-Holstein über mutmaßliche Kontakte zu iranischen bzw. syrischen Nachrichtendiensten verfügen könnten.

Des Weiteren wurden Verdachtsfälle aus dem Bereich der Proliferationsbekämpfung im Zusammenhang mit genehmigungspflichtigen Ausfuhrsgütern und dem Bereich der Informationstechnik bekannt.

Um die Spionageabwehr weiterhin erfolgreich fortführen zu können, ist der Verfassungsschutz Schleswig-Holstein auch zukünftig auf Hinweise und Informationen durch betroffene Firmen, Forschungseinrichtungen und Universitäten angewiesen. Somit können Sachverhalte angemessen bewertet und neue Angriffsmuster erkannt werden. Diese Hinweise werden selbstverständlich absolut vertraulich behandelt.

II Rechtsextremistische Bestrebungen

1 Überblick

Die maßgeblichen Impulse für den Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein gingen von der NPD aus. Diese Einschätzung gilt trotz der derzeit nicht nur in Schleswig-Holstein sichtbaren Schwäche der Partei. Das Ziel der Partei, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen, besteht zweifellos weiterhin. Derzeit verzeichnet die NPD allerdings kaum Zulauf. Eine ähnliche Schwächephase ist momentan im aktionistischen Rechtsextremismus zu beobachten. Ursächlich hierfür dürfte nicht zuletzt die unter dem Eindruck der Verbrechen der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) öffentlich geführte Diskussion über den Rechtsextremismus sein. In Anbetracht der hierdurch ausgelösten - noch deutlicher als in der Vergangenheit gesamtgesellschaftlich getragenen - Ächtung des Rechtsextremismus ist es erklärbar, dass spektakuläre Aktionen von Rechtsextremisten im Berichtsjahr ausblieben. Die Zahl der Rechtsextremisten liegt mit 1.200 Personen dennoch auf dem Niveau der Vorjahre. Zudem zeigt auch eine Vielzahl von für die Öffentlichkeit weniger spektakulär erscheinenden Aktivitäten, dass ein „harter Kern“ der Szene sich weiterhin intensiv für den Rechtsextremismus engagiert.

Rückläufig ist in erster Linie der auf Öffentlichkeitswirksamkeit ausgerichtete aktionistische Rechtsextremismus. Gegenwärtig gibt es in Schleswig-Holstein etwa 230 Personen, die diesem - zumeist neonazistischen - Spektrum zuzuordnen sind. Der „harte Kern“ allerdings besteht weiterhin nur aus etwa 60 Personen. Eine Steuerung der aktionistischen Szene ist derzeit in Schleswig-Holstein nicht erkennbar. Von der Fähigkeit, politische Kampagnen mit möglicher Außenwirkung zu initiieren, sind die hiesigen Rechtsextremisten dementsprechend weit entfernt. Sichtbarstes Zeichen für die derzeit nur beschränkte Handlungsfähigkeit war die Absage des so genannten „Trauermarsches“ in Lübeck. Der Verzicht war nicht nur die alleinige Folge des zivilgesellschaftlichen Protestes, sondern auch auf das derzeitige Fehlen aktionsbereiter Rechtsextremisten zurückzuführen. Dieser Marsch fand seit dem Jahr 2006 in jedem Jahr im März unter dem Motto „Bomben für den Frieden“ statt und bildete den jährlichen Höhepunkt für den aktionistischen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein. In Anbetracht der in den Vorjahren beobachteten Entwicklung war das vorläufige Ende für diese Veranstaltung absehbar, denn bereits seit mehreren Jahren waren die hie-

sigen Rechtsextremisten nur noch durch Unterstützung aus anderen Bundesländern in der Lage, eine ausreichende Zahl von Teilnehmern zu mobilisieren. Vor diesem Hintergrund ist es ebenfalls erklärbar, warum sich an der gegenwärtig bedeutendsten neonazistischen Veranstaltung in Norddeutschland, dem „Tag der Deutschen Zukunft“, am 1. Juni in Wolfsburg nur 20 Personen aus Schleswig-Holstein, bei einer Gesamtteilnehmerzahl von 550 Personen, beteiligten. Als exemplarischer Beleg für den derzeitigen Zustand der aktionistischen Szene ist die früher ein Spiegelbild der hiesigen aktionistischen Szene darstellende Internet-Seite „mein-sh-info“ anzusehen. Die Seite wird nur noch mangelhaft gepflegt und stellt die Strukturen des aktionistischen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein nur noch unvollständig dar. Als maßgebliche Schaltstelle für den aktionistischen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein ist derzeit – trotz ihrer Schwäche - allein die Landes-NPD anzusehen. Die wenigen öffentlichen Aktionen hatten immer einen NPD-Bezug. Auch hieran zeigt sich, dass die Partei weiterhin als zentraler Faktor des Rechtsextremismus zu bewerten ist.

Die vordergründig rückläufige Tendenz des Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein betrifft aber nicht nur die überwiegend neonazistisch orientierte aktionistische Szene und die mit ihr hier besonders eng verbundene NPD. Auch die gerade in Schleswig-Holstein recht große rechtsextremistische Subkulturszene ist seit Jahren kaum noch für politische Aktivitäten mobilisierbar. Aufmerksamkeit verlangen dagegen neue Entwicklungen im subkulturellen Segment: Im nördlichen Schleswig-Holstein bildete sich eine rockerähnliche Gruppierung mit der Bezeichnung „Brigade 8 Crew“, bei der sich ähnlich straffe Strukturen wie in der (traditionellen allgemein-kriminellen) Rocker-Szene und eine offenkundig verfassungsfeindliche Motivation miteinander verbinden. Hier findet eine bisher nicht bekannte Vermischung typischer Begriffe und Logos aus der Rockerszene mit eindeutig rechtsextremistischen Elementen statt.

Die Ergebnisse der im Berichtsjahr durchgeführten Kommunal- und Bundestagswahlen haben gezeigt, dass die Wahlchancen für rechtsextremistische Parteien in Schleswig-Holstein derzeit nur gering sind. Bei der Bundestagswahl erzielte die NPD nur 0,7 Prozent. Sie verlor 0,4 Prozentpunkte. Allerdings sollten Wahlergebnisse nur als Momentaufnahme gesehen werden. Die Entwicklung in anderen europäischen

Ländern hat gezeigt, dass die Ergebnisse rechtsextremistischer Parteien z. B. bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach oben schnellen können. Die Instrumentalisierung von in subkulturellen oder gesellschaftlichen Randgruppen vorhandenen Extremismuspotenzialen ermöglichte einem Kieler NPD-Funktionär und Ratsherren bei der Kommunalwahl trotz des scheinbar desaströsen Zustandes der örtlichen NPD den Wiedereinzug in die Ratsversammlung. Ein vor dem Hintergrund des Gesamtbildes der Partei ebenfalls überraschender Wahlerfolg wurde außerdem noch in Neumünster erzielt. Auch derartige Erfolge machen deutlich, dass die NPD trotz ihrer Schwäche weiterhin eine ernst zu nehmende Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung ist. Insofern gibt es, trotz einer momentan geschwächten NPD, gute Gründe für ein Verbot dieser Partei. Diese Situation zeigt exemplarisch das Spannungsfeld, das sich aus dem grundgesetzlich garantierten Parteienprivileg und der verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaates ergibt. Außerhalb Schleswig-Holsteins wird diese in gewisser Hinsicht offene Flanke des Rechtsstaates auch an der Entwicklung der in Schleswig-Holstein bislang noch nicht vertretenen neonazistischen Partei „Die Rechte“ deutlich. Sie wird in anderen Bundesländern von Mitgliedern verbotener rechtsextremistischer Vereine dominiert. Deren verfassungsfeindliche Absicht ist noch offenkundiger als die der NPD.

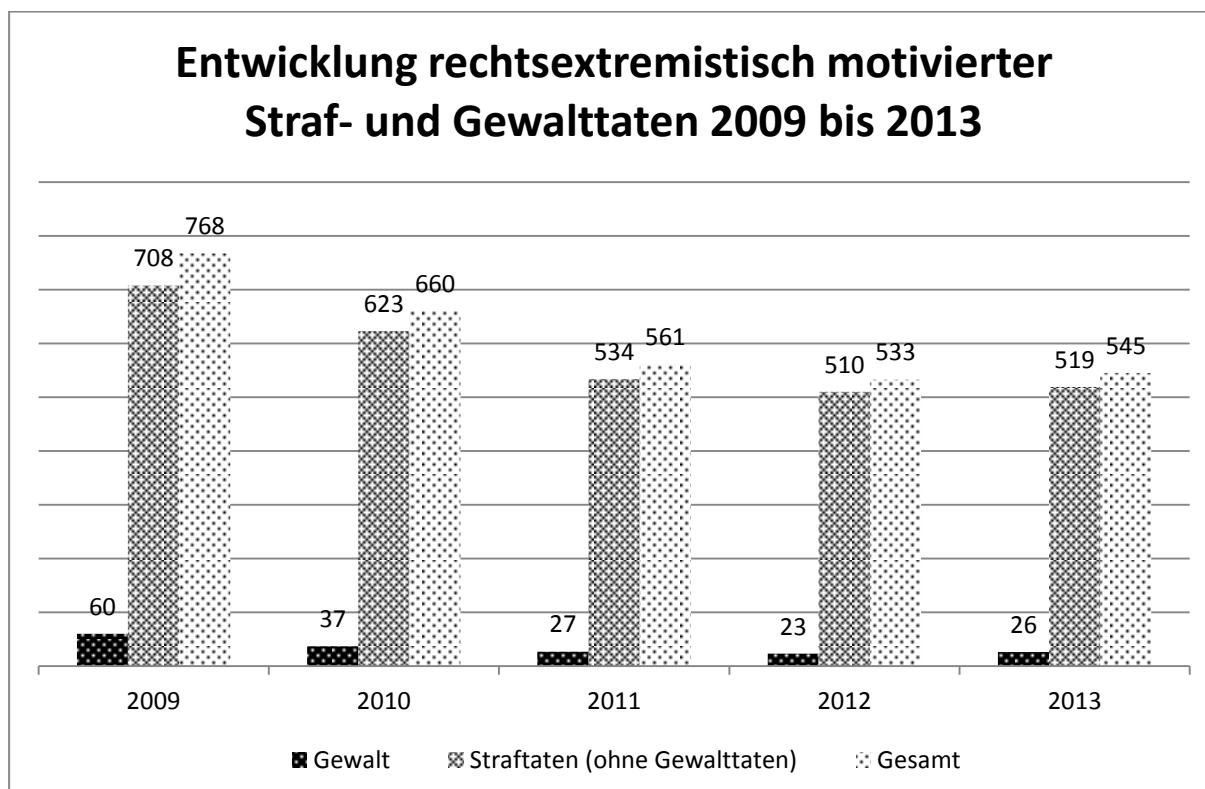
Fast alle rechtsextremistischen Strömungen pflegen „Untergangsszenarien“ für die Bundesrepublik Deutschland oder sogar die gesamte westliche Welt. Als Hauptgrund hierfür wird eine angeblich drohende „Überfremdung“ durch ungebremsen Zuzug von Ausländern gesehen. Auch bei der NPD zeichnete sich im Laufe des Jahres ein Wechsel der inhaltlichen Schwerpunkte in diese Richtung ab. Nachdem die Partei mit einer Anti-EU-Kampagne in den vergangenen Monaten weitgehend erfolglos war, wird nun der zunehmende Andrang von Asylbewerbern propagandistisch genutzt.

Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten stieg gegenüber dem Vorjahr leicht an. 2012 gab es insgesamt 533 Straftaten. 23 davon waren Gewalttaten. Im Berichtsjahr wurden von der Polizei 545 entsprechende Delikte (PMK Rechts) gemeldet. Davon waren 26 Fälle Gewalttaten. Es handelte sich dabei überwiegend um Körperverletzungsdelikte. Von spektakulären rechtsextremistischen Straftaten blieb das Land Schleswig-Holstein auch im Jahr 2013 verschont. Für die Gefahrenprognose er-

scheinen derzeit folgende Entwicklungen von besonderer Bedeutung: Der teilweise von gewalttätigen Linksextremisten ausgeübte Druck auf die Szene birgt ein erhebliches Risiko für als Vergeltung verübte Gewalttaten gegen politische Gegner und staatliche Institutionen. Als weiterer Gefahrenschwerpunkt ist die wachsende Thematisierung der Asylpolitik zu sehen. Hier drängen sich Vergleiche mit der Situation Anfang der neunziger Jahre auf. Schließlich birgt auch die seit Jahren andauernde, durch vielfältigen Druck ausgelöste Erfolglosigkeit des gewaltbereiten aktionistischen Rechtsextremismus ein nicht zu unterschätzendes Gefahrenpotenzial. Es ist vorstellbar, dass der bisherige taktische Gewaltverzicht im organisierten Rechtsextremismus vor dem Hintergrund dauernder Erfolglosigkeit Einzelne dazu verführen könnte, ihr Heil in der Gewalt zu suchen. Ein Schwerpunkt der Arbeit des Verfassungsschutzes ist es daher, Radikalisierungsverläufe, insbesondere von Einzelpersonen zu durchdringen. Hinweise auf etwaige Vorbereitungshandlungen liegen aber nicht vor.

2 Straf- und Gewalttaten

2.1 Entwicklung



Im Berichtszeitraum wurden 545 politisch motivierte Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund, darunter 26 Gewalttaten, polizeilich erfasst. Das stellt eine leichte Zunahme im Vergleich zum Vorjahr dar. Die Zahlen stagnieren unterhalb des Niveaus der Jahre 2009/2010. Dies gilt nicht nur für die Gesamtzahl, sondern auch für die darin enthaltenen Gewalttaten, bei denen es sich überwiegend um Körperverletzungsdelikte handelte. Von spektakulären rechtsextremistischen Straftaten blieb das Land Schleswig-Holstein im Jahr 2013 verschont. In dieser Entwicklung spiegelt sich die abnehmende Handlungsfähigkeit der aktionistischen Szene wieder, die nicht nur in den Straftatenzahlen, sondern insbesondere auch in der Fähigkeit zur Durchführung politischer Aktionen zum Ausdruck kommt (siehe II 3.2).

2.2 Straf- und Gewalttaten

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)	2009	2010	2011	2012	2013
Rechtsextremismus	768	660	561	533	545
davon Gewalttaten	60	37	27	23	26

Bei den im Berichtszeitraum verübten Straftaten handelte es sich zum größten Teil um das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (zum Beispiel Hakenkreuzschmierereien) als Einzeltat. Dieser Tatbestand wurde ebenfalls häufig in Verbindung mit der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten, Volksverhetzung, Beleidigung, Bedrohung, Körperverletzungen und Sachbeschädigungsdelikten verwirklicht.

Die Erkenntnislage über rechtsextremistische Bestrebungen und der Vergleich der rechtsextremistischen Straftaten in Schleswig-Holstein lässt erkennen, dass die alleinige Betrachtung rechtsextremistischer Straftaten kein geeigneter Indikator für die Bewertung der Bedrohungslage durch Rechtsextremisten ist.

Eine besondere Bedeutung für die Bewertung der Bedrohungslage haben die Gewaltdelikte. Bei 26 der insgesamt 545 im Berichtsjahr von der Polizei in Schleswig-Holstein im Bereich Rechtsextremismus gezählten Delikte handelt es sich um Gewaltstraftaten. Damit hält sich deren Anzahl seit dem Jahr 2011 auf einem etwa gleich bleibenden Niveau. Von diesen im Berichtsjahr verübten Gewaltdelikten fielen allein vierzehn, und damit mehr als die Hälfte, unter die Rechtsnorm des § 223 StGB. Damit gehören diese Taten in den Bereich der nicht qualifizierten Körperverletzungsdelikte. Neben zwei Widerstandshandlungen zum Nachteil von Polizeibeamten war bei zehn Taten der Tatbestand der gefährlichen Körperverletzung erfüllt.

Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist die Teilmenge der politisch motivierten Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst die Deliktsbereiche Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-,

Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstandsdelikte und Sexualdelikte.¹

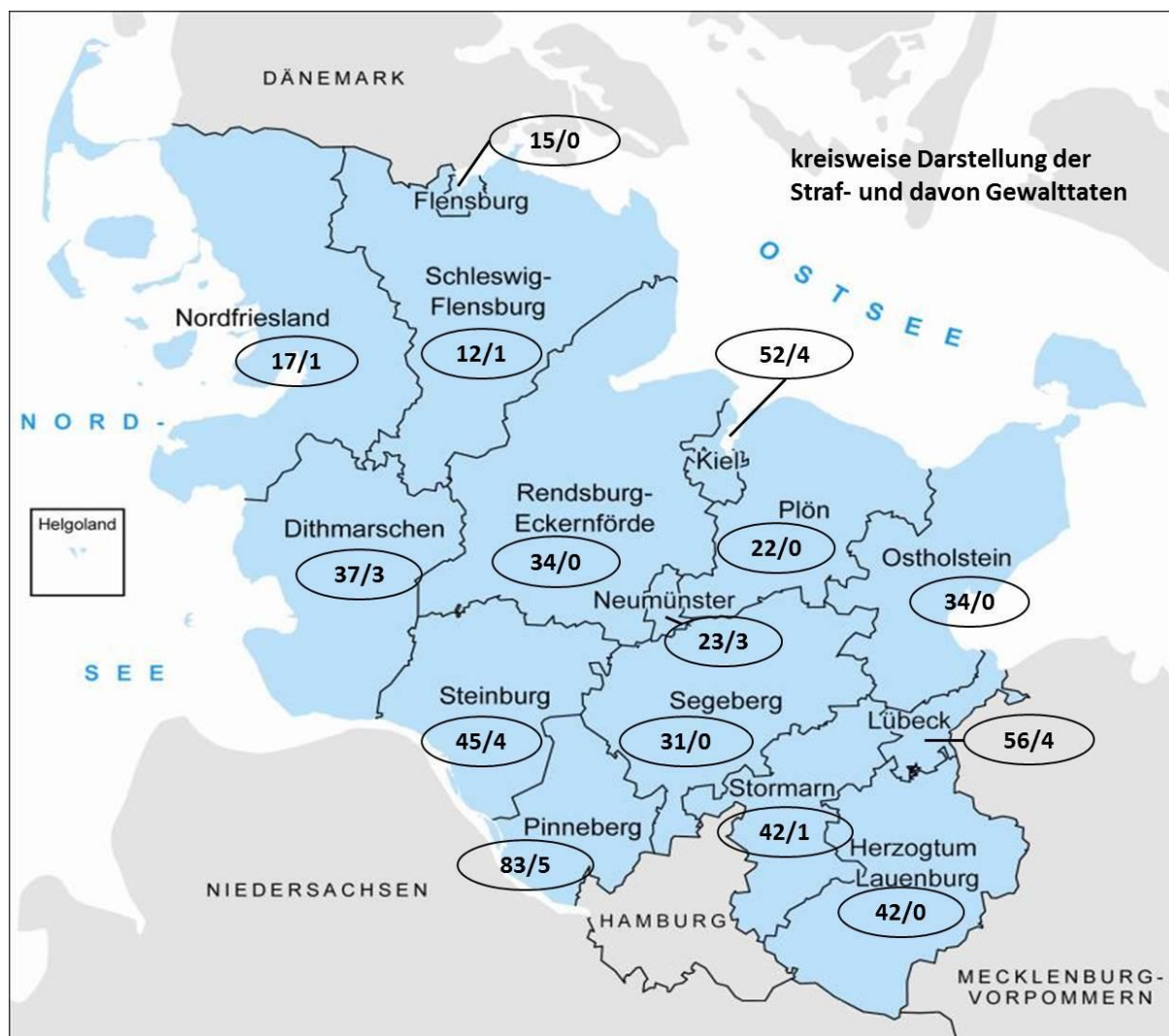
Dem Verfassungsschutz liegen bisher keine Erkenntnisse darüber vor, dass die festgestellten Gewaltdelikte durch rechtsextreme Gruppierungen konkret geplant und vorbereitet wurden. Die organisierte rechtsextremistische Szene verzichtete bislang aus taktischen Gründen auf die zielgerichtete Anwendung von Gewalt. Entsprechend handelte es sich bei den Geschädigten in den meisten Fällen um so genannte Zufallsopfer. Die Täterstruktur setzte sich sowohl aus Einzeltätern als auch aus Gruppen zusammen. Viele Täter standen bei der Tatbegehung unter Alkoholeinfluss. Häufig gingen den Gewalttätigkeiten rechtsextremistische Parolen, fremdenfeindliche oder antisemitische Äußerungen voraus. Die Täter können nach derzeitigem Informationsstand in den meisten Fällen dem subkulturellen Spektrum zugerechnet werden. Das gilt auch für die Fälle, in denen es zu Auseinandersetzungen mit dem „politischen Gegner“ kam. Hierzu wurden drei Fälle registriert. Es handelte sich jeweils um ein eher zufälliges Aufeinandertreffen von Personen aus dem rechten Spektrum mit Personen aus der Punkszene. Zwei der Taten ereigneten sich in Lübeck, eine in Elmshorn. Dieser subkulturelle Personenkreis ist nicht ideologisch gefestigt, erfahrungsgemäß jedoch erhöht gewaltbereit. Die Taten standen weder im Zusammenhang mit politischen Ereignissen noch mit Demonstrationen.

Bei einem am 16. Februar am Pinneberger Bahnhof verübten Körperverletzungsdelikt zum Nachteil einer togolesischen Familie, entstammten die Täter allerdings unzweifelhaft einem Personenzusammenschluss mit gefestigtem ideologischem Hintergrund. Sie können der so genannten „Weiße Wölfe Terrorcrew“ zugerechnet werden. Die Gruppierung hat eigentlich ihren Aktionsradius auf hamburgischem Gebiet, ein Teil der Mitglieder ist jedoch in Schleswig-Holstein wohnhaft. Nach vorausgegangenen fremdenfeindlichen Beleidigungen kam es zu einer körperlichen Auseinandersetzung, in deren Verlauf das Opfer über einen mitgeführten Kinderwagen stürzte, in dem sich sein zwölf Monate altes Kind befand. Beide zogen sich dabei leichte Verletzungen zu.

¹ Kriminalpolizeilicher Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK)
(Beschluss der IMK, 167. Sitzung, 10. Mai 2001, TOP 10.1)

2.3 Regionale Betrachtung

Die im Berichtszeitraum erfassten politisch motivierten Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund verteilen sich auf Landesebene wie folgt



In der regionalen Gesamtbetrachtung zeigen die vorliegenden Fallzahlen, dass strukturelle Szenen in den verschiedenen Regionen ebenso wie die Aktivitäten von Einzelpersonen ein hohes Aufkommen von rechtsextremistischen Straftaten zur Folge haben können. Erhöhte Fallzahlen in einzelnen Kreisen können jedoch nicht automatisch als Beleg für einen dort existierenden strukturierten Rechtsextremismus bewertet werden. So ist der verhältnismäßig hohe Wert im Kreis Rendsburg-Eckernförde mit rechtsextremistischen Strukturen nicht zu erklären, da der politisch zielgerichtete Rechtsextremismus dort vergleichsweise eher unterrepräsentiert ist (siehe II 5.2). Erfahrungsgemäß schlagen sich dagegen in einzelnen Regionen in von Einzeltätern oder Kleingruppen in Serie verübten Propagandadelikte deutlich in der Statistik nieder. Eine Erklärung für die verhältnismäßig hohen Zahlen im Kreis Pinneberg und den Städten Kiel und Lübeck hängt auch mit der Bevölkerungsdichte in diesen Regionen zusammen.

3 Organisationen und Gruppierungen des rechtsextremistischen Spektrums

3.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

3.1.1 Bundesverband

Den Kern der NPD-Ideologie bildet nach wie vor das im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehende Abstammungsprinzip. Deutlich wurde das unter anderem bei der Rede des damaligen Parteivorsitzenden Holger Apfel zur Ausrichtung der Partei auf dem Bundesparteitag am 20. April:

„Zu keinem Zeitpunkt wollen und werden wir unser Programm aufweichen. (...) Das Abstammungsprinzip ist mit uns unverhandelbar.“

Das „Abstammungsprinzip“ im Sinne der NPD bedeutet, dass nur Deutscher sein kann, wer deutsche Vorfahren hat. Eine deutsche Staatsbürgerschaft von Menschen mit Migrationshintergrund - auch zurückliegender Generationen – wird von der NPD nicht anerkannt. Die NPD vertritt das Abstammungsprinzip offen in ihrem Parteiprogramm:

„Durch massenhafte Einbürgerung wird das deutsche Staatsbürgerrecht aufgeweicht und das Existenzrecht des deutschen Volkes in Frage gestellt. Um diese Fehlentwicklung zu stoppen, muss das ursprüngliche,

auf dem Abstammungsprinzip fußende Staatsbürgerrecht wieder eingeführt werden.“ (Punkt 10 des NPD-Parteiprogramms „Deutschland den Deutschen“, S. 12)

Die Mitgliederzahl der Partei ist im Verlauf des Jahres von etwa 6000 auf 5500 zurückgegangen. Ebenso erfolglos war die NPD bei der Beteiligung an Wahlen. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Offenkundig ist aber, dass es der NPD nicht gelang, außerhalb des rechtsextremistischen „Stamm-Potenzials“ Zustimmung zu erlangen. Die Ergebnisse der schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen vom 26. Mai und der Bundestagswahl am 22. September sind unter II 3.1.3 dargestellt.

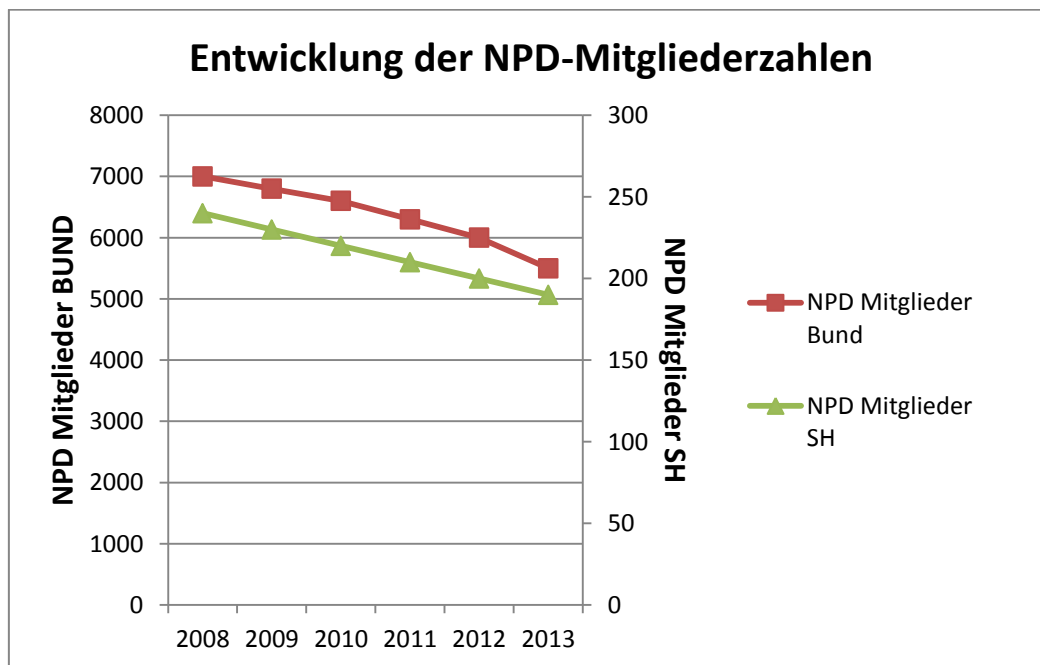
Der anhaltende Bedeutungsrückgang der Partei wurde innerparteilich und auch von den mit der NPD verbundenen neonazistisch geprägten aktionistischen Kräften dem bis zum 19. Dezember amtierenden Parteivorsitzenden Holger APFEL angelastet. Die von ihm bei seinem Amtsantritt im Jahre 2011 postulierte „seriöse Radikalität“, die bei unverändert rechtextremistischer Zielsetzung die Attraktivität der Partei steigern sollte, scheiterte. Besonders deutlich wurde der Unmut über APFEL durch die Gründung von „Freundeskreisen“ für den von APFEL verdrängten früheren Parteivorsitzenden Udo VOIGT. Den Anfang machte am 18. November 2012 der „Freundeskreis Udo Voigt“ in Bad Schlema/Sachsen. Anfangs wenig beachtet, hat die Zahl der Freundeskreise und Mitglieder schnell zugenommen. Nach Eigenangaben gab es zur Jahresmitte bundesweit bereit 71 Gruppen, eine davon im Umkreis von Kiel. VOIGT genießt auch in der aktionistischen, neonazistisch geprägten Szene ein weit aus höheres Ansehen als APFEL. VOIGT, der von 1996 bis 2011 Parteivorsitzender war, war es gelungen, auch weite Teile der aktionistischen Kräfte für eine Kooperation mit der NPD zu gewinnen.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen erreichten am 19. Dezember mit dem Rücktritt und Parteiaustritt von Holger APFEL ihren Höhepunkt. Die Gründe hierfür dürften allerdings nicht nur politischen Ursprungs sein. Vorangegangen war eine teilweise öffentlich geführte Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Vorsitzenden des bayerischen Landesverbandes und Redaktionsleiters der Parteizeitung „Deutsche Stimme“, Karl RICHTER. Dieser hatte in einer offenkundig absichtlich über den ursprünglichen Adressatenkreis hinaus verbreiteten Mail schwere Vorwürfe gegen APFEL, den stellvertretenden Vorsitzenden Udo PASTÖRS und den General-

sekretär Peter MARX erhoben. Es handele sich bei dem Verhalten von MARX, PAS-TÖRS und APFEL um ein „geradezu irrationales Kesseltreiben“ gegen ihn. Im Gegensatz zu seinen innerparteilichen Gegnern, die sich selbst als „unkameradschaftliche, intrigante und defizitäre Charaktere“ entlarvt hätten, werde er (RICHTER) sich jedoch an „keinerlei Schlammschlacht“ beteiligen. In Anbetracht der weiteren Äußerungen in dieser Mail erscheint diese Erklärung allerdings unaufrichtig:

„Ich sage es ungern, habe aber diese Auseinandersetzung nicht vom Zaun gebrochen: schon ein Parteivorsitzender mit Sprachfehler ist an sich ein Unding; man übersieht es aus Höflichkeit, muß aber darüber sprechen, wenn der bedauernswerte Betroffene unversehens um sich schlägt. Ist ein Parteivorsitzender wirklich ein so gutes Aushängeschild für uns, der während unserer Auftritte bei der Deutschlandfahrt demonstrativ abseits steht und fortwährend mit pummeligen Fingerchen auf seinem Mobiltelefon herumtippt? (...) Leider ist dieses wenig vorteilhafte Bild, das unser meist pampiger und von Konkurrenzneid zerfressener Parteivorsitzender hier abgibt (...) auch unseren Gegnern wiederholt aufgefallen.“

Entwicklung der NPD Mitgliederzahlen im Verhältnis Schleswig-Holstein – Bund



Jahr	Bund (Veränderungen zum Vorjahr in %)	Land Schleswig-Holstein (Veränderungen zum Vorjahr in %)
2008	7.000	240
2009	6.800 (- 2,9 %)	230 (- 4,2 %)
2010	6.600 (- 2,9 %)	220 (- 4,3 %)
2011	6.300 (- 4,5 %)	210 (- 4,5 %)
2012	6.000 (- 4,8 %)	200 (- 4,8 %)
2013	5.500 (- 8,3 %)	190 (- 5,0 %)

3.1.2 NPD-Landesverband Schleswig-Holstein

Der schleswig-holsteinische Landesverband gehört zu den schwächsten Parteiuntergliederungen im Bundesvergleich. Im Laufe des Berichtsjahres ist seine Mitgliederzahl von 200 auf 190 zurückgegangen. Die relative Bedeutungslosigkeit bezieht sich allerdings nicht nur auf die Mitgliederzahl, sondern auch auf das Fehlen charismatischer (Landes-)Politiker in der schleswig-holsteinischen NPD. Die anhaltende Berichterstattung über das NPD-Verbotsverfahren und die Übergriffe aus der linksextremistischen Szene auf NPD-Mitglieder und Funktionäre haben zu einer Verunsicherung der NPD-Anhänger beigetragen. Die Wahlergebnisse in sozialen Brennpunkten bei den Kommunalwahlen und der Bundestagswahl zeigen aber auch, dass die NPD-Propaganda dort in Teilen der Bevölkerung ankommt.

In Schleswig-Holstein ist seit 15 Jahren die aktionistische – meist neonazistisch geprägte – Szene eng mit der Landes-NPD verknüpft. Die einstigen Querelen mit dem jetzigen Landesvorsitzenden Ingo STAWITZ sind in den Hintergrund gerückt. Abgesehen von STAWITZ sind Parteimitglieder aus dem aktionistischen Spektrum für die wenigen öffentlichen Auftritte der Partei verantwortlich. Eine kurzfristige Änderung der Situation ist nicht zu erwarten, da auch die aktionistische Szene in Schleswig-Holstein derzeit weitestgehend handlungsunfähig ist. Nur durch das Engagement aus diesem Bereich konnte der völlige Zusammenbruch des Landesverbandes bislang verhindert werden.

Symptomatisch für den Zustand der NPD in Schleswig-Holstein war der Aktionstag, den der NPD-Bundesverband am 11. Mai zum Thema „Energiepreise“ ausgerufen hatte und zu dem er von jedem Landesverband Aktionen erwartet hatte: Aus Schleswig-Holstein sind keine bekannt geworden.

Im Internet betätigt sich der NPD-Landesverband Schleswig-Holstein aber weiterhin, auch wenn die Beiträge erkennbar zurückhaltender formuliert werden. Den inhaltlichen Schwerpunkt bildete zuletzt eine ausländerfeindliche Agitation im Zusammenhang mit der Asyl-Diskussion.

3.1.3 Beteiligung an Wahlen

3.1.3.1 Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 26. Mai

Die NPD trat zu den schleswig-holsteinischen Gemeinde- und Kreiswahlen am 26. Mai in den Kreisen Pinneberg und in Neumünster an. In Kiel trat die NPD aus offenkundig taktischen Gründen nicht mehr selbst an. Stattdessen stellte sich die Wählergruppe „Wahlalternative Kieler Bürger (WaKB)“ zur Wahl. Die WaKB wurde am 17. Februar gegründet. Nach Eigenangaben ist sie eine Vereinigung aus der NPD und den freien Kräften aus Kiel. Hermann GUTSCHE, der von 2008 bis 2013 die NPD als Ratsherr in Kiel vertreten hatte, trat als Spitzenkandidat für die WaKB zur Kommunalwahl an. Die WaKB stellte einen Listenvorschlag und für alle 25 Wahlkreise Direktkandidaten auf. 15 der 25 Kandidaten hatten dieselbe Meldeadresse. Sie erreichte bei der Wahl in Kiel ein Ergebnis von 1,1 % (810 Stimmen) und erhielt dank vier Ausgleichsmandaten infolge der Überhänge anderer Listen einen Sitz in der Kieler Ratsversammlung. Somit wird der NPD-Funktionär Hermann GUTSCHE auch weitere fünf Jahre als Einzelvertreter der Ratsversammlung angehören. Ihr höchstes Wahlergebnis erlangte die WaKB im Stadtteil Mettenhof (2,9 %), gefolgt von Elmshagen (2,0 %), Ellerbek/Wellingdorf (2,0 %) und Gaarden (1,8 %).

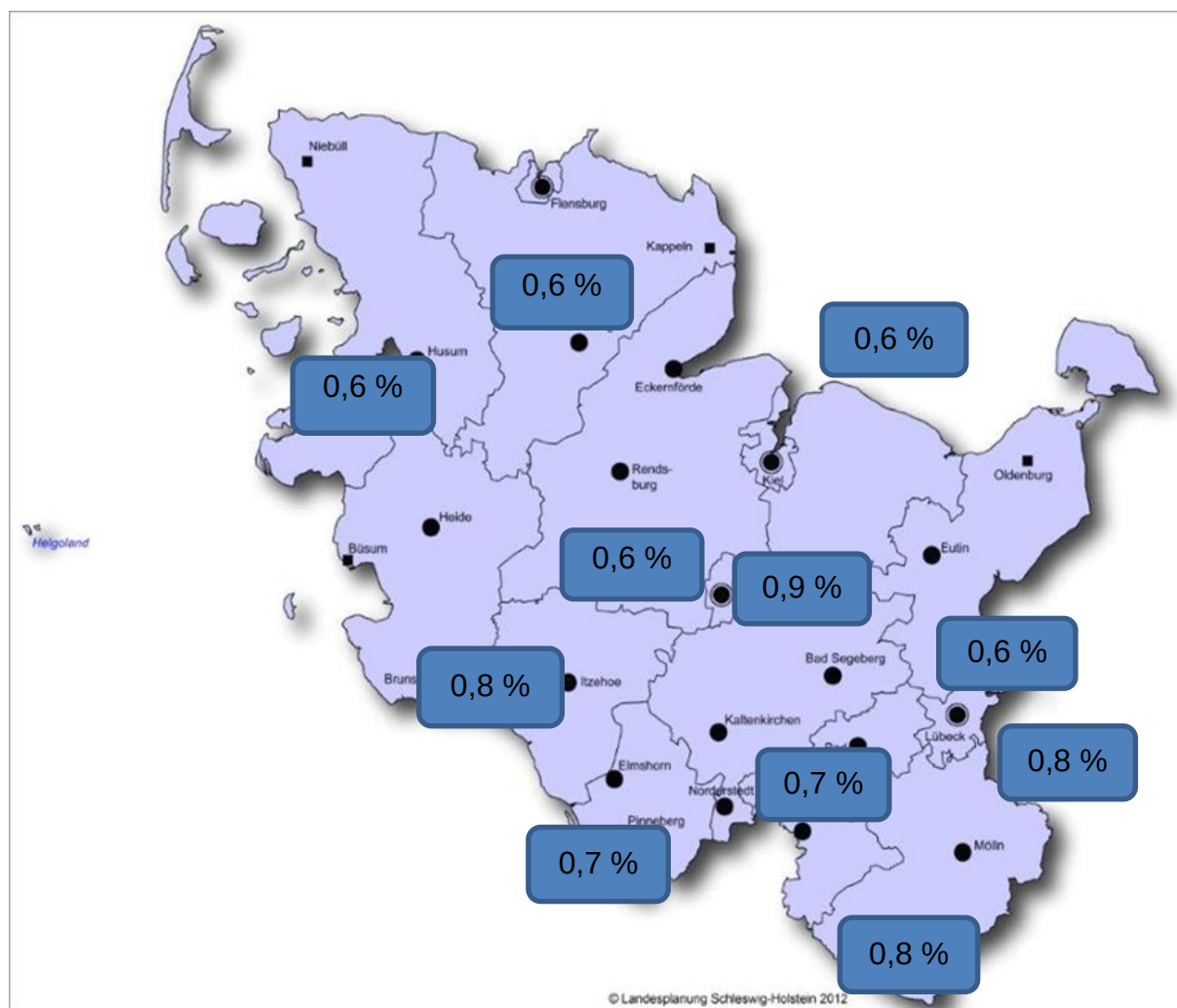
Auch in Neumünster konnte die NPD alle Wahlkreise besetzen. Der für den NPD-Kreisverband Segeberg/Neumünster sowohl als Direktkandidat wie auch als Listenbewerber angetretene Mark Michael PROCH erreichte 408 Stimmen und damit 1,6 %, was über die Liste für den Einzug in die Ratsversammlung der Stadt Neumünster ausreichte. Er profitierte dabei davon, dass einige NPD-Direktkandidaten in ihren

Wahlkreisen einen Stimmenanteil von bis zu 2,8 % erreichten, während er selbst in seinem Wahlkreis mit 1,2 % Stimmanteil eher weniger erfolgreich war. In einzelnen Wahllokalen, z.B. in der Innenstadt, erreichten NPD-Bewerber sogar 4 % der abgegebenen Stimmen.

Im Kreis Pinneberg und in der Gemeinde Uetersen trat die NPD in allen Wahlkreisen sowie mit einem Listenvorschlag an. Ein Mandat wurde dort nicht erreicht.

3.1.3.2 Bundestagswahl am 22.September

Die Ergebnisse der NPD bei der Bundestagswahl 2013 lagen in Schleswig-Holstein durchweg deutlich unter 1 %.



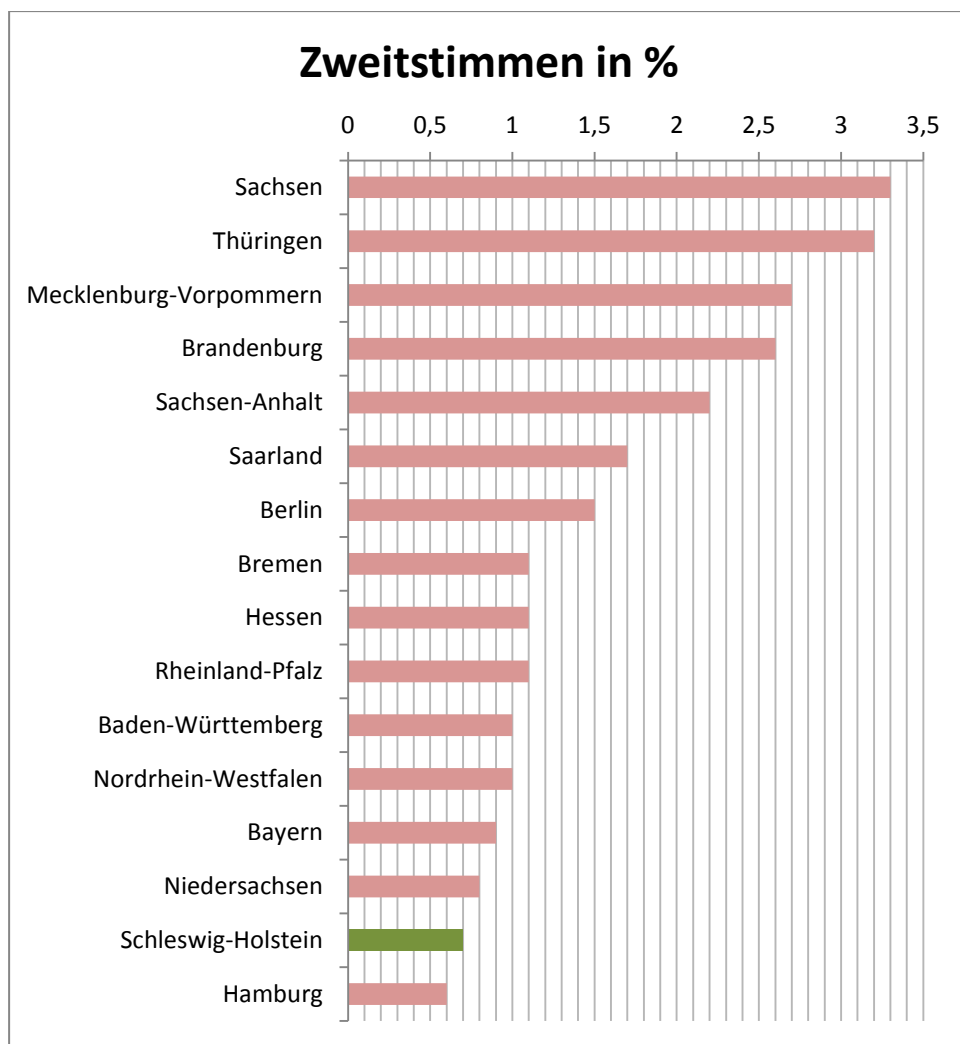
Wahlkreis	Zweitstimmen in %	Diff. zu 2009 in %
001 Flensburg - Schleswig	0,6	-0,2
002 Nordfriesland – Dithmarschen Nord	0,6	-0,3
003 Steinburg – Dithmarschen Süd	0,8	-0,4
004 Rendsburg-Eckernförde	0,6	-0,3
005 Kiel	0,6	-0,3
006 Plön - Neumünster	0,9	-0,1
007 Pinneberg	0,7	-0,3
008 Segeberg - Stormarn-Mitte	0,7	-0,2
009 Ostholstein - Stormarn-Nord	0,6	-0,4
010 Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd	0,8	-0,4
011 Lübeck	0,8	-0,4

Allerdings gelang es der NPD in Schleswig-Holstein für alle 11 Wahlkreise einen Direktkandidaten sowie eine Landesliste zu benennen. Der Altersdurchschnitt der Kandidaten lag bei 61 Jahren. Der Kandidat im Wahlkreis Herzogtum Lauenburg/Stormarn Süd war mit 85 Jahren der Älteste.

Der NPD-Bundesverband führte im Rahmen des Wahlkampfes eine „Deutschlandfahrt“ mit seinem so genannten „Flaggschiff“ durch. Dabei handelte es sich um einen 7,5 t LKW, der mit dem NPD-Logo und Propaganda beklebt war. Hauptthema des Wahlkampfes war „Raus aus dem Euro“. Die NPD wollte sich damit als einzig wahre und ursprüngliche Anti-Euro-Partei generieren. Im Laufe des Wahlkampfes rückte durch aktuelle Ereignisse um neue Asylunterkünfte in Berlin-Hellersdorf und Schneeberg (Sachsen) das Thema Asylpolitik in den Vordergrund. Der Ruf nach der Abschaffung des Asylrechts und Rückführung von Ausländern war schon in den vergangenen Jahren immer wieder ein wesentlicher Agitationsschwerpunkt der NPD. Während der Deutschlandfahrt wurden bundesweit an ca. 100 Orten Kundgebungen abgehalten. Bei der Wahl der Kundgebungsorte war es Strategie der NPD, durch die Provokation von Gegenkundgebungen und die damit verbundene mediale Berichterstattung Aufmerksamkeit zu erregen. Zwei der ersten Stationen waren in Schleswig-Holstein geplant: am 12. August in Neumünster und am 13. August in Kiel. Aufgrund

technischer Probleme und verkehrsbedingter Verzögerungen fiel die Kundgebung in Neumünster aus. Die Kundgebung in Kiel fand auf dem Asmus-Bremer-Platz unter dem Motto „Asylflut und Eurowahn stoppen, NPD in den Bundestag“ statt. Auf Seiten der NPD waren 15 Teilnehmer vor Ort. Einige wenige davon aus dem NPD-Landesverband Schleswig-Holstein. Die Kundgebung wurde von ca. 80 Gegendemonstranten des bürgerlichen und linken Spektrums lautstark gestört. Abgesehen von dieser vom NPD-Bundesverband initiierten Kundgebung in Kiel verlief der Wahlkampf der NPD in Schleswig-Holstein recht verhalten. Es wurden einige wenige Infostände aufgestellt und Flyer verteilt. Offenbar wurde aufgrund der Erfahrung mit zerstörten und entwendeten Plakaten aus Wahlkämpfen vergangener Jahre auf Plaktierungen weitgehend verzichtet.

Bei der Wahl erzielte die NPD auf Bundesebene schließlich ein Ergebnis von 1,3 % der Zweitstimmen. Dies ist ein Rückgang von 0,2 % gegenüber der vorangegangenen Bundestagswahl im Jahr 2009. Bei den Landesergebnissen ragten erwartungsgemäß die ostdeutschen Länder heraus.



Das Spitzenergebnis erreichte die NPD mit 3,3 % in Sachsen. In Thüringen waren es 3,2 %. Danach folgen Mecklenburg-Vorpommern mit 2,7 %, Brandenburg mit 2,6 % und Sachsen-Anhalt mit 2,2 %. Überdurchschnittliche Ergebnisse gab es zudem im Saarland mit 1,7 % und Berlin mit 1,5 %. Die Ergebnisse in Hamburg (0,6 %), Schleswig-Holstein (0,7 %) und Niedersachsen (0,8 %) zeigen dagegen, dass die NPD im Nordwesten Deutschlands derzeit chancenlos ist. Das im Berichtsjahr in Schleswig-Holstein erzielte Ergebnis von 0,7 % lag um 0,4 % unter dem Ergebnis der Bundestagswahl in 2009. Mit Ausnahme der Stadt Neumünster gab es keine regionalen Auffälligkeiten beim Wahlergebnis.

Ein im Verhältnis herausragendes Ergebnis erzielte die NPD in Neumünster mit 1,6 % der Zweitstimmen. Bemerkenswert sind die Spitzenergebnisse in zwei Wahlbezirken mit 3,92 % und 3,7 % der Zweitstimmen.

Die Stadt Lübeck und Kreis Herzogtum Lauenburg sind dagegen nach dem aktuellen Wahlergebnis keine NPD „Hochburgen“ mehr. Im Wahlkreis Herzogtum Lauenburg/Stormarn Süd erzielte die NPD 0,75 % und in Lübeck 0,8 % der Zweitstimmen. Spitzenergebnisse mit 1,7 % gab es dabei in den Stadtteilen Moisling und Schlutup.

3.1.4 Junge Nationaldemokraten (JN)

Die Jugendorganisation der NPD ist seit 2010 auch in Schleswig-Holstein vertreten. Die JN meiden in Schleswig-Holstein die Öffentlichkeit. Veröffentlichungen auf der Internetseite des Bundesverbandes der JN, unterzeichnet mit dem Urheber „JN-Schleswig-Holstein“ oder dem Pseudonym „Leon, NBK Schleswig-Holstein“ belegen aber, dass die JN Schleswig-Holstein noch existiert. Die Abkürzung NBK steht für „Nationaler Bildungskreis“, die Schulungsabteilung der JN, mit Untergliederungen in den Ländern. Einen aufschlussreichen Einblick in das Denken und die Ziele der JN lieferte ein von „Leon“ in der Schleswig-Holstein-Stimme Nr. 50, Juli-September mit dem Titel „Politischer Aktionismus oder weltanschauliche Gemeinschaft?“ verfasster Artikel. Darin wird dargestellt, wie durch die Schaffung einer so genannten „Gemeinschaft“, die allerdings erkennbar im Widerspruch zu den unabänderlichen pluralistischen Werten des Grundgesetzes steht, eine Alternative zu dem in der rechtsextremistischen Szene hauptsächlich praktizierten Aktionismus ein langfristiges Handlungskonzept der Szene erreicht werden könnte (*Schreibfehler im Original*):

(...) Ich denke also, daß die weltanschauliche Gemeinschaft das Fundament jedweden Aktivismus sein muß. Das heißt aber nicht, daß ich oben beschriebenen Aktivismus propagieren würde. Mein neuer Aktivismusbegriff bezeichnet viel eher eine sozial-arbeiterische Handlung im Rahmen der weltanschaulichen Gemeinschaft. Hier wird Aktivismus also nicht als politische Agitation verstanden, sondern als das Formen sozialer Zusammenhänge als alternativen Gesellschaftsbereich, in denen Sinnsuchende oder Hilfebenötigende eine Heimat finden. Da in meinen Augen dieses System nicht reformierbar ist, brauchen wir unsere eigenen, nichtstaatlichen Gemeinschaften, die untereinander einen sozialen Prozess in Gang setzen. Dieser endet nicht in Formung einer sektenähnlichen Vereinigung, sondern erst einmal gar nicht (!) und ermöglicht ein Nachhaltiges wirken auf Menschen. Wenn diese Menschen angezogen werden von der weltanschaulichen Thematik, vom Ritus, von der tieferen Wirklichkeit der Gemeinschaft, vom traditionellen Erbe des angestrebten Menschenschlages und der unbedingten Solidarität, dann bleiben sie! Dann wurde das Fischernetz gut ausgeworfen und mit reichem Inhalt wieder eingeholt. Wir wissen alle, daß wir nicht Fische

versuchen zu fangen, sondern fortan Menschenfischer sein müssen. (...) Dann, nachdem die Gemeinschaft sich gefunden hat, gemeinsam für die Sache einzustehen, egal welche Schmähungen durch die Gesellschaft drohen – denn man weiß ja um die Richtigkeit und um den Zusammenhalt der Gemeinschaft– dann wächst noch fester zusammen, was sich schon zusammenfand. Was sagen wir also neuen, jungen Gesichtern, die sich bei uns einfinden?- Befriedigt euer Gewissen und verteilt Zettel? Oder führen wir sie in tiefe und ausgeklügelte Gruppenriten ein, lassen sie spüren, was es heißt, unsere Weltanschauung zu leben? Überzeugen wir mit der wahren Tat, mit der Tat des Zusammenfügens, anstatt mit der kurzlebigen Handlung der politischen Aktion. Sie folgt und muß auch folgen. Sie ist unser Gesicht nach Außen, erklärt unser Wollen und unser Streben. Doch leben wir nicht einmal das, was wir wollen, können nicht einmal bieten, was wir fordern, dann, ja dann ist alles auf Sand gebaut – aus Papier.

Sagen wir den Neuen also Folgendes: Hier seid ihr bei uns, den anderen. Wir sind jene, die sich gegen den Zeitgeist verschworen haben und das alte Geheimnis der Tradition hüten. Wir weihen euch ein und ihr könnt ein Teil werden. Wir werden Bande stricken, die niemals reißen. Wir bauen unsere Ehre auf Werte, die heute nirgendwo sonst mehr Verwendung finden. (...) Wir werden eins – formen euch – werden eine Form.

Eignen sie sich, werden sie Teil der Form. Nun ist es ihnen vergönnt, auch Teil des Gesichtes der Gemeinschaft zu werden. Sie können aktiv für die Sache werben und können, beim Wissen um den starken Rückhalt der Gemeinschaft, der Gesellschaft trotzig in ihre bürgerlich-ängstliche Visage blicken und sagen: „Wir sind frei – wir sind die Kommenden!“ Sie sind bereit für den Kampf mit dem politischen Gegner, bereit für Entbehrungen und Niederlagen, um am Ende schließlich siegreich zu sein. **Leon**

Durch diese Ausführungen wird deutlich, dass die Jungen Nationaldemokraten die Absicht zur Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in erstaunlicher Offenheit propagieren. Ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung soll durch die Bildung einer in sich geschlossenen Gemeinschaft entgegen getreten werden, in der „gegen den Zeitgeist“ gerichtete Werte vermittelt werden. Ohne, dass direkt auf das Gedankengut des historischen Nationalsozialismus Bezug genommen wird, ist dennoch unter Berücksichtigung des Gesamtzusammenhanges unschwer zu erkennen, dass mit diesem zu bekämpfenden „Zeitgeist“ die freiheitliche Verfassungsordnung gemeint ist. Die abschließend erklärte Bereitschaft zum Kampf mit dem politischen Gegner, worunter der Verfasser die gesellschaftliche und politische Ordnung in Deutschland als „nicht reformierbares System“ versteht, zeigt die Absicht zur aggressiv kämpferischen Beseitigung der bestehenden Verfassungsordnung. Bemerkenswert erscheint der in den Ausführungen deutlich erkennbare Versuch, durch Nutzung

sozialwissenschaftlicher Grundsätze rechtsextremistische Ziele durch die Schaffung einer sozialen Bewegung zu erreichen. Hierin liegt ein fundamentaler Unterschied zu bislang bekannten rechtsextremistischen Strategien.

Weit weniger subtil, sondern völlig unverschleiert ausländerfeindlich argumentierte die JN auch anlässlich des Bundestagswahlkampfes: Am 3. September starteten die JN eine Kampagne unter dem Motto „Kondome für Ausländer und ausgewählte Deutsche!“. Die damit verbundene Botschaft „Hosen runter, Gummi drauf!“ wendet sich nach Aussage der JN an Bundestagsabgeordnete, Minister und Ausländerlobbyisten, die sich in der Vergangenheit besonders durch ihre volksfeindliche Heimatabwicklung hervorgetan hätten. Der Bundesvorsitzende der JN erklärte dazu in einem Beitrag im Internet:

„Sie vermehren sich blitzartig, nerven, kosten unser Geld und haben eigentlich keinen Nutzen – die Politiker der korrupten Altparteien. (...) Sie wollen die multikulturelle Gesellschaft, die unsere Kultur zerstört. Sie lassen zu, dass sich unsere Gesellschaft überfremdet. (...) Aber jetzt kann jeder durch die Stadt gehen und aktiv den demographischen Wandel bekämpfen. Einfach diese netten Kondome verteilen.“
(Beitrag „Kondome für Ausländer und ausgewählte Deutsche“ vom 15.09.2013 auf aktion-widerstand.de)

Die Aktion „Kondome für Ausländer und ausgewählte Deutsche!“ fügt sich nahtlos in Kern der Weltanschauung der NPD ein, die ein gleichberechtigtes Existenzrecht von Menschen unter einen nicht verfassungskonformen rassistischen Vorbehalt stellt.

3.1.5 Verbotsantrag

Nach Prüfung der Erfolgsaussichten eines erneuten Verbotsverfahrens aufgrund der seit Anfang 2012 zusammengestellten Materialsammlung hatte der Bundesrat am 14. Dezember 2012 beschlossen, beim Bundesverfassungsgericht die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD und deren Auflösung zu beantragen. Auch nach diesem Beschluss wurde die NPD-Materialsammlung laufend ergänzt.

Der Verbotsantrag wurde am 22. November von den Prozessbevollmächtigten fertig gestellt. Am 27. November haben die Innenminister und Senatoren die erfolgte Abschaltung von Quellen auf der NPD-Führungsebene und der Teilorganisationen der NPD auf Bundes- und Landesebene und die Quellenfreiheit des verwendeten Mate-

rials schriftlich bestätigt. Am 3. Dezember wurde der Verbotsantrag bei dem Bundesverfassungsgericht eingereicht.

Nach Art. 21 Abs. 2 GG i. V. m. §§ 13 Nr. 2, 43 ff BVerfGG stellte der Bundesrat, vertreten durch die Prozessbevollmächtigten folgenden Antrag:

„Die NPD einschließlich ihrer Teilorganisationen Junge Nationaldemokraten, Ring nationaler Frauen und Kommunalpolitische Vereinigung ist verfassungswidrig und wird aufgelöst. Es ist verboten, Ersatzorganisationen zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen. Das Vermögen der NPD einschließlich ihrer Teilorganisationen wird zugunsten der BRD für gemeinnützige Zwecke eingezogen.“

3.2 Personenzusammenschlüsse im aktionistischen Rechtsextremismus

Das neonazistische Spektrum in Schleswig-Holstein umfasst derzeit rund ein Dutzend Personenzusammenschlüsse. Deren Spannbreite reicht dabei von aktionsorientierten, ideologisch weniger gefestigten Jugendcliquen mit knapp fünf Angehörigen bis zu schon seit Jahren bestehenden Aktionsgruppen mit bis zu 20 Mitgliedern. Diesen Personenzusammenschlüssen sind insgesamt etwa 130 Personen zuzurechnen. Das vorhandene Personenpotenzial außerhalb solcher Gruppierungen (zum Beispiel Neonazis, die nicht im Rahmen eines Personenzusammenschlusses agieren) kann darüber hinaus mit etwa 100 Personen beziffert werden, so dass sich eine Gesamtzahl von rund 230 aktionsorientierten Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein ergibt. Das ist ein Anstieg von 20 Personen gegenüber dem Vorjahr. Von diesem Potenzial sind gegenwärtig aber höchstens 60 Personen mobilisierbar (siehe II 4.1).

Rechtsextremistische Aktionsgruppen verteilen sich nahezu über das gesamte Landesgebiet. Der Schwerpunkt liegt hierbei im südlichen Landesteil. Gleichwohl sind auch in den Kreisen, in denen aktuell keine entsprechenden Gruppierungen erkennbar sind, einzelne Rechtsextremisten wohnhaft, die dem aktionsorientierten Spektrum angehören. In diesen Regionen fehlt es in der Regel an regionalen Führungspersonen, die für das Entstehen und den Fortbestand solcher Vereinigungen unabdingbar sind. Vereinzelt gibt es Hinweise auf Vernetzungsbemühungen mit rechtsextremistischen Personenzusammenschlüssen in anderen Bundesländern.

Die Strukturen der rechtsextremistischen autonomen Aktionsgruppen stellen sich überaus heterogen dar. In ihrer ideologischen Ausrichtung, ihrer Abhängigkeit von Führungskadern, der Fähigkeit zu politischer Arbeit oder der Beteiligung an öffentlichen Aktivitäten sind erhebliche Unterschiede zu erkennen. Dies gilt auch hinsichtlich der Gewaltorientierung. Grundsätzlich hat sich an der Einschätzung, dass gewalttätige Aktionsformen in der Regel aus strategischen Gründen nicht umgesetzt werden, nichts geändert. Das der aktionsorientierten rechtsextremistischen Szene immanente Gewaltpotenzial birgt allerdings immer die Gefahr, dass sich Einzelpersonen oder Kleinstgruppen aufgrund der faktischen Unmöglichkeit eines offen gelebten Rechtsextremismus radikalieren. Begünstigt werden derartige Prozesse, wenn charismatische, gewaltaffine Einzelpersonen das fraglos vorhandene Gewaltpotenzial aufrütteln.

Ein Indiz für den aufgestauten Hass gegen politische Gegner, staatliche Organe oder bestimmte Ausländergruppen ist die teilweise hohe verbale Aggressivität, die in Internetveröffentlichungen immer wieder Ausdruck findet. Diese war insbesondere im Berichtsjahr im Zusammenhang mit zahlreichen „Outings“ von linksextremistischer Seite und damit verbundenen Vorfällen (Kfz-Brände, körperliche Übergriffe, Farbschmierereien und andere Sachbeschädigungen) zu beobachten (siehe III 4.1 „Anti-Faschismus“ im Abschnitt Linksextremismus). Tatsächliche, gewalttätige Reaktionen seitens der rechtsextremistischen Szene, die unmittelbar auf diese Vorkommnisse zurückzuführen wären, gab es nicht. Eine gänzliche Passivität seitens der Rechtsextremisten war damit allerdings auch nicht verbunden. In unterschiedlicher Form wurde den mutmaßlichen Verantwortlichen angedroht, dass sie „demnächst auch Hausbesuche“ zu erwarten hätten. Auch die Einrichtung eines „Mediennetzwerkes“ sowie Aufforderungen einiger Gruppierungen, „antifaschistische Aktivitäten zu melden“, deuten darauf hin, dass der Versuch unternommen wird, politische Gegner einzuschüchtern und Bedrohungsszenarien zu schaffen. Es liegt nahe, dass aus dieser Gemengelage bei passender Gelegenheit auch gewalttätige Übergriffe entstehen können.

Das neonazistische Lager befindet sich derzeit in einer Phase des Umbruchs, bei der der weitere Werdegang völlig offen ist. Der zunehmende Generationenkonflikt zwischen den früheren Protagonisten der Neonazi-Szene, die tatsächlich an die Ideen

des historischen Nationalsozialismus anknüpfen, und dem teilweise sehr jungen Nachwuchs zeichnet sich ab. Der historische Nationalsozialismus verliert als „Leitkultur“ für junge Rechtsextremisten zunehmend an Bedeutung. Kernpunkt jedweder Entwicklungen wird immer sein, welche Persönlichkeiten sich in führenden Positionen befinden und wie diese einzuschätzen sind. Wie immun zumindest der Kern dieser Szene jedoch gegen Veränderungen ist, hat sich im Umgang mit dem Auftauchen der „Autonomen Nationalisten“ (AN) Mitte der 2000er Jahre gezeigt. Gleichgültig, ob als Aktions- oder Organisationsform bewertet, sind die AN letztlich im Rechtsextremismus aufgegangen und dessen Bestandteil geworden. Die Diskussionen über die Bedeutung der AN waren bei Medien und Sicherheitsbehörden vermutlich sehr viel größer als in der Szene selbst. Grundlegende Veränderungen wären dann vorstellbar, wenn maßgebliche Einflüsse „von außen“ auf die Szene einwirkten. Ohne dass es momentan Anhaltspunkte für derartige Tendenzen gibt, könnte beispielsweise das Auftauchen ehemaliger oder neuer Führungsaktivisten durchaus „belebend“ für die aktionistische Szene sein. Auch neue Organisations- oder Aktionsformen haben das Potenzial, der dahindämmernden Szene Aufschwung zu geben. Im Bereich rechtsextremistischer Subkulturen deutet sich eine vergleichbare Entwicklung mit der Gründung rockerähnlicher Gruppen an (siehe II 4.2.2).

Von hoher Dynamik ist auch weiterhin der „virtuelle Rechtsextremismus“, also die Propaganda und Organisation via Internet, geprägt. Es ist keine Neuigkeit, dass sämtliche Möglichkeiten der online-Welt von Rechtsextremisten genutzt werden. Hier hat sich eine weitgehende Professionalität rechtsextremistischer Akteure im Umgang mit den Neuen Medien eingestellt. Dies führt immer wieder zu neuen Trends und der Entstehung unterschiedlichster Phänomene. Viele (vermeintliche) Bewegungen und Initiativen sind verkümmert, ein kleiner Teil hingegen wurde aus der virtuellen Welt „auf die Straße“ getragen. Inwieweit sich hieraus klandestine Strukturen entwickeln könnten, kann derzeit noch nicht beurteilt werden.

Die Gefahr rechtsextremistischer Propaganda via Internet wird immer dann deutlich, wenn es derartigen Bestrebungen gelingt, sich über das eigene Lager hinaus Gehör zu verschaffen oder zumindest in irgendeiner Form Bestandteil der Meinungsbildung zu werden. Deutlichstes Beispiel hierfür war die Debatte über den vermehrten Zuzug von Asylbewerbern nach Deutschland in der zweiten Jahreshälfte. Noch bevor diese

Thematik in der breiten Öffentlichkeit „angekommen“ war, hatten sich Rechtsextremisten (in diesem Fall überwiegend die NPD) damit befasst und entsprechende Internet-Kampagnen initiiert. In der politischen Debatte spielte dann zwangsläufig auch immer die NPD eine Rolle. Unabhängig davon, dass tatsächliche Aktivitäten rechtsextremistischer Protagonisten insbesondere in Schleswig-Holstein nicht stattfanden, wurde ihnen jedoch Aufmerksamkeit zuteil. Mit einfachen Mitteln waren damit die Erwartungen bereits vollkommen erfüllt.

Dennoch ist zumindest ein kleiner Teil der Szene bemüht, sich aus eigener Kraft zu restrukturieren und eine gewisse Handlungsfähigkeit zurückzuerlangen. Deutlichstes Kennzeichen war die im September erfolgte Gründung des Vereins „Braune Hilfe“, der von führenden Neonazis und NPD-Aktivisten ins Leben gerufen wurde. Diese Organisation soll laut Satzung „Solidarität und Hilfe für Personen, die aufgrund ihrer politischen Betätigung strafrechtlich verfolgt und / oder gesellschaftlich benachteiligt werden“ bieten. Zudem ist die Eintragung in das Vereinsregister angestrebt. Nicht nur in Anbetracht der beteiligten Personen ist der rechtsextremistische Hintergrund offensichtlich. Es sind inhaltliche Parallelen zur am 21. September 2011 durch den Bundesinnenminister verbotene „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) erkennbar. Wenngleich die „Braune Hilfe“ bisher nicht öffentlich in Erscheinung getreten ist, könnte hier der Versuch unternommen werden, der zersplitterten Szene in Schleswig-Holstein einen gemeinsamen Überbau zu verschaffen.

3.3 Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste in Schleswig-Holstein

Das offenkundige Anliegen von rechtsextremistischen Verlagen ist die Förderung einer rechtsextremistischen Gegenkultur in Deutschland. In den Verlagsangeboten überwiegen geschichtsrevisionistische, aber auch antisemitische und fremdenfeindliche Publikationen. Die Verlage versuchen, durch ihre Angebotspalette das gesellschaftlich anerkannte und wissenschaftlich unterlegte Geschichtsbild zu revidieren. Historische Ereignisse werden in wesentlichen Teilen anders als in der etablierten Geschichtswissenschaft erklärt oder gedeutet. In Deutschland gehört der Geschichtsrevisionismus zu den wichtigsten Agitationsfeldern im Rechtsextremismus und ist eines der verbindenden Elemente für dessen verschiedene Strömungen. Im

Bewusstsein, dass das Wissen um die Verbrechen des Dritten Reichs die rechtsextremistischen Positionen in der demokratischen Mehrheitskultur diskreditiert, bemühen sich die Verlage, die Zeit des Nationalsozialismus in einem positiven Licht erscheinen zu lassen. Unter anderem werden vermeintlich positiv zu bewertende Handlungen des Dritten Reiches überbetont und Verbrechen der Nationalsozialisten insbesondere durch eine Gleichsetzung mit Taten der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs relativiert. Einen weiteren Schwerpunkt in den Publikationen nimmt die Darstellung von Standpunkten ein, die eine Nähe zum nationalsozialistischen Denken aufweisen. Darüber hinaus wird erkennbar versucht, das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratische Ordnung in Deutschland und Europa zu zerstören.

Über die Aktivitäten rechtsextremistischer, in Schleswig-Holstein ansässiger Verlage wurde zum Teil unter Namensnennung seit Jahrzehnten in den Verfassungsschutzberichten des Landes Schleswig-Holstein berichtet. Seit 2009 wurde die Berichterstattung über rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste als Folge einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes mit dem Zusatz „Verdachtsfall“ versehen, da für schleswig-holsteinische Verlage Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen vorlagen, die auf die Beseitigung tragender Verfassungsgrundsätze abzielten. Aufgrund einer Entscheidung des schleswig-holsteinischen Obergerichtes² werden derartige „Verdachtsfälle“ in den schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzberichten bis auf weiteres nicht mehr namentlich erwähnt.

4 Aktionsformen und Schwerpunkte der Agitation

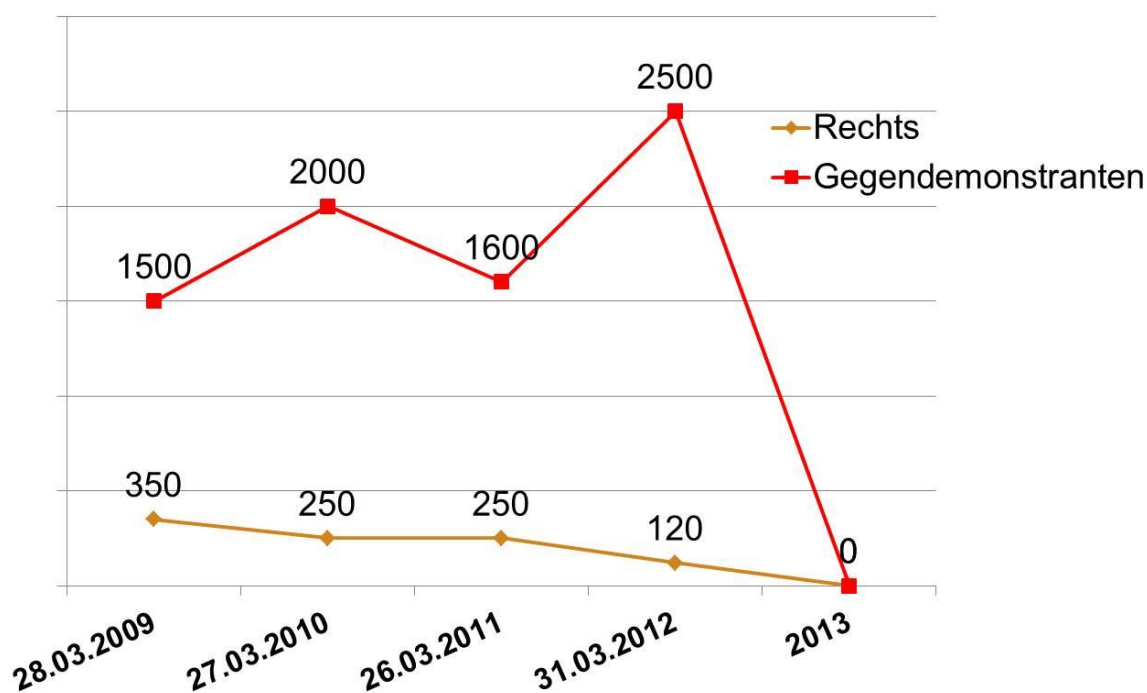
4.1 Aktionen

Öffentliche Aufmärsche und damit zusammenhängende Aktivitäten sind gewichtige Indizien für die Bewertung der Stärke der rechtsextremistischen Szene. Als Aktionsform sind sie von zentraler Bedeutung für das Selbstverständnis rechtsextremistischer Parteien und neonazistisch orientierter Gruppierungen und stellen so einen wichtigen Gradmesser für deren Mobilisierungs- und Handlungsfähigkeit dar. Die seit Ende 2011 zu beobachtende Zurückhaltung der rechtsextremistischen Szene - nicht nur in Schleswig-Holstein - ist folgerichtig auch im Zusammenhang mit dem Demonstrationsgeschehen erkennbar.

² Az.: 4 MB 45/13

Öffentliche Aufmärsche oder Kundgebungen sind für den aktionistischen Rechtsextremismus insbesondere von Bedeutung, weil sie eine Art „Szenekitt“ darstellen. Hierdurch konnten in der Vergangenheit angespannte Verhältnisse oder gar Konkurrenz innerhalb regionaler Szenen oder zwischen Parteien und „Freien Nationalisten“ im Rahmen gemeinsamer Kampagnen zumindest zeitweilig überdeckt werden. In Schleswig-Holstein war dies in den vergangenen Jahren regelmäßig zu beobachten, wenn tendenziell eher parteiferne „Freie Nationalisten“ vorbehaltlos NPD-Kundgebungen unterstützten. Für jüngere Rechtsextremisten stand zudem der „Erlebnischarakter“ von Demonstrationen im Vordergrund, mitunter kombiniert mit der Aussicht auf gewalttätige Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner. Und nicht zuletzt tragen „überregionale“ Demonstrationen zur Bildung von weit reichenden Netzwerken der Szene-Protagonisten bei.

In Schleswig-Holstein kam es im Berichtsjahr zu keinem größeren Aufmarsch. Der seit 2006 durchgeführte alljährliche „Trauermarsch“ in Lübeck, der über Jahre die einzige regelmäßige Großveranstaltung in Schleswig-Holstein darstellte, verzeichnete seit Jahren rückläufige Teilnehmerzahlen. Waren 2012 nur noch etwa 120 Rechtsextremisten nach Lübeck gekommen, wurde die Veranstaltung im Berichtsjahr erstmalig (und für die Folgejahre endgültig) abgesagt. Als „Ersatz“ gab es lediglich eine kurze Gedenkveranstaltung auf einem Lübecker Friedhof, an der knapp 10 Personen teilgenommen haben.

Entwicklung der Teilnehmerzahlen beim Lübecker „Trauermarsch“

Symptomatisch ist auch, dass aus Schleswig-Holstein zu überregionalen Demonstrationen mittlerweile kaum Teilnehmer zu mobilisieren sind. An den rechtsextremistischen Aufmärschen beispielsweise am 1. Mai in Berlin oder am 3. August im niedersächsischen Bad Nenndorf nahmen jeweils weniger als 20 Personen aus Schleswig-Holstein teil. Vor wenigen Jahren lag das schleswig-holsteinische Teilnehmerpotenzial anlässlich vergleichbarer Veranstaltungen regelmäßig bei über 100 Personen, die sich im Rahmen einer gemeinsamen koordinierten Anreise zusammenfanden. Derzeit sind in Schleswig-Holstein insgesamt höchstens 60 Personen als tatsächlich mobilisierbar anzusehen. Großkundgebungen spielen für die hiesige Szene daher momentan nur noch eine absolut untergeordnete Rolle. Die Ursache hierfür ist nicht allein der erhöhte Verfolgungsdruck nach dem Bekanntwerden der Verbrechen des NSU. Schon vorher begannen die in den neunziger Jahren entstandenen informellen Netzwerke der rechtsextremistischen Szene in Schleswig-Holstein zu schrumpfen. So konnte und kann das nach wie vor existierende rechtsextremistische Personenpotenzial nur noch eingeschränkt erreicht und für gemeinsame Aktivitäten mobilisiert werden. Die Folge ist eine immer größere politische Passivität der Szene und der Rückzug in rein regionale „autonome“ Strukturen. Zudem wird seit längerem in der Szene immer wieder die Sinnhaftigkeit von Großdemonstrationen in Frage gestellt

und offen über die Hinwendung zu anderen Aktionsformen diskutiert. Hierunter sind nach gegenwärtigem Erkenntnisstand keine gewalttätigen Aktionen zu verstehen. Bereits Mitte 2012 warf der damalige stellvertretende JN-Vorsitzende die Frage auf, ob „Großdemonstrationen noch zielführend“ seien oder ob nicht „dezentrale, kleinere Aktionen“ geeigneter wären. Für Aufsehen hatte in den letzten Jahren die Aktionsform der „Unsterblichen“ gesorgt. (Hierüber wurde im Verfassungsschutzbericht des Jahres 2012 ausführlich berichtet.) Die diesbezügliche anfangs beinahe euphorische Begeisterung ist inzwischen jedoch verfliegen. Aktionen der „Unsterblichen“ sind im Berichtsjahr bundesweit nur noch sehr vereinzelt festgestellt worden. In Schleswig-Holstein kam es zu keinen Aktivitäten.

Rechtsextremisten müssen sich derzeit auf Klein- oder Kleinstveranstaltungen beschränken und auf „Öffentlichkeit“ verzichten. Hierunter sind Aktionen zu verstehen, die unter Beteiligung von nur wenigen Personen geplant und durchgeführt werden, daher einen geringeren Planungsaufwand erfordern und zudem das Risiko vorzeitiger Entdeckung bzw. Verhinderung durch staatliche Stellen oder den politischen Gegner verringern. Das fast allen politischen Extremisten innewohnende Sendungsbedürfnis wird dann nicht unmittelbar während der Aktion, sondern erst im Nachhinein ausgelebt. Dabei setzt die Szene auf die mediale Aufbereitung und Verbreitung im Internet. Im Berichtsjahr haben solche Aktivitäten die Szene in Schleswig-Holstein geprägt. So kam es Ende April zu einer nächtlichen Transparentaktion in Bad Oldesloe, die an die Bombardierung der Stadt im Jahr 1945 erinnern sollte. Auch Flugblattverteilungen oder das massenhafte Anbringen von Aufklebern sind klassische Aktivitäten, die ohne größeren Aufwand von einer geringen Anzahl an Personen durchgeführt werden können, sich im Nachhinein jedoch virtuell mit wenig Aufwand vermarkten lassen.

Unter den Begriff der Kleinveranstaltungen sind auch vordergründig unpolitische Müllsammelaktionen im Frühjahr aber auch die alljährlichen „Heldengedenken“ anlässlich des Volkstrauertages im November zu fassen. An derartigen dezentralen Veranstaltungen, die oftmals in einem konspirativen Rahmen abliefen, nahmen regelmäßig höchstens um die 15 Personen teil. Eine der größten Veranstaltungen der neonazistischen Szene fand am 6. Juli bezeichnenderweise in Mecklenburg-Vorpommern statt. In Grevesmühlen kamen rund 50 Rechtsextremisten, überwie-

gend aus Schleswig-Holstein, zu einer Solidaritätsveranstaltung zusammen, bei der Szene-Artikel versteigert wurden. Im Rahmen der Veranstaltung traten auch mehrere Liedermacher auf.

Ein Beispiel dafür, wie Rechtsextremisten immer wieder den Versuch unternehmen, mit an sich unpolitischen Aktivitäten auf sich aufmerksam zu machen, und „ganz nebenbei“ gegen Ausländer zu agitieren, konnte im Zusammenhang mit der Hochwasserlage im Juni beobachtet werden. Während sich einige Gruppierungen als tatkräftige „Fluthelfer“ inszenierten, wurde auf den Internetseiten anderer Gruppen hingegen darauf hingewiesen, dass die Solidarität unter den Deutschen schön anzusehen wäre - „Ausländer“ hingegen hätten sich überhaupt nicht engagiert.

4.2 Inhaltliche Schwerpunkte

4.2.1 Ausländerfeindlichkeit wird wieder Agitationsschwerpunkt

Die öffentliche Diskussion über den erwarteten vermehrten Zuzug von Asylbewerbern hat nicht unerwartet zu einer gesteigerten Resonanz bei Rechtsextremisten geführt. Sichtbar wurde das vor allem in vielfach provokativen Darstellungen im Internet, aber ebenfalls in propagandistischen Aktivitäten. Auch wenn das Thema „Ausländerfeindlichkeit“ dem Wesen des Rechtsextremismus entsprechend seit je her den kleinsten gemeinsamen Nenner der verschiedenen rechtsextremistischen Strömungen darstellt, hatte der so genannte „Asylkompromiss“ aus dem Jahre 1993, der letztlich eine drastische Einschränkung des Asylrechts bedeutete, zur Folge, dass sich die Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein danach anderen Kernthemen zuwandten. Obwohl eine derartige Bewertung in Anbetracht der aus unzweifelhaft ausländerfeindlicher Motivation verübten Morde des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) zynisch erscheint, war Ausländerfeindlichkeit seit Mitte der neunziger Jahre zumindest bei schleswig-holsteinischen Rechtsextremisten tatsächlich nicht mehr der primäre Agitationsschwerpunkt.

Seit den neunziger Jahren lagen die inhaltlichen Augenmerke innerhalb der unterschiedlichen Strömungen des Rechtsextremismus eher weit auseinander. Die NPD hatte sich zuletzt überwiegend als „Anti-Euro-Partei“ in der Hoffnung geriert, mit diesem Thema Befürworter und Wählerstimmen auch außerhalb des eigenen Lagers zu gewinnen. Neonazistische Gruppierungen hatten lange Zeit den Staat und den politi-

schen Gegner als hauptsächlichen Schwerpunkt ihrer Agitation ausgemacht. Waren die Skinheads der 1990er Jahre das Sinnbild für Ausländerfeindlichkeit schlechthin, hat sich das ohnehin nie übermäßige politische Interesse dieser Personen verflüchtigt und zu einer scheinbaren Auflösung bzw. grundlegenden Veränderung dieser Subkultur geführt. Aus der öffentlichen Wahrnehmbarkeit sind rechtsextremistische Skinheads nahezu vollkommen verschwunden.

Einen Vorgeschmack auf das nun wieder zunehmende „klassische“ Thema der Ausländerfeindlichkeit lieferte die NPD anlässlich des Bundestagswahlkampfes mit ihrem Slogan: „Geld für die Oma - statt für Sinti und Roma“. Ein auf der Internet-Seite des schleswig-holsteinischen NPD-Landesverbandes am 7. Oktober eingestellter Beitrag, der mit einer Abbildung des NPD-Plakates „Heimreise statt Einreise“ versehen war, greift eine Debatte im schleswig-holsteinischen Landtag auf. Die Beiträge der Parteien hierzu werden ausnahmslos abwertend dargestellt. Der Verfasser des Beitrages stellt darin die Behauptung auf, die Mehrheit der Deutschen sehe die steigende Zahl von Asylsuchenden in Deutschland eher kritisch und fordere ein konsequenteres Vorgehen gegen Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlinge. Der Beitrag schließt mit der Behauptung, die wachsende Zuwanderung sei das Ergebnis von Überlegungen, „die schon während des zweiten Weltkrieges gemacht wurden, um das deutsche Volk genetisch aufzulösen“. Derartige Verschwörungstheorien haben bei Rechtsextremisten regelmäßig einen antisemitischen Hintergrund. Welchen Stellenwert die schleswig-holsteinische NPD diesem Thema beimisst, wird durch die Tatsache deutlich, dass das Thema Asyl den Schwerpunkt auf den Internet-Seiten der NPD ausmacht. Die Themen Asylrecht und Ausländer sind außerdem ein erkennbarer Schwerpunkt in der NPD-Publikation „Schleswig-Holstein Stimme“. Auch hierdurch wird deutlich, dass der vorherige Agitationsschwerpunkt „Raus aus dem Euro“ an Bedeutung verloren hat. In anderen Bundesländern gelang es der NPD sogar, trotz einer erkennbar aggressiven rechtsextremistischen Agitation gegen Asylbewerber, bei dort geplanten Unterkünften, Teile der Bevölkerung für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Zu diesem Zweck hat die NPD einen „Leitfaden zum Umgang mit Asylanten in der Nachbarschaft“ herausgegeben.

Erwartungsgemäß greift auch die aktionistische Szene in Schleswig-Holstein diese Thematik auf. Das „Aktionsbündnis Lübeck / Stormarn“ äußert sich unter der Über-

schrift „Asylflut bricht auch über Ahrensburg herein“ beispielsweise wie folgt: „Wenn diese Ausländerpolitik so wie sie jetzt ist weitergeführt wird, werden wir unweigerlich zu Fremden im eigenen Land... wehr dich!“. Die „Jugend für Pinneberg“ hatte sich bereits Anfang September über die Asylpolitik und die vermeintlich dahinter stehenden Motive ausgelassen:

„[...] Inzwischen haben wir hier kein Bitten um Asyl, sondern ein Fordern sofort nach ihrer Vorstellung anerkannt und versorgt zu werden, [...] Das sind keine Asylanten, sondern Invasoren in ein fremdes Sozialsystem, an welchem sie nicht vorhaben mitzuwirken. [...] Eines der Ziele der bundesdeutschen Politik ist die Umvolkung des Deutschen Volkes, in ihrer Rhetorik wird dieses Ziel Integration genannt. Ziel ist es, durch Verdrängung und Vermischung einen identitätslosen Völkerbrei zu schaffen [...]“.

Bezeichnend ist sowohl für die NPD als auch parteilose Strukturen, dass sie sich in ihrer Agitation nicht allein auf einen rein ökonomischen Aspekt („Wirtschaftsflüchtlinge“, „Invasoren in ein fremdes Sozialsystem“) beziehen, der noch nicht unmittelbar extremistisch sein muss. Mit der Unterstellung, die Ausländerpolitik diene der „Umvolkung“ und letztendlich der Auslöschung des deutschen Volkes, wird gleichzeitig noch ein rassistischer und demokratiefeindlicher Unterton transportiert. Feindbilder sind dabei die von den Rechtsextremisten als genetisch minderwertiger angesehenen Asylbewerber sowie das politische System, dass deren Zuwanderung aktiv fördert.

Auch andere am äußersten rechten Rand des Verfassungsbogens positionierte Publikationen argumentierten ähnlich. Den Schwerpunkt der Darstellung bilden das Schüren von Ausländerfurcht und die Beschreibung der seit dem so genannten Asylkompromiss aus dem Jahr 1993 für Asylbewerber in Deutschland gültigen Rechtslage sowie das Diffamieren von politischen Parteien und Gruppierungen, die sich für Asylsuchende einsetzen.

Es ist keine Überraschung, dass Rechtsextremisten verstärkt innerhalb der sozialen Medien alle Möglichkeiten nutzen, um ihre Agitation einem möglichst großen Empfängerkreis zugänglich zu machen. Die Vorteile dieses Vorgehens liegen auf der Hand: Einerseits sind die nahezu nicht vorhandenen Kosten und die potenziell unbegrenzte Weiterverbreitung einer derartigen „online-Kampagne“ unbestreitbar. Andererseits ist aber auch die Hemmschwelle, sich mit den Positionen der NPD zu befassen,

sen und diese zu teilen, im virtuellen Raum sehr viel niedriger einzuschätzen als ein öffentliches Bekenntnis zu rechtsextremistischen Positionen. Für Aufsehen haben insbesondere mehrere „Initiativen“ gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in ostdeutschen Kleinstädten gesorgt, die im Wesentlichen via facebook initiiert und gelenkt wurden. Treibende Kraft war oftmals die NPD, die mit dem Slogan „Nein zum Heim!“ in verschiedenen Ortschaften Kundgebungen bzw. Versammlungen organisierte. Im Unterschied zu sonstigen Kampagnen rechtsextremistischer Akteure gelingt es ihr in diesen Fällen aber, den virtuellen Zuspruch auch in tatsächliche Unterstützung auf der Straße umzumünzen. Vergleichbares war in der Vergangenheit bereits im Zusammenhang mit der Thematisierung von Sexualstraftätern feststellbar.

Momentan findet die beschriebene Agitation außerhalb des rechtsextremistischen Spektrums kaum Beachtung. Zudem liegen in Schleswig-Holstein noch keine konkreten Anlässe vor, die es beispielsweise der NPD ermöglichen würden, gegen die Situation „vor Ort“ Stimmung zu machen. Es ist aber durchaus vorstellbar, dass rechtsextremistische Hetze bei verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf Resonanz stoßen könnte. Da zu erwarten ist, dass das Asylrecht auch in Zukunft breiten Raum in der öffentlichen Diskussion einnehmen wird, erscheint es jedenfalls sicher, dass die NPD und andere rechtsextremistische Gruppierungen die schon angelaufene Diskussion zum Anlass nehmen werden, hieraus nach ihrer Ansicht für die Bundesrepublik Deutschland drohende Gefahren für agitatorische Zwecke weiterhin und möglicherweise sogar noch verstärkt zu nutzen. Dass dabei mit dem Wort „Überfremdung“ eine Begrifflichkeit des historischen Nationalsozialismus verwendet wird, kann angesichts der Zielsetzung - nicht nur der NPD - nicht überraschen. Das durch die Rechtsextremisten projizierte Bedrohungsszenario birgt, wie die Vergangenheit gezeigt hat, die Gefahr, dass insbesondere Kleingruppen oder Einzeltäter sich ermutigt fühlen, dieser „Bedrohung“ mit Gewalt entgegen zu treten. Auch sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass die zu Beginn der 1990er Jahre geführten Diskussionen mit ähnlichem Vokabular geführt wurden. Die Auswirkungen sind hinlänglich bekannt. Neben den damals in Mölln und Solingen verübten Brandanschlägen waren auch die Ausschreitungen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen exemplarisch für die damalige Situation.

Die derzeitige Agitation ist wiederum geeignet, Hass gegenüber Ausländern und den politisch Verantwortlichen zu schüren und damit Radikalisierungsprozesse zu fördern. Anschläge auf Asylbewerberheime oder Immigrantenhäuser mit Todesfolge gab es seit 1992 in Schleswig-Holstein nicht mehr. 20 Jahre nach dem Anschlag von Mölln findet sich bis heute auf der Internetseite des Landesverbands der NPD Schleswig-Holstein eine Verlinkung zu einem Artikel des NPD Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern vom 23. November 2012, in dem es um die damalige Tatnacht geht. Durch die Überschrift „20 Jahre Mölln - 20 Jahre Lügenpropaganda“ wird bereits eindeutig ersichtlich, worauf der Verfasser abzielt. Der Justiz wird unterstellt, Fehlurteile ausgesprochen zu haben. So heißt es: „Bis heute wissen wir nicht, wer den Brand wirklich zu verantworten hat. Seit Mölln ist aber klar, wie weit die BRD-Justiz zu gehen bereit ist, wenn politische Interessen im Spiel sind.“ Zudem wird der politische Gegner „links“ für eine vermeintlich nachlässige Verteidigung verantwortlich gemacht. „Linke Organisationen hatten alle Rechtsanwälte Schleswig-Holsteins aufgerufen, die Angeklagten nicht zu verteidigen. Der Aufruf wurde befolgt,...“ Der Beitrag endet mit dem „Nachtrag“, Polizisten hätten bei einer Hausdurchsuchung einen Fernseher, einen Videorekorder und Schmuck aus der Möllner Brandruine gefunden: „Aasgeier hatten das Haus geplündert. Es waren keine deutschen Neonazis. Sondern rumänische Asylanten.“ Die Verlinkung auf den hier zitierten Text vom 23. November 2012 kann aufgrund der Haltung der schleswig-holsteinischen NPD durchaus als Übereinstimmung und Zustimmung für diese Aussagen bewertet werden.

4.2.2 Entwicklungen im subkulturell geprägten Rechtsextremismus

Die in Schleswig-Holstein etwa zwischen 1995 und 2005 auch öffentlich zu beobachtende Expansion des aktionistischen Rechtsextremismus war nicht nur allein auf die damals existierenden so genannten rechtsextremistischen „Kameradschaften“ zurückzuführen. Wesentlichen Anteil an der Ermöglichung einer rechtsextremistischen Präsenz im öffentlichen Raum hatten die subkulturell geprägten Rechtsextremisten, die wiederum zu einem erheblichen Teil der Skinhead-Szene entstammten. Erst durch deren Bereitschaft zur Teilnahme an Demonstrationen wurde den Protagonisten der damaligen Kameradschaftsszene die Möglichkeit gegeben, durch Erhöhung der Teilnehmerzahlen auch Gegendemonstranten erfolgreich entgegen zu treten.

Nunmehr ist schon seit einigen Jahren erkennbar, dass subkulturell geprägte Rechtsextremisten kaum noch für politische Aktivitäten mobilisierbar sind, sondern lieber „unter sich“ bleiben.

Eine neue Entwicklung in Teilen der subkulturellen Szene stellt das Kopieren einzelner Verhaltensweisen der Rocker-Szene dar. Hier vermischen sich politische Elemente mit wirtschaftlichen Interessen einiger Akteure. Ein für diese Personen durchaus erwünschter Nebeneffekt dürfte eine höhere Hemmschwelle von politischen Gegnern gegenüber der von Rockern ausgehenden gefürchteten Gewalt sein.

In Schleswig-Holstein stehen die Rivalitäten verschiedener Motorradclubs aus dem Bereich der so genannten „Outlaw Motorcycle Gangs“ (OMCG), in den Medien auch als „Rocker“ bezeichnet, seit einigen Jahren im Fokus der Öffentlichkeit. Insbesondere in Kiel und Neumünster haben sich in der Vergangenheit teils gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen unterschiedlicher Rockergruppierungen abgespielt. In diesem Zusammenhang war vor allem die personelle Zusammensetzung des inzwischen durch das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein verbotenen Ortsvereins (Chapter) des „Bandidos MC Neumünster“ auffallend. Hier traten ursprünglich dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnende Personen in Rocker-Kreisen in Erscheinung. Aufgrund der feststellbaren personellen Überschneidungen sowie persönlicher Beziehungen zwischen Akteuren der rechtsextremistischen und der Rockerszene stellte sich zwangsläufig die Frage, ob es eine Allianz zwischen Rechtsextremisten und Rockern gibt, oder gar eine gezielte Unterwanderung der nach außen hin unpolitischen Rockerszene durch rechtsextremistische Akteure stattfindet. Anzeichen hierfür liegen aber nicht vor. Auch zukünftig erscheint eine ideologische Beeinflussung von „etablierten“ Rockergruppierungen durch Rechtsextremisten eher unwahrscheinlich. Diese Einschätzung wird ebenfalls im Bundeslagebild des Bundeskriminalamtes in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz vom 28. März zur Thematik „Verbindungen zwischen rechtsextremistischer Szene und Rockergruppierungen“ geteilt.

Andererseits gibt es durchaus Entwicklungen von Teilen der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene, die auf eine Wandlung zu Rocker-Strukturen hindeuten. Hierfür gab es in den vergangenen Jahren verschiedene Beispiele:

Im Jahre 2009 orientierte sich erstmalig eine rechtsextremistische Gruppierung aus Bayern („Jagdstaffel D.S.T“) in Habitus und Kleidung an der Rockerszene. Mitglieder

dieser Gruppierung trugen, wie die Angehörigen von MCs, Lederwesten (so genannte Kutten) mit den für Rocker typischen Aufnähern, auf denen die Zugehörigkeit zum Club und die Funktion innerhalb des Clubs für jedermann sichtbar nach außen getragen wird. Auffallend war hierbei, dass abgesehen von vereinzelten persönlichen Beziehungen, keine Einbettung in die „Rocker-Szene“ bestand. Auch eine besondere Affinität zum Motorradfahren oder andere rockertypische Aktivitäten waren im Falle der „Jagdstaffel D.S.T.“ nicht feststellbar. Diese Gruppierung hat sich nach eigenen Angaben im Juli 2012 aufgelöst.

Auch die aus Berlin stammende Gruppierung „Vandalen - Ariogermanische Kampf-gemeinschaft“ präsentiert sich mit einem vergleichbaren Habitus. Es handelt sich hierbei um einen Personenzusammenschluss von Rechtsextremisten, aus deren Reihen auch die bundesweit bekannte, derzeit inaktive rechtsextremistische Band „Landser“ gegründet wurde. Jedoch sind auch für diese Gruppierung über das martialische Auftreten hinaus so gut wie keine rockertypischen Verhaltensweisen zu erkennen.

In Schleswig-Holstein existieren ebenfalls Gruppen, die dieser neuen Szene zuzurechnen sind. Eine davon bezeichnet sich als „Wächter Midgards“. Diese Gruppe hat ebenfalls ihren Ursprung in Berlin. Die Verbindung nach Schleswig-Holstein entstand über die rechtsextremistische Musikszene. Auch hier werden Lederkuttens mit entsprechenden Abzeichen, so genannten „Patches“ der Gruppierung getragen, jedoch wird hierbei auf eine Ortsbezeichnung verzichtet. Mitglieder dieser Gruppierung sind zwar als Rechtsextremisten auffällig geworden, aber nicht durch gemeinschaftliche politische Aktivitäten in Erscheinung getreten. Eine weitere Gruppierung ist unter dem Namen „Brigade 8“ bekannt.

Die Orientierung an Outlaw Motorcycle Gangs zeigt sich in vielen Facetten der neuen Erscheinungsform der rechtsextremistischen Personenzusammenschlüsse. Im Regelfall bezeichnen sich die Gruppierungen nicht (mehr) als Kameradschaft, sondern als Bruderschaften oder „Brotherhood“. Bereits das äußere Erscheinungsbild, das durch das Tragen einer Lederkutte mit entsprechenden Aufnähern nicht nur martialisch wirken und eine gewisse „Unantastbarkeit“ symbolisieren soll, ist eine direkte Kopie aus Rockerkreisen. An dieser zwangsläufigen Assoziation können auch immer

wiederkehrende Meldungen und anders lautende Statements über elektronische soziale Netzwerke nichts ändern. Die Kutte als einheitliches Erscheinungsbild der Mitglieder hat in diesem Kontext nahezu Uniformcharakter. Bestückt mit Aufnähern, die die jeweilige Zugehörigkeit zu einer Ortsgruppe sowie die Funktionsbezeichnung innerhalb der Gruppierung darstellen, wird dies nochmals unterstrichen. Gruppenfotos in dieser Konstellation zur Machtdemonstration und Selbstdarstellung werden gerne über das Medium der sozialen Netzwerke präsentiert und verbreitet. Zudem scheint es ein probates Mittel zur Werbung neuer Anwärter auf eine Mitgliedschaft zu sein. Als Logos werden häufig martialische Symbole geführt, die oftmals Bezüge zur nordischen Wikingerkultur oder dem Dritten Reich aufweisen. Im Fall der „Brigade 8“ stellt bereits die Namensgebung einen Bezug zu dem in Deutschland seit dem Jahre 2000 verbotenen „Blood & Honour“ Netzwerk dar. Der gängige Szenecode für Blood & Honour ist die 28 (Zahlenwert B und H). Vermischt man Zahlenwerte und Buchstaben, so erhält man B8 – die Abkürzung für Brigade 8.

Auch die innere Struktur und Hierarchie der Gruppierungen orientiert sich nahezu eins zu eins an der Rockerszene. Ortsgruppen (Chapter) erstrecken sich über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinweg. Der Aufbau und die Verteilung der Aufgaben bzw. Befugnisse kann als Spiegelbild der hierarchischen Struktur der Rockerclubs verstanden werden. Innerhalb jedes Chapters sind entsprechende Führungspositionen installiert, im Falle der „Brigade 8“ werden sie als Gauleiter (eine unmittelbare Anlehnung an die Terminologie des Dritten Reiches), General, Schriftführer und Krieger bezeichnet. Die obersten Funktionsämter auf Bundesebene sind losgelöst von einem Chapter und werden als „President“ und „Vice-President“ angeführt. Hierbei gilt zu bemerken, dass der „President“ der Brigade 8 seinen Wohnsitz im nördlichen Schleswig-Holstein hat. Bisher agieren diese Gruppierungen überwiegend im „privaten Rahmen“ und für die Öffentlichkeit nicht oder kaum wahrnehmbar. Rechtsextremistische Agitation ist bisher nur ein nachrangiges Handlungsfeld entsprechender Personenkreise. Zwar wurden vereinzelt Mitglieder auf rechtsextremistischen Demonstrationen bzw. Veranstaltungen festgestellt, ein geballtes öffentliches Auftreten als Organisation ist dagegen bis dato nicht bekannt. Aufgrund von sog. „Postings“ in sozialen Netzwerken mit eindeutig rechtsextremistischem sowie antisemitischem Inhalt, sowie der personellen Zusammensetzung ist die rechtsextremistische Grundausrichtung allerdings unzweifelhaft. Dabei stehen Gruppierungen wie die

„Brigade 8“ aber außerhalb der hergebrachten rechtsextremistischen Strukturen. Sie verkörpern vielmehr eine neue Strömung innerhalb der rechtsextremistischen Subkultur.

Die kontinuierliche und nicht regional beschränkte Ausbreitung rechtsextremistischer Personenzusammenschlüsse, die sich an den Rockern orientieren, deutet auf eine Fortentwicklung dieses Phänomens auch in den kommenden Jahren hin. Beispielsweise ist es im Berichtsjahr zur Gründung mehrerer Ortsgruppen der „Brigade 8“ in anderen Bundesländern gekommen. Offenkundig existiert in Teilen rechtsextremistischer Subkulturen durchaus Interesse an derartigen Organisationsformen. Diese Entwicklung wird durch bestehende persönliche Kontakte der maßgeblichen zentralen Personen begünstigt. Der durch soziale Netzwerke und teilweise auch Pressebeichterstattung erhöhte Bekanntheitsgrad einzelner Gruppierungen dürfte ebenfalls die Popularität bzw. das Interesse „orientierungsloser“ subkulturell geprägter Rechtsextremisten erhöhen. Die seit Jahren festzustellende „politische Lustlosigkeit“ im subkulturellen Spektrum passt durchaus in das auch nach Außen zur Schau gestellte Selbstverständnis und den weitgehenden Verzicht auf einen vertieften ideologischen Anspruch dieser neuen Strömung im Rechtsextremismus. Besonders für Subkulturelle mit wenig ausgeprägtem Selbstbewusstsein und nur fragmentarischen Ideologiekennntnissen dürfte es erstrebenswert sein, in einem vermeintlich „elitären Zirkel“ Aufnahme zu finden. Der ausgeprägte Ritualismus, den entsprechende Gruppen pflegen, verstärkt dieses Selbstbild noch zusätzlich. Rivalitäten bzw. Auseinandersetzungen mit anderen rechtsextremistischen Gruppen oder Rockergruppierungen konnten bislang nicht festgestellt werden. Hierbei gilt zu beachten, dass die hier beschriebenen rechtsextremistischen Gruppierungen sich ausdrücklich von den etablierten allgemeinkriminellen Motorradclubs distanzieren, auch konnte eine Verflechtung zur organisierten Kriminalität, wie bei OMCGs üblich, bisher nicht festgestellt werden. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Zustand von Dauer ist. Die Frage der Trennung bzw. Unterscheidung zwischen rechtsextremistischer Betätigung und Aktivitäten im Rocker-Milieu bedarf schon vor dem Hintergrund der, der „Rocker-Subkultur“ immanenten Gewaltbereitschaft weiterhin aufmerksamer Beobachtung.

4.2.3 Entwicklungen in der rechtsextremistischen Musikszene

Aus Schleswig-Holstein stammen derzeit vier rechtsextremistische Bands, die alle aus dem südöstlichen Landesteil kommen. Die engagierteste Band „Words of Anger“ absolvierte vier registrierte Live-Auftritte, „Timebomb“ sowie „Sturmwehr“ traten zweimal auf. Von der Gruppe „Einherjer“ wurden im Berichtsjahr keine Auftritte bekannt. Neben diesen Bands sind zurzeit drei schleswig-holsteinische Liedermacher aktiv.

Im Berichtsjahr haben vier Konzerte sowie ein Liederabend in Schleswig-Holstein stattgefunden. Drei der Konzerte fanden im Rahmen von privaten, nichtöffentlichen Feiern statt. Mit vier Konzerten und einem Liederabend im Berichtsjahr liegt die Anzahl der Musikveranstaltungen seit 2010 auf einem gleichbleibend niedrigen Niveau. Diese Entwicklung ist sicherlich auch auf den verstärkten gesellschaftlichen Druck auf rechtsextremistische Veranstaltungen sowie die Bemühungen der Sicherheitsbehörden, derartige Veranstaltungen zu verhindern, zurückzuführen. Konzerte werden in der Regel konspirativ geplant, um im Vorfeld weder den Sicherheitsbehörden noch dem politischen Gegner die Möglichkeit zu geben, die Veranstaltung untersagen bzw. stören zu können.

Inwieweit in Schleswig-Holstein der Konsum rechtsextremistischer Musik und der Besuch einschlägiger Konzerte tatsächlich zu einer dauerhaften ideologischen Auseinandersetzung und daraus resultierend zu einer politischen Betätigung führt, kann nicht quantifiziert werden. Dennoch kann festgestellt werden, dass die rechtsextremistische Musik in Deutschland insgesamt noch immer eine wichtige Größe in der rechtsextremistischen Szene darstellt. Sie gilt als identitätsstiftend und fördert das Zugehörigkeitsgefühl. Im Rahmen der Konzerte können Kontakte geknüpft bzw. belebt werden.

5 Rechtsextremistische Aktivitäten in Kreisen und Städten

5.1 Nördlicher Landesteil

Kennzeichnend in den letzten Jahren war für die rechtsextremistische Szene Nordfrieslands der Strukturwandel: Loslösung von der NPD hin zu einem aktionistischen Rechtsextremismus. Provokative Aktionen blieben allerdings aus. Damit einherge-

hend nahm auch die Zahl der im Kreisgebiet verübten Straftaten deutlich ab. Die Akteure aus dem Jahr 2012 blieben im Berichtsjahr im Hintergrund. Die Gründe dürften allerdings weniger politischer Natur sein. Das verbleibende Personenpotential ist nach wie vor neonazistisch geprägt. Die in den vorangegangenen Jahren ungewöhnlich deutliche Anlehnung an den historischen Nationalsozialismus hat mit dem Wechsel der Protagonisten allerdings an Bedeutung verloren. Der Fokus der Szene liegt nunmehr erkennbar beim Aufbau eines überregionalen Netzwerks. Im Berichtsjahr wurden die „Freie Kräfte Nordfriesland“ gegründet. Hierbei handelt es sich um einen lockeren Personenzusammenschluss, eine aktionistische Kleinstgruppierung, welche u. a. an der Demonstration zum 1. Mai in Berlin teilgenommen hat. Größere Aktionen sind von ihr nicht ausgegangen.

Durch den Rückzug von Protagonisten hat auch der NPD-Kreisverband Nordfriesland/Schleswig-Flensburg erheblich an Bedeutung verloren. Hin und wieder wird auf der dazugehörigen Internetseite ein Artikel eingestellt. An den Kommunalwahlen nahm der Kreisverband im Berichtsjahr nicht teil.

Die wesentlichen Entwicklungen im Kreis Schleswig-Flensburg sind unter II. 4.2.2 dargestellt. Im Flensburger Stadtgebiet verhalten sich die dort wohnenden Szenemitglieder weiterhin sehr zurückhaltend. Ursächlich dürfte die Furcht vor „Gegenmaßnahmen“ politischer Gegner sein.

5.2 Kiel und Umgebung

Auch in Kiel war die Verunsicherung der rechtsextremistischen Szene unübersehbar. Nach dem sukzessiven Rückzug ehemaliger Protagonisten gehört die rechtsextremistische Szene in Kiel derzeit nicht mehr zu den Schwerpunkten im Land. Sowohl die aktionistischen als auch die parteigebundenen Protagonisten sind nur bedingt in der Lage, die vorhandenen Personenpotenziale für öffentlichkeitswirksame Aktionen zu mobilisieren und zur planmäßigen Mitarbeit zu verpflichten. Dadurch ist eine deutlich zurückgehende öffentliche Präsenz des Rechtsextremismus in Kiel zu verzeichnen. Der desolate Zustand des früher eng mit der aktionistischen Szene verbundenen NPD-Kreisverbandes Kiel/Plön war offensichtlich. Im Kreis Plön trat die NPD zur Kommunalwahl erwartungsgemäß gar nicht erst an. In Kiel gelang es der NPD durch

Instrumentalisierung subkultureller Potenziale bei der Kommunalwahl einen Erfolg zu erzielen (siehe II 3.1.3.1). Dieser Vorgang ist durchaus bemerkenswert, da es der NPD damit nachweislich gelang, an sich unpolitische Potenziale zu nutzen und hierdurch Wahlerfolge zu erzielen. Es handelte sich dabei um Personen, die in einen Freizeitfußballclub eingebunden waren. Vier dieser Personen werden allerdings einer politisch motivierten Straftat verdächtigt. Sie sollen im Rahmen eines Drittligafußballspiels „Heil Hitler“ gerufen und den Hitlergruß gezeigt haben. Außerdem haben mehrere Angehörige der Gruppe mit T-Shirts mit aufgedrucktem Gruppennamen und Fahnen am alljährlichen revisionistischen Trauermarsch in Bad Nenndorf am 3. August teilgenommen. Die auch in Kiel erkennbare Zurückhaltung der rechtsextremistischen Szene dürfte neben dem Fehlen von Leitfiguren sowie der allgemeinen aus dem NSU Komplex resultierenden Verunsicherung, sicherlich auch auf die vorwiegend linksextremistischen Outingaktionen und Sachbeschädigungen zurückzuführen sein. Obwohl die rechtsextremistische Szene in Kiel gegenwärtig unauffällig ist, sollte die derzeitige Gefährdungseinschätzung nur als Momentaufnahme betrachtet werden. In Kiel ist durchaus ein auch gewaltbereites Personenpotenzial vorhanden, das bei entsprechender Anleitung und Bündelung mobilisiert werden könnte.

Wie schon im Vorjahr ist der Kreis Plön bezüglich seines rechtsextremistischen aktivistischen Personenpotenzials im Landesvergleich eher unbedeutend. Öffentlichkeitswirksame Aktionen konnten im Kreisgebiet nicht festgestellt werden. Die wenigen Protagonisten betreiben ihre rechtsextremistischen Aktivitäten außerhalb des Kreisgebietes bzw. beschränkten ihre öffentlichen politischen Aktivitäten in diesem Jahr auf ein kaum wahrnehmbares Maß.

Im Kreis Rendsburg-Eckernförde waren im Berichtsjahr keine rechtsextremistischen Strukturen zu erkennen. Lediglich einzelne dort wohnende Rechtsextremisten sind bekannt. Mediale Aufmerksamkeit erzielte ein Vorfall am 9. Mai (Himmelfahrt) in Kosel. Dabei gab es einen Angriff aus einer Gruppe alkoholisierter Jugendlicher auf eine Familie mit Migrationshintergrund. Aus der Gruppe heraus wurden Feuerwerkskörper auf das Grundstück der Geschädigten geworfen. Als sich die Geschädigten beschwerten, sollen einige aus der Gruppe heraus den sogenannten „Hitlergruß“ in deren Richtung gezeigt haben. Das eingeleitete Strafverfahren wurde noch nicht abgeschlossen.

Mit der Landeshauptstadt Kiel und dem Kreis Plön bildet der Kreis Rendsburg-Eckernförde zusammen den NPD-Bezirksverband Kiel-Plön. Es ist bezeichnend für die derzeitige Situation der NPD, dass sie in Schleswig-Holsteins größtem Kreis bis auf Einzelaktivisten nicht vertreten ist.

5.3 Neumünster und Umgebung

Die Situation des Rechtsextremismus in Neumünster ist ambivalent: Den über dem Landesdurchschnitt liegenden Wahlergebnissen der NPD im Berichtsjahr steht ein kontinuierlicher Bedeutungsverlust der aktionistischen rechtsextremistischen Szene in der Stadt gegenüber. Ursächlich dafür war der langfristige „Ausfall“ eines der dortigen Anführer durch dessen Inhaftierung. Für seine Position fand sich kein geeigneter Nachfolger. Die Bedeutung des politisch zielgerichteten, ideologisch unterlegten Rechtsextremismus ging in der Folge zurück. Etwa zeitgleich verlor der „Club 88“, der lange als ein herausragendes Beispiel für eine „national befreite Zone“ galt, nachhaltig an Attraktivität für die rechtsextremistische Szene. Die politische Bedeutung der Gaststätte sank zeitgleich. Heute ist der „Club“ eher eine Anlaufstelle für rechtsgerichtete Subkulturelle. Nach wie vor wird der Club aber zumindest sporadisch als „Rückzugsraum“ für Teile der gefestigten (Alt-)Neonazi-Szene genutzt. Als Folge dieser Entwicklung waren öffentlich wahrnehmbare Aktionen der parteiungebundenen örtlichen Szene im Berichtsjahr nicht mehr festzustellen. Der NPD-Kreisverband Segeberg/Neumünster gehört allerdings vor allem durch den Einsatz seines Kreisvorsitzenden Daniel Nordhorn zu den Aktivposten der Partei. Die Partei führte in regelmäßigem Abstand Infostände oder Flugblattaktionen im Stadtgebiet durch, die zwar zum überwiegenden Teil von der Bevölkerung ignoriert, jedoch von Protestaktionen des politischen Gegners begleitet wurden. Aufsehen erregte eine Aktion der NPD-Aktivisten, als diese am 14. Dezember mit etwa zehn Teilnehmern im Innenstadtbereich von Neumünster auf dem Weihnachtsmarkt durch einen als Weihnachtsmann verkleideten NPD-Aktivisten Flugblätter und Süßigkeiten an Passanten und deren Kinder verteilten. Die im Landesvergleich unverhältnismäßig hohen Wahlergebnisse der NPD in Neumünster bei der Kommunalwahl und bei der Bundestagswahl sind unter II 3.1.3 dargestellt.

Im Kreis Segeberg wohnen zwei Personen, die regelmäßig für Aktivitäten der so genannten Freien Kräfte sorgen. Sie gehören zu den Führungsfiguren der norddeut-

schen aktionistischen (Neonazi-) Szene und stehen seit vielen Jahren in regem Kontakt besonders mit Akteuren aus dem Großraum Hamburg. Durch ihre Verbindungen in den gesamten norddeutschen Raum sind sie als „Netzwerker“ zu betrachten. Regelmäßig sind sie auf Koordinierungstreffen und ähnlichen Veranstaltungen anzutreffen. Ihre Aktivitäten haben allerdings in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen. Auch das ist ein Beleg für die seit Jahren rückläufige Bedeutung der lange Zeit durch so genannte „Kameradschaften“ geprägten Szene.

Die übrigen Angehörigen der Neonazi-Szene aus dem Kreisgebiet nehmen sporadisch (auch) an (überregionalen) rechtsextremistischen Veranstaltungen teil, dies aber nach wie vor, ohne in feste Strukturen eingebunden zu sein. Im südlichen Kreisgebiet existiert eine subkulturell geprägte Szene, der bis zu 50 Personen angehören dürften. Daneben hat sich im Kreisgebiet ein kleiner Kreis jüngerer Rechtsextremisten gefunden, der an öffentlichkeitswirksamen Aktionen teilnimmt. Unter anderem traten mehrere aus dem Kreisgebiet stammende, teilweise noch jugendliche Rechtsextremisten im August des Jahres bei der Veranstaltung „Hanse-Sail“ in Warnemünde als Teilnehmer einer Kundgebung im Rahmen der aus dem Vorjahr bekannten rassistischen Kampagne der „Unsterblichen“ in Erscheinung.

Auch im Kreis Segeberg hat der NPD-Kreisverband Segeberg/Neumünster seine im Jahr 2012 unter dem Kreisvorsitzenden Daniel Nordhorn begonnene „Aktionsoffensive“ im Berichtsjahr fortgesetzt. Wiederholt wurden von wenigen Aktivisten in regelmäßigem Abstand angemeldete Infostände oder Flugblattaktionen abgehalten, die aber zum ganz überwiegenden Teil kein Publikum fanden. Im Gegensatz zu den in Neumünster durchgeführten Aktionen blieben die im Kreisgebiet veranstalteten aber zumeist von Protestaktionen politischer Gegner verschont.

5.4 Südwestlicher Landesteil

Der Kreis Dithmarschen bildet zusammen mit den Kreisen Steinburg und Pinneberg den NPD-Bezirksverband Westküste. Die NPD steht hier somit im Mittelpunkt des organisierten Rechtsextremismus. Im Kreis Dithmarschen sind darüber hinaus im Berichtsjahr keine weiteren gefestigten rechtsextremistischen Strukturen erkannt worden. Dennoch sind auch in dieser Region einzelne dort wohnende Rechtsextremisten bekannt. Diese Bewertung gilt auch für den angrenzenden Kreis Steinburg.

Ein mediales Interesse erfuhr der Rechtsextremismus in Dithmarschen durch ein Ereignis am 9. Mai (Himmelfahrt) in Heide. Dabei gab es einen Konflikt zwischen einer Gruppe offensichtlich alkoholisierter Jugendlicher, einer Deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund und weiteren Familienangehörigen. Zwischen den Gruppen entstand aufgrund einer durch die Geschädigte nicht erwiderte Grußformel ein zunächst verbal geführter Streit. In dessen Verlauf griffen Mitglieder einer Gruppe den beleidigten Personenkreis aus einer offensichtlich ausländerfeindlichen Motivation an.

Im Gegensatz zu den nördlich gelegenen Kreisen des NPD-Bezirksverbandes Westküste gibt es im Pinneberger Kreisgebiet gefestigte rechtsextremistische Strukturen auch außerhalb der NPD. Im Mittelpunkt steht dabei eine Gruppe mit der Bezeichnung „Jugend Pinneberg“. Einen sichtbaren Beleg für die von dieser Gruppe betriebenen planmäßigen rechtsextremistischen Bestrebungen liefert der Internet-Auftritt der Gruppierung durch „Verlinkung“ mit dem neonazistischen Internet-Portal „meinsh-info“. Hieran wird deutlich, dass die „Jugend Pinneberg“ sich als fester Bestandteil eines rechtsextremistischen Netzwerkes in Schleswig-Holstein sehen will. Neben verschiedenen rechtsextremistischen Themen, die auf der Internet Seite der „Jugend Pinneberg“ dargestellt werden, ist das gespannte Verhältnis der Rechtsextremisten zum Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Pinneberg dort deutlich zu erkennen. Neben der „Jugend Pinneberg“ gibt es Hinweise auf die Existenz einer eher autonom agierenden Gruppe um einen Rechtsextremisten aus Schenefeld. In der Statistik der rechtsextremistischen Straftaten fällt der Kreis Pinneberg durch eine ungewöhnliche Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr auf (zu Einzelheiten und möglichen Ursachen siehe auch II 2 – Straf- und Gewalttaten). Ob dort verübte Straftaten gegen das Parteibüro der Grünen oder zum Nachteil der Jüdischen Gemeinde tatsächlich einen rechtsextremistischen Hintergrund haben ist allerdings ungeklärt, wenngleich es aufgrund der Angriffsziele und der Begleitumstände für sehr wahrscheinlich gehalten werden muss.

5.5 Südöstlicher Landesteil

Der Großraum Lübeck bleibt auch im Berichtsjahr ein regionaler Schwerpunkt des Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein. Trotz des weiterhin hohen Engagements

des dortigen NPD-Kreisvorsitzenden ist aber auch in Lübeck die zurückgegangene Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit der rechtsextremistischen Szene deutlich spürbar gewesen. So ist es den Rechtsextremisten im Berichtszeitraum nicht gelungen, den seit 2006 jährlich abgehaltenen und überregional bekannten „Lübecker Trauermarsch“ durchzuführen. Die rechtsextremistische Szene war anhaltenden Übergriffen von Linksextremisten ausgesetzt. „Gegenmaßnahmen“ wurden zwar in der Szene diskutiert, allerdings mündeten sie bislang nicht in Gewalt. Der Grund hierfür dürfte allerdings in erster Linie die zurzeit zahlenmäßige Unterlegenheit der Rechtsextremisten in der Region sein. Zudem wurden von der Polizei so genannte „Gefährderansprachen“ durchgeführt. Überreaktionen von Rechtsextremisten, die von entsprechenden Aktionen betroffen waren, können dennoch nicht ausgeschlossen werden. Erkenntnisse über etwaige Vorbereitungen liegen allerdings nicht vor. Bereits seit dem Sommer 2012 macht im Internet eine neue Gruppierung mit der Bezeichnung „Aktionsbündnis Lübeck/Stormarn“ („ABLS“) auf sich aufmerksam. Nach Eigendarstellung ist die Gruppe aus einem Zusammenschluss der „Autonomen nationalen Sozialisten Stormarn“ und des „Nationalen Widerstandes Lübeck“ entstanden. An der verfassungsfeindlichen Zielsetzung lässt die Gruppe keine Zweifel aufkommen: Als politische Ziele werden der Nationalismus und der Sozialismus angegeben. Auf der Internetpräsenz des Aktionsbündnisses werden unter anderem regelmäßig Berichte über Teilnahmen an diversen Demonstrationen außerhalb Schleswig-Holsteins eingestellt. Dieser Gruppe dürften etwa 15 Personen zuzurechnen sein. Die örtliche Subkulturszene ist ihrem Wesen entsprechend nur in geringem Umfang organisiert. Eine diesem Bereich zuzuordnende sogenannte „Bruderschaft“ erweckt in erster Linie den Eindruck einer „Trink- und Feiergemeinschaft“. Einzelne Mitglieder wurden allerdings auch schon bei Aktivitäten der NPD beobachtet.

Der Kreis Ostholstein ist nach wie vor eine Art „Ballungsgebiet“ der schleswig-holsteinischen rechtsextremistischen Musik-Szene. Gleich drei Gruppen stammen zumindest teilweise aus dieser Region. Hierzu zählen die Gruppen „Einherjer“, „Sturmwehr“ und die derzeit bedeutendste Band aus Schleswig-Holstein „Words of Anger“. (Siehe II 4.2.3) Im Gegensatz zu dieser Konzentration von rechtsextremistischen Musikgruppen im Kreis Ostholstein stehen die Aktivitäten der rechtsextremistischen Musikszene innerhalb des Kreisgebietes. So wurden im Berichtsjahr keine

rechtsextremistische Musikveranstaltung im Kreis Ostholstein bekannt. Organisierte Rechtsextremisten gibt es in dieser Region nur in geringer Zahl.

Das Aktionsbündnis Lübeck Stormarn (ABLS) und der NPD Kreisverband Lauenburg/Stormarn waren auch im diesem Jahr die Antriebskräfte für rechtsextremistischen Aktivitäten im Kreisgebiet Stormarn. Auch hier zeigt sich das in Schleswig-Holstein problemlose Zusammenspiel von NPD und aktionistischen Kräften. Beispielhaft sind hier Szene-Aktivitäten an dem von Rechtsextremisten als Heldengedenktag bezeichneten Volkstrauertag zu nennen. Dabei wurden gemeinsam Gedenkfeiern an Denkmälern in Mecklenburg-Vorpommern und Ratzeburg abgehalten. Mehrfach verübte Farbschmierereien und Sachbeschädigungen im Stadtgebiet Ahrensburg hatten zeitweilig eine große öffentliche Resonanz erzeugt. Diese Taten waren allerdings lediglich einem Einzeltäter zuzuordnen, der diese Straftaten bei seinen nächtlichen Aktionen gleich „in Serie“ verübt hatte. Die außerhalb des ABLS agierende rechtsextremistische Szene in der Region ist derzeit weder strukturiert noch homogen. Einbindungen in überregionale Aktivitäten konnten nicht festgestellt werden. Örtliche Schwerpunkte sind die Regionen um Ahrensburg, Reinfeld und Bad Oldesloe.

Die Aktivitäten der „Nationalen Sozialisten Offensive Herzogtum Lauenburg“ (NASO-LB) hatten in der Vergangenheit immer wieder für öffentliches Aufsehen gesorgt. Die Anhänger der Gruppe gelten auch weiterhin als Initiatoren der rechtsextremistischen Aktivitäten im Kreisgebiet, allerdings hatten die Aktivitäten nicht mehr die Ausmaße der vergangenen Jahre. Wie in den meisten Landesteilen auch ist die Szene in Lauenburg bei öffentlichen Auftritten zurückhaltender geworden. Eine der Ursachen dürfte auch hier die Outing-Aktionen der antifaschistischen Gruppierungen sowie zivilgesellschaftlich getragener Druck sein. Es gibt Hinweise darauf, dass Rechtsextremisten aus dem Kreisgebiet Kontakte in die rechtsextremistische Szene des Landes Mecklenburg-Vorpommern unterhalten. Die gegenwärtig geringer gewordene Präsenz der Rechtsextremisten kann auch von daher nur eine Momentaufnahme darstellen.

6 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2011 bis 2013

	2011	2012	2013
NPD/JN	210	200	190
DVU	20	*	*
Sonstige			
• nicht neo-nationalsozialistische Rechts- extremisten	180	180	180
• überwiegend neo-nationalsozialistisch orientierte Rechtsextremisten	170	210	230
• Subkulturell geprägte Rechtsextremis- ten	590	630	600
Gesamt Land	1.170	1.220	1.200
Davon als gewaltbereit eingeschätzte Rechtsextremisten	590	620	600
Gesamt Bund	23.100	21.150	21.700

**Die DVU wurde 2012 aufgelöst*

III Linksextremistische Bestrebungen

1 Überblick

Die autonome Szene ist im Bereich des Linksextremismus in Schleswig-Holstein unverändert die prägende Kraft. Die bestimmenden Themen sind „Anti-Faschismus“ (siehe III 4.1) und seit Jahresmitte auch „Anti-Rassismus“ (siehe III 4.2). Regionale Schwerpunkte bildeten unverändert die Regionen Lübeck und Kiel sowie die Bereiche mit örtlichen Bezügen zu Hamburg (siehe III 2.3).

Der dogmatische Linksextremismus hat in Schleswig-Holstein faktisch weiter an Bedeutung verloren.

Von den insgesamt rd. 690 Personen der Szene (2012: 730) sind unverändert rd. 300 Personen als gewaltbereit einzustufen. Das Personenpotential bei den dogmatischen Linksextremisten ist auf 390 (2012: 430) Personen gesunken (siehe III 5).

Im Berichtszeitraum wurden 235 politisch motivierte Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund darunter 22 Gewalttaten polizeilich erfasst. Dies stellt (2012: 225/34) einen Rückgang bei den Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr dar (siehe III 2.1).

Eine Vielzahl dieser Straftaten war dem Bereich „Anti-Faschismus“ zuzurechnen. Ganz überwiegend wurden die Aktionen in den Zusammenhang von Kampagnen oder der Kommunal - bzw. Bundestagswahl gestellt. Der Fokus war dabei auf gezielte Aktionen gegen Personen und Strukturen des tatsächlichen oder vermeintlichen rechtsextremistischen Lagers gerichtet. Die begangenen Straftaten reichten von Sachbeschädigungen bis zu Brandstiftungen. Allein der Kampagne „DIY - In die antifaschistische Offensive gehen - Da geht noch mehr“ konnten seit März über 20 Straftaten zugeordnet werden, darunter 3 Brandstiftungen. „DIY“ stand dabei für „Do it yourself“ und „bedeutete, selbst aktiv zu werden.“ (siehe III 4.1.2.2).

Aber auch ohne erkennbaren Kampagnen- oder Wahlbezug wurden z.B. im Februar und September jeweils Brandstiftungen an den Kfz bekannter Personen der rechten Szene aus dem Raum Neumünster und Lübeck verübt. Am 21. Mai wurden in

Lübeck Steine durch ein Fenster der Wohnung eines Rechtsextremisten, auf den bereits mehrfach im Internet hingewiesen wurde, geworfen und eine Person dabei verletzt. Dies zeigt eine unverändert niedrige Hemmschwelle zur Gewaltanwendung in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ist (siehe III 2.2.).

In der Nacht zum 5. August wurden auf dem Gelände der Deutschen Post AG in Elmshorn drei DHL-Fahrzeuge in Brand gesetzt. Es entstand ein Sachschaden von etwa 150.000 Euro. Bei den tatverdächtigen Personen liegen Bezüge zur linksextremistischen Szene vor.

Des Weiteren war im Berichtszeitraum eine hohe Anzahl von sogenannten „Outing-Aktionen“ zu beobachten. Basis dieser Aktionen war die unverändert intensiv betriebene Informationsgewinnung über den politischen Gegner, die sog. „Antifa-Recherche“. Zur Verbreitung der Informationen nutzte die Szene unterschiedliche Kommunikationswege. Neben einschlägigen Internetseiten wie „Linksunten Indymedia“ wurden eigene Internetformate wie „La Quimera“ (siehe III 4.1.2.5) erstellt. Es waren aber auch traditionelle Formate wie Plakate, Spuckis und Flyer zu beobachten.

Im Laufe des Jahres hat der Bereich „Anti-Rassismus“ auch in Schleswig-Holstein an Bedeutung gewonnen (siehe III 4.2.). In diesem Zusammenhang nutzten Linksextremisten am 18. März eine Protestaktion in Neumünster gegen eine vermeintliche „Lagerunterbringung“ von Flüchtlingen zur Begehung von Straftaten. Es wurde versucht, den Straßenverkehr zu blockieren und gewaltsam auf das Gelände des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten vorzudringen. Dabei wurden insgesamt sechs Personen vorläufig festgenommen.

In der zweiten Jahreshälfte wurde dann die Flüchtlingsproblematik „Lampedusa in Hamburg“ auch in Schleswig-Holstein aufgegriffen und ebenfalls in den Zusammenhang „Anti-Rassismus“ gestellt. Der Schwerpunkt lag hierbei in der aktiven Mobilisierung für Aktionen in Hamburg. Es kam aber auch zu Solidaritätsdemonstrationen in verschiedenen Städten Schleswig-Holsteins, z.B. in Kiel, Lübeck und Flensburg wurden Teilnehmerzahlen zwischen 50 und 150 Personen erreicht.

Passend zu dieser Thematik beteiligten sich auch Linksextremisten an der bürgerlich geprägten, friedlichen Demonstration anlässlich des 21. Jahrestages des dortigen Brandanschlags am 16. November in Mölln.

Mit den Themenbereichen „Anti-Faschismus“ und „Anti-Rassismus“ wurden im Berichtszeitraum erneut Themen gewählt, die gerade auch im demokratischen Spektrum der Gesellschaft aktiv aufgenommen werden können. Diese Parallelität wird von der Szene bewusst gesucht, um eine möglichst große Akzeptanz und Wahrnehmung zu erhalten.

Neben der Verbreitung linksextremistischen Gedankengutes stellt insbesondere die unveränderte Bereitschaft zur Begehung von Straftaten eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens dar. Wie dringend geboten eine klare Distanzierung in diesem Zusammenhang ist, zeigen die Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem Demonstrationsgeschehen zum Erhalt der „Roten Flora“ zum Ende des Berichtsjahres in Hamburg.

Ein unmittelbarer „Export“ der dort gezeigten Gewaltbereitschaft nach Schleswig-Holstein ist nicht feststellbar. Andererseits muss auf Grund der in Hamburg gemachten Gewalterfahrungen anlass- und ereignisbezogen aber auch für Schleswig-Holstein von einer gesenkten Hemmschwelle zur Gewaltanwendung ausgegangen werden. Davon unabhängig ist von einer unveränderten Bereitschaft insbesondere der autonomen Szene auszugehen, zur Durchsetzung politischer Ziele, auch Straftaten zu begehen. An dieser Gefährdungsbewertung ändert auch der erfreuliche Rückgang der Gewaltdelikte im Berichtszeitraum nichts.

2 Straf- und Gewalttaten

2.1 Entwicklung



Im Berichtszeitraum wurden 235 politisch motivierte Straf- und Gewalttaten mit links-extremistischem Hintergrund darunter 22 Gewalttaten polizeilich erfasst. Das stellt einen Rückgang bei den Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr dar. Diese positive Entwicklung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Begehung von Straftaten zur Durchsetzung politischer Ziele nach wie vor zum Kalkül von Teilen der linksextremen Szene gehört. Dies gilt insbesondere für den autonomen Teil und hat eine augenfällige Bestätigung anlässlich der Ausschreitungen im Zusammenhang mit den Rote Flora- und Lampedusa-Demonstrationen Ende des Jahres in Hamburg erhalten (siehe III 4.2).

2.2 Straf- und Gewalttaten

Die überwiegende Anzahl politisch motivierter Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund wurde im Zusammenhang mit dem Themenbereich „Anti-Faschismus“ begangen. In Ermangelung demonstrativer Großereignisse richtete sich

der Fokus vermehrt auf gezielte Aktionen gegen Personen und Strukturen des tatsächlichen oder vermeintlichen rechtsextremistischen Spektrums.

Im Zusammenhang mit der Kampagne „DIY - In die antifaschistische Offensive gehen – Da geht noch mehr“ kam es in drei Fällen zu Brandstiftungen an Mülltonnen bzw. Müllcontainern im Wohnbereich bekannter Rechtsextremisten aus der Region Lübeck. In einem Fall kam es dabei zu einer Verwechslung, so dass eine Person ohne Bezüge zur rechten Szene durch die Übergriffe geschädigt wurde.

Im Februar und September kam es jeweils zu Brandstiftungen an Kfz bekannter Personen der rechten Szene aus dem Raum Neumünster und Lübeck. Am 14. März wurde in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Protestaktion gegen ein Treffen von NPD-Mitgliedern in der Stadt Pinneberg ein Papiercontainer in Brand gesetzt.

Am 21. Mai wurden in Lübeck Steine durch ein Fenster am Wohnsitz eines Rechtsextremisten geworfen und eine (andere) Person dabei verletzt. Am folgenden Tag kam es in Schenefeld zu Steinwürfen gegen das Küchenfenster einer Person der rechten Szene, ohne dass es zu Personenschäden kam.

Am 17. November eskalierte ein Aufeinandertreffen von ca. 20 Personen des rechten und ca. 15 Personen des linken Lagers soweit, dass durch die Verwendung von Reizgas Personen an den Augen verletzt wurden.

Ein Beispiel dafür, wie die Szene mit Entwicklungen umgeht, von denen sie sich unmittelbar „persönlich“ betroffen fühlt, war zu Jahresbeginn im Zusammenhang mit den Protesten gegen das An- und Verkaufsgeschäft „PLS-Werkzeuge“ im „multikulturell“ geprägten Stadtteil Kiel-Gaarden zu beobachten. Einer der Betreiber ist Angehöriger der Rockerszene mit rechtsextremistischer Vergangenheit. Die linksextremistische Szene fasste die Geschäftseröffnung in „ihrem“ Stadtteil als Provokation auf. In den frühen Morgenstunden des 24. Januar wurde das Schaufenster des Geschäftes durch ein Weckglas, welches mit grüner Farbe befüllt war, beschädigt. Am 4. Mai fand dann eine „Demonstration und Kundgebung gegen Nazis in Gaarden“ statt. Neben Personen und Organisationen des bürgerlichen Spektrums mobilisierte insbesondere auch der linksextremistisch beeinflusste „Runde Tisch gegen Rassismus

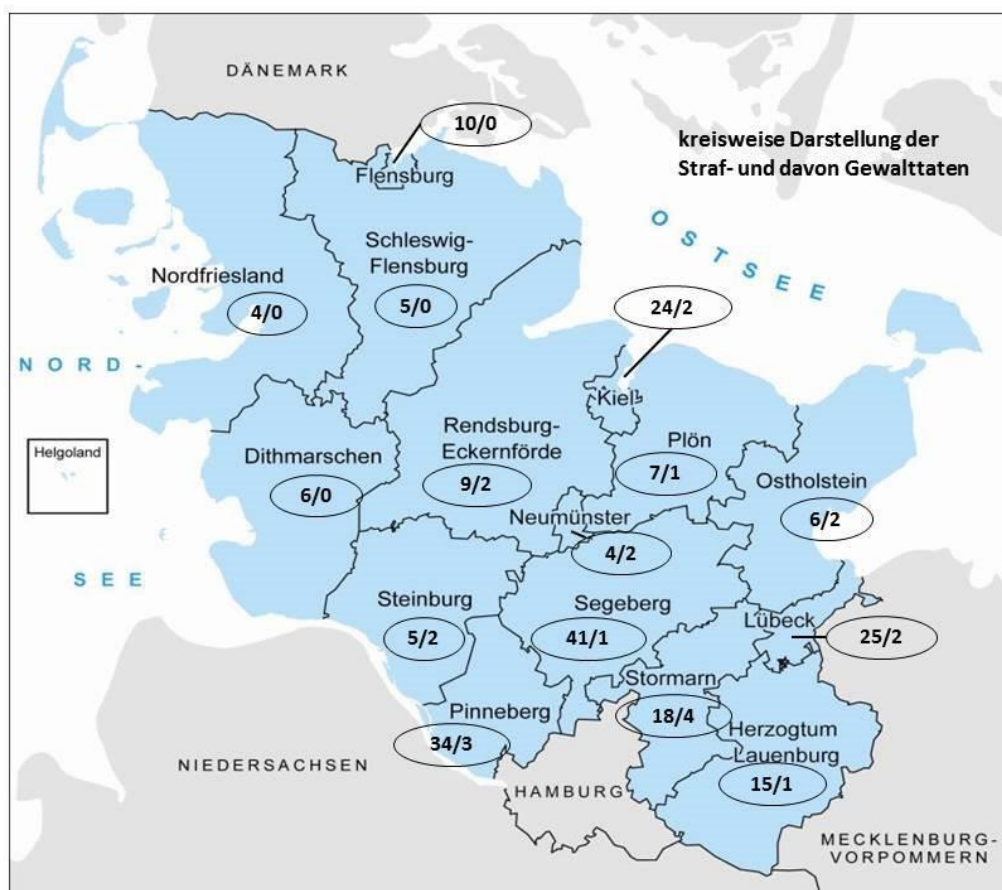
und Faschismus in Kiel“ und die „Autonome Antifa Koordination Kiel“ (AAKK). Im Zuge der Demonstration kam es vereinzelt zum Einsatz von Pyrotechnik und zu Sachbeschädigungen.

Im Zusammenhang „Anti-Militarismus“ haben es sich Linksextremisten seit Jahren zum Ziel gesetzt, die „wachsenden Verzahnungen ziviler und militärischer Bereiche in das Bewusstsein der Öffentlichkeit“ zu tragen. Es kam bundesweit in diesem Begründungszusammenhang immer wieder zu massiven Sachbeschädigungen an Fahrzeugen und Einrichtungen verschiedener Wirtschaftsunternehmen, denen eine Vernetzung und Zusammenarbeit mit militärischem Hintergrund unterstellt wird. Gegen die DHL und die Post gerichtete Aktionen knüpfen an eine 2008 initiierte Kampagne gegen den als Kriegsprofiteur und „Deutsche Heeres Logistik“ verunglimpften Logistikdienstleister DHL an.

In der Nacht zum 5. August wurden auf dem Gelände der Deutschen Post AG in Elmshorn drei DHL-Fahrzeuge in Brand gesetzt. Insgesamt vier Fahrzeuge wurden durch den Brand beschädigt. Es entstand ein Sachschaden von etwa 150.000 Euro. Von der Polizei konnten zwei Tatverdächtige ermittelt werden. Bei beiden Personen liegen Bezüge zur linksextremistischen Szene vor.

2.3 Regionale Betrachtung

Die im Berichtszeitraum erfassten politisch motivierten Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund verteilen sich auf Landesebene wie folgt:



Regionale Schwerpunkte bildeten die Regionen Lübeck und Kiel sowie die Bereiche um den Hamburger Stadtrand. Die verübten Straftaten stehen i.d.R. im Begründungszusammenhang „Anti-Faschismus“. Für den Bereich Segeberg stehen eine Vielzahl an Straftaten im Zusammenhang mit der Räumung und des Abrisses des Jugendzentrums „Hotel am Kalkberg“ (HaK) im November 2012. Insgesamt steht die Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten für eine unverändert hohe Aktionsbereitschaft der dortigen autonomen Szenen.

3 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums

3.1 Undogmatischer Linksextremismus

3.1.1 Entwicklung der undogmatischen Szene

Im undogmatischen Linksextremismus lassen sich weiterhin zwei Richtungen unterscheiden.

Einerseits die klassischen Autonomen, beschrieben durch weitgehende Ablehnung von organisatorischen und hierarchischen Strukturen und einer uneinheitlichen fragmentarischen politischen Ideologie. Bündnisse mit Partnern außerhalb der eigenen Szene werden kritisch gesehen und nur punktuell eingegangen.

Andererseits die organisierten Undogmaten, die durch ein stärker ausgeprägtes ideologisches Fundament und auf Dauer angelegte verbindliche Organisationsstrukturen gekennzeichnet sind. Für diese Linksextremisten sind Bündnisse, auch und besonders mit Gruppen des demokratischen Spektrums, nicht nur wichtig, sondern geradezu Ziel.

Autonome werden ihrem eigenen Anspruch, nicht nur auf Ereignisse des politischen Gegners zu reagieren, sondern initiativ zu agieren, selten gerecht. Für die letzten zwei Jahre lässt sich aber im weiterhin bestehenden Haupt-Aktionsfeld, dem so genannten „Antifaschismus“, feststellen, dass schleswig-holsteinische Autonome mit einer bemerkenswerten Hartnäckig- und Selbständigkeit Kampagnen zur Aufklärung der rechtsextremistischen Szene betrieben haben, um dann auch in teilweise strafrechtlich relevanter Weise gegen diese vorzugehen (siehe III 4.1, 2.1, 2.2). Absprachen mit anderen Akteuren des linksextremistischen bzw. linksextremistisch-beeinflussten Spektrums waren dabei nicht zu beobachten. Damit hat sich der in den vergangenen Jahren beschriebene Trend zur zunehmenden Unabhängigkeit der autonomen Szene vom übrigen linksextremistischen Lager fortgesetzt.

Ziel der autonomen Szene in Schleswig-Holstein ist eine revolutionäre, d. h. gewaltsame Umwälzung unserer Gesellschaftsordnung. Ihre verfassungsfeindliche „Anti-Haltung“ wird anhand von diversen Internetbeiträgen in einschlägigen Foren deutlich:

„Gegen das System und für ein schöneres Leben, ohne Bullen, Gesetze, Staaten, Richter_innen und was sonst noch dazu gehört.“

„...Wir haben uns deshalb zusammengetan um das System in die Knie zu zwingen, die soziale Revolution auf die Tagesordnung zubringen...die bedingungslose Kapitulation des Systems...“

Aber auch Aussagen wie

„...die parlamentarische Demokratie und ihre Stellvertreter_innenpolitik...[sind] zum Kotzen und gehören bekämpft!.“

„...(staatlicher) Rassismus hat viele Gesichter. CDU/SPD/Grüne/FDP haben genauso Blut an den Händen, wie der Pöbel [Anm.: NPD und Die Freiheit] auf der Straße...“

„... müssen [NPD] Plakate schnell wieder entfernt, Flyer zerrissen, Infostände abgeschirmt oder geräumt, Kundgebungen gestört oder verhindert, Demonstrationen sabotiert oder blockiert werden.“

stammen aus Schleswig-Holstein und sind weitere Belege für die aggressiv kämpferische Ablehnung unserer Gesellschaftsordnung.

Darüber hinaus stellen Autonome mit ihrer Bereitschaft zur Gewaltanwendung ein ernsthaftes Problem für den gesellschaftlichen Frieden dar. In diesem Sinne verstehen sie sich Autonome als aktive Gegner von Staat und Gesellschaft mit der Absicht, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen.

Die Organisierten Undogmaten, in Schleswig-Holstein im Wesentlichen repräsentiert durch die linksextremistische Organisation „Avanti – Projekt undogmatische Linke“, haben im Gegensatz zu früheren Jahren praktisch keinen Einfluss mehr auf die autonome Szene.

Auch die öffentliche Wahrnehmung von eigenen Aktivitäten „Avantis“ hat nochmals nachgelassen. Die nie richtig in Erscheinung getretene Ortsgruppe Flensburg ist aufgelöst, zumindest aus der Internetpräsenz verschwunden. Lediglich die Ortsgruppen Kiel und Lübeck sind noch punktuell wahrnehmbar. „Avanti“ ist Teil des bundesweiten Organisationsprojektes „Interventionistische Linke“. Der sich seit Jahren hinziehende Versuch, aus einem bundesweiten Netzwerk von über 20 ähnlich gesinnten Gruppen sowie Einzelpersonen eine einheitliche Organisation zu machen, wirkt auf die inhaltliche Arbeit eher lähmend als beflügelnd.

3.1.2 Bedeutung der Aktionsform Kampagne

Im wichtigsten Aktionsfeld der linksextremistischen Szene, dem so genannten „Anti-Faschismus“, kam es in den Jahren 2012 und 2013 zur vermehrten Anwendung der Aktionsform „Kampagne“. Kampagnen sind zeitlich befristete, einem definierten Kampagnenziel zugewandte Aktionen, die durch geplantes und koordiniertes Zusammenwirken verschiedener Akteure, Gruppen oder Personen durchgeführt werden. Neben eher kurzfristig angelegten Kampagnen anlässlich bestimmter Ereignisse wie z.B. Wahlen wurden auch längerfristig konzipierte Kampagnen ins Leben gerufen. Diese hatten in Schleswig-Holstein im Wesentlichen die Zielrichtung, den politischen Gegner öffentlich abzuwerten.

Vom Grundsatz wird mit Kampagnen beabsichtigt, die Wirkung einzelner Aktion durch die Kampagne deutlich zu steigern. Über einen längeren Zeitraum durchgeführte Aktionen, die erkennbar mit einer Kampagne im Zusammenhang stehen, versprechen eine größere öffentliche Wirkung.

Die im Landtags-Wahlkampf 2012 insbesondere gegen die rechtsextremistische Partei NPD gerichtete Kampagne „Farbe bekennen“ griff dabei auf schon lange praktizierte Elemente zurück. Es erfolgte ein Aufruf zur Behinderung der Kandidaten der NPD - zeitgemäß über das Internet verbreitet. Gleichzeitig wurde dazu aufgefordert, als gemeinsames Erkennungszeichen bei Aktionen grüne Farbe zu verwenden. Die Durchführung erfolgte dezentral durch Personen und Gruppen, die sich durch den Aufruf angesprochen fühlten. Nach ähnlichem Muster wurde die Anschlusskampagne „DIY - In die antifaschistische Offensive gehen – Da geht noch mehr“ zur Kommunalwahl durchgeführt.

Dagegen hat die Kampagne „An die Substanz - rechte Infrastruktur aufdecken - Nazis in die Pleite treiben“ einen anderen Schwerpunkt. Es wurden vornehmlich Informationen zu wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in der rechtsextremistischen Szene recherchiert und anschließend im Internet veröffentlicht. Mit Kampagnenstart wurde auch eine gedruckte Broschüre über verschiedene Wirtschaftsunternehmen aufgelegt, die deren vermeintliche Verbindungen in rechtsextreme Strukturen darstellt. Diese Kampagne verlief im Berichtszeitraum gewaltfrei.

Eine andere Qualität hatte die sogenannte „Outing-Kampagne“ „Antifaschistischer Adventskalender Schleswig-Holstein“. Vom ersten bis zum vierundzwanzigsten Dezember wurde täglich ein Rechtsextremist auf einem Internetportal als Mitglied dieser Szene mit Foto und Kurzbeschreibung „geoutet“. In diesem Zusammenhang wurde das Internet nicht lediglich nur als moderner Kommunikationsweg eingesetzt. Vielmehr war diese Form der Kampagne erst durch das Medium Internet möglich. Nur so konnte sie landesweit durchgeführt werden.

(Inhaltliche Einzelheiten zu den Kampagnen siehe III 4.1.2.)

3.2 Dogmatischer Linksextremismus

3.2.1 Entwicklung der dogmatischen Szene

Dem dogmatischen Linksextremismus werden Parteien und Gruppierungen zugeordnet, die sich im Wesentlichen am Marxismus-Leninismus ausrichten. Sie verfügen über ein Weltbild, das den Anspruch wissenschaftlicher Folgerichtigkeit erhebt und geschichtlichen, gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Veränderungen bestimmte Gesetzmäßigkeiten unterstellt. Ziel ist die Ablösung der „bürgerlich-kapitalistischen“ Demokratie durch den Sozialismus als „höhere“ Gesellschaftsform und damit einhergehend die Beseitigung der bestehenden Verfassungsordnung.

Der dogmatische Linksextremismus in Schleswig-Holstein unterliegt seit Jahren inhaltlicher Stagnation bei einem erneut rückläufigen Personenpotenzial. Er weist in Schleswig-Holstein faktisch nahezu keine Bedeutung mehr auf, seine Aktionsfähigkeit ist marginal.

Das Spektrum des dogmatischen Linksextremismus umfasst in Schleswig-Holstein rund 390 Personen (2012: rund 430 Personen).

3.2.2 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Am 2. und 3. März fand im hessischen Mörfelden-Walldorf der 20. Parteitag der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) statt. Die aus Kiel stammende bisherige Vorsitzende Bettina Jürgensen ist zwar wieder in den Vorstand gewählt worden, zum neuen Vorsitzenden wurde jedoch Patrik Köbele gewählt. Während Jürgensen die Zusammenarbeit der Partei mit anderen gesellschaftlichen und politischen Kräften

offen suchte, steht Köbele für die Neubesinnung auf eine verstärkte Eigenständigkeit der Partei im Sinne ihres marxistisch-leninistischen Grundverständnisses und damit einem eher distanzierten Verhältnis zu anderen politischen Akteuren.

Dem schleswig-holsteinischen Landesverband der DKP fehlten auch im Berichtszeitraum die materiellen und personellen Mittel, um Bündnis- und Kampagnenpolitik im klassischen Sinne zu betreiben. Auf ihrer Internetseite nimmt die DKP zu regionalen Ereignissen mit sozial-kritischem, antimilitaristischem oder antifaschistischem Hintergrund Stellung und mobilisiert zu entsprechenden Veranstaltungen. Im Berichtszeitraum erfolgte dies z.B. zu Veranstaltungen zum 1. Mai.

Die Partei ist zur Kommunalwahl im Mai in Schleswig-Holstein nicht angetreten. Letztmalig nahm der schleswig-holsteinische Landesverband 2009 an der Europawahl teil und erreichte 0,1% der Stimmen. Im Zusammenhang mit der Kommunalwahl fordert

„die DKP Schleswig-Holstein (ruft) die Menschen des Landes auf, zur Wahl zu gehen und vor Ort zu entscheiden, welchen Kandidaten oder Listen man sein Votum geben kann und sollte. Die DKP wird als Partei nicht zur Wahl antreten, ist aber in Bündnissen und bei der Partei „Die Linke“ auf Listen vertreten. (...) Die Auswirkungen der großen weltweiten Krise haben längst die Kommunen und Kreise in unserem Land erreicht. Armut gilt sowohl für die öffentlichen, zunehmend auch für mehr private Haushalte als Daseinsproblem.“

Mitglieder der DKP sind nach wie vor in Führungsgremien der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) vertreten.

3.2.3 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

Mit der DKP eng verbunden ist der Jugendverband „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ). Die SDAJ hatte sich mit ihrem „Zukunftspapier“ bereits im Herbst 2012 für eine Neubesinnung auf ein marxistisch-leninistisches Grundverständnis festgelegt. Folglich haben die Delegierten der SDAJ auf dem 20. Parteitag die jetzige Ausrichtung des Parteivorstandes der DKP mitgetragen.

Zur politischen Praxis der SDAJ, auch in Schleswig-Holstein, gehört es, in Einzelfällen mit anderen Gruppierungen aus dem linksextremistischen Spektrum zusammen-

zuarbeiten. In den Themenbereichen Anti-Militarismus und Anti-Faschismus arbeiten die Mitglieder der SDAJ in Schleswig-Holstein mit der autonomen Szene zusammen.

3.2.4 Weitere Organisationen

Zu den weiteren in Schleswig-Holstein vorhandenen linksextremistisch dogmatischen Organisationen gehören unter anderem die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) sowie trotzkistische Organisationen wie die „Sozialistische Alternative VORAN“ (SAV), die „Sozialistische Arbeitergruppe“ (SAG) und „Marx 21“. Traditionell anarchistische Gruppen der Graswurzelbewegung sowie die in der „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU) organisierten Anarcho-Syndikalisten zählen ebenfalls zu diesem Spektrum. Schwerpunkte der FAU in Schleswig-Holstein sind die Städte Kiel und Flensburg.

3.3 „Rote Hilfe e.V.“ (RH)

Die „Rote Hilfe e.V.“ (RH) versteht sich selbst als „parteionabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“ mit bundesweit gut 5.500 Mitgliedern in 48 Ortsgruppen und neun Kontaktadressen. Den Jahresetat finanziert die RH über Beiträge und Spenden. Unterstützungsgelder werden an Personen gezahlt, die in die sog. „Repressionsmühlen“ des Staates geraten sind. Weiter setzt sich die RH gegen das Verbot der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) ein und unterstützt deren Rechtshilfefonds „azadi“.

In Schleswig-Holstein gibt es eine Ortsgruppe in Kiel bei einem Mitgliederbestand von rd. 210 Personen. Die öffentlichen Aktivitäten der Ortsgruppe waren im Berichtszeitraum kaum wahrnehmbar. Auf ihrer Internetseite veröffentlicht sie Mitteilungen zu aktuellen Ereignissen mit vermeintlich repressivem Hintergrund und ruft zur Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen auf.

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Die Rote Hilfe Zeitung“ (RHZ) mit einer Auflagenhöhe von 7.650 Exemplaren wird über den in Kiel ansässigen Literaturvertrieb der RH vertrieben.

Die RH ist am „Hans-Litten-Archiv“ beteiligt; benannt nach dem für sie in den 1920er Jahren aktiven Rechtsanwalt Hans Litten. Das Archiv befasst sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung.

4 Aktionsfelder

Thematischer Schwerpunkt der Linksextremisten in Schleswig-Holstein waren im Berichtszeitraum der Bereich „Anti-Faschismus“ und seit Jahresmitte auch der Bereich „Anti-Rassismus“. Im ideologischen Verständnis der Linksextremisten stehen „Anti-Faschismus“ und „Anti-Rassismus“ im unmittelbaren Zusammenhang.

Im Vergleich eher randläufig wurden die Themenbereiche „Anti-Militarismus“, „Anti-Globalisierung“ und das Thema „Gentrifizierung“ von der Szene aufgenommen.

Im Aktionsfeld „Anti-Militarismus“ kam es im Berichtszeitraum zu Flugblattaktionen und dem Zeigen von Transparenten bei öffentlichen Veranstaltungen der Bundeswehr. In diesem Zusammenhang wurden der Bundeswehr z.B. „Kriegseinsätze [und] das Töten von unschuldigen Zivilisten“ vorgeworfen. Seit 2006 ist in Kiel das linksextremistisch beeinflusste „Antikriegsbündnis Kiel“ aktiv.

Im Rahmen der Anti-Globalisierungsbewegung versuchen Linksextremisten Inhalt und Geschwindigkeit des ökonomischen, politischen und kulturellen Wandels für ihre Zwecke zu nutzen. Hierzu wird u.a. versucht, entsprechende Expertentreffen zu stören. Ein solches Treffen ist das jährlich vom Institut für Weltwirtschaft (IfW) mit organisierte Global Economic Symposium (GES). Es dient Experten aus aller Welt über globale - schwerpunktmäßig ökonomische - Probleme zu diskutieren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Am 1. und 2. Oktober fand dies nach 2011 bereits zum zweiten Mal in Kiel statt. Die bürgerlich geprägte Gegenveranstaltung vom 28. bis 29. September wurde dann auch von der DKP Schleswig-Holstein sowie der Kieler Ortsgruppe der linksextremistischen Organisation „Avanti – Projekt undogmatische Linke“ unterstützt. Darüber hinaus wurde das GES - anders als 2011 - innerhalb der linksextremistischen Szene kaum thematisiert.

Die Themenbereiche „Gentrifizierung“, „Umstrukturierung“ und „steigende Mieten“ stehen zwar eher im Fokus der linksextremistischen Szenen in Großstädten wie

Hamburg, Frankfurt oder Berlin, konnten im Berichtszeitraum ansatzweise auch in der schleswig-holsteinischen Szene beobachtet werden. In der Nacht zum 13. August wurde ein im Bau befindliches Wohngebäude am Flensburger Ballastkai „rot markiert“. In einem auf dem Medienportal „Linksunten Indymedia“ veröffentlichten Selbstbeichtigungsschreiben wird die Aktion „exemplarisch für (die) immer zunehmendere Umstrukturierung der Stadt Flensburg“ dargestellt. Die Täter meinen, in der Flensburger Innenstadt einen stetigen Prozess der Aufwertung zu beobachten, der im Umkehrschluss eine steigende Ausgrenzung und Verdrängung der Einkommensschwächeren zur Folge hätte. Die Sachbeschädigung wird als Möglichkeit des Widerstandes dargestellt:

„Wir haben als Mittel Farbe+Feuerlöscher (einfach nachzubauen!) gewählt und freuen uns auf Ideen anderer.“

4.1 „Anti-Faschismus“

Für Linksextremisten ist der sog. „Anti-Faschismus-Kampf“ nach wie vor der Agitationsschwerpunkt. Als Feindbilder sind jedoch nicht nur rechtsextremistische Strukturen und Einzelpersonen zu sehen, sondern auch und gerade der Staat selbst. Aus Sicht der Linksextremisten ist der Faschismus ein systemimmanentes Merkmal unserer Gesellschaftsordnung, welches es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. Der Kampf gegen Faschismus im linksextremistischen Verständnis richtet sich damit immer auch gegen die Werte der Freiheitlichen Demokratischen Grundordnung.

Eine wichtige Grundlage dieses vermeintlichen „Anti-Faschismus-Kampfes“ stellen strukturiert gesammelte und ausgewertete Daten über vermeintliche oder tatsächliche Personen der rechten Szene dar. Neben mehr oder weniger offenen Daten wie Geburtsdatum, Wohnort, Arbeitgeber oder Kfz-Kennzeichen werden auch solche aus dem privaten und beruflichen Umfeld veröffentlicht.

Die Informationsbeschaffung erfolgt durch die sog. „Antifa-Recherche“ mittels Nachforschungen im Internet, Foto- und Videodokumentationen auf Veranstaltungen und dem Informationsaustausch innerhalb der Szene. Die so zusammengetragenen und oft auch öffentlich bereit gestellten Daten und Bilder dienen als Basis konkreter Aktionen.

In der Folge von „Outings“ erfolgt die tatsächlich Begehung von Straf- und Gewalttaten dann durch diejenigen Anhänger der linksextremistischen Bestrebungen, die sich dazu aufgerufen fühlen.

Beide Bereiche können dabei auf gezielte Unterstützung aus der Szene setzen. Diese reicht auch in andere Bundesländer und zeigt die überregionale Ausrichtung der sog. „Antifa-Recherche“. Die überregionale und teilweise länderübergreifende Zusammenarbeit erschwert die polizeiliche Aufklärungsarbeit bei einschlägigen Straftaten.

4.1.1 Aktionen im Zusammenhang mit der Kommunal- und der Bundestagswahl

Sowohl die Kommunalwahl am 26. Mai als auch die Bundestagswahl am 22. September wurden von der linksextremistischen Szene aufgegriffen. Im Zusammenhang mit der Kommunalwahl wurde im März die Kampagne „DIY - In die antifaschistische Offensive gehen - Da geht noch mehr“ von der autonomen Szene ins Leben gerufen (siehe III 4.1.2.1).

Im Nachgang zur Kommunalwahl kam es in Kiel zu zwei Störversuchen der Ratsversammlung durch Linksextremisten. Ziel beider Aktionen war der Spitzenkandidat der Wählervereinigung „Wahlalternative Kieler Bürger“ (WAKB) Hermann GUTSCHE aus Kiel, der in der vorherigen Wahlperiode als NPD-Vertreter Mitglied der Ratsversammlung war.

Zur konstituierenden Sitzung der Kieler Ratsversammlung am 13. Juni wurde von Personen der „Autonomen Antifa Koordinierung Kiel“ (AAKK) und des linksextremistisch beeinflussten „Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus Kiel“ versucht, mit Transparenten und Skandieren von Parolen die Sitzung zu stören. Am 19. September versperrten Personen des linksextremistischen Spektrums Mitgliedern der Ratsversammlung zeitweilig den Zutritt zum Rathaus.

Für die Bundestagswahl gab es in Schleswig-Holstein keine eigene Kampagne sondern nur einzelne Aktionen. So hatte die linksextremistische Szene z.B. zu Kundgebungen gegen die angemeldeten Stationen der NPD-Sommertour aufgerufen. Unter dem Motto „Flaggschiff versenken“ wurde hierfür auf einschlägigen Internetseiten

mobilisiert. Als „Flaggschiff“ wird von der NPD selbst ein zu Wahlkampfzwecken hergerichteter Klein-LKW bezeichnet.

Zu der am 12. August in Neumünster geplanten NPD-Kundgebung erschienen ca. 180 Gegendemonstranten, davon ca. 100 aus dem linksextremistischen Spektrum. Trotz Absage der Kundgebung kam es zur Zerstörung von Wahlplakaten.

Die NPD-Kundgebung am 13. August auf dem Asmus-Bremer-Platz in Kiel wurde von ca. 80 Gegendemonstranten begleitet, davon ca. 50 aus dem linksextremistischen Spektrum. Durch akustische Störungen mittels Trillerpfeifen, Sirenengeheul sowie dem Skandieren antifaschistischer Parolen blieben die Beiträge der Redner nahezu ungehört. Mit Ausnahme einiger Lebensmittelwürfe kam es zu keinen besonderen Vorkommnissen. Nach ca. einer Stunde war die Kundgebung beendet.

Richteten sich in den Vorjahren wie auch noch zur Kommunalwahl Agitationen nahezu ausschließlich gegen die NPD, konnte im Zusammenhang mit der Bundestagswahl beobachtet werden, dass die autonome Szene ihren Fokus auch auf nicht extremistische Parteien erweitert hat. Wurden danach Programmpunkte als vermeintlich faschistisch bewertet, betrachtete die Szene diese Partei als legitimes Ziel schädigender Aktionen. Den Schwerpunkt bildeten hierbei Aktionen gegen die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Neben dem Zerstören und Entwenden von Wahlkampfplakaten und Informationsmaterial kam es z.B. am 13. August in Kiel und am 21. September in Bad Oldesloe zu Übergriffen auf AfD-Infotische. In Kiel wurde eine Person verletzt, in Bad Oldesloe eine Person mit Reizgas angegriffen und am 22. August eine Wahlkampfveranstaltung in Schönberg bei Kiel durch Zünden von Feuerwerkskörpern gestört. Weiterhin erhielten Personen, die der AfD Veranstaltungsräume zur Verfügung stellten, Drohungen.

4.1.2 Kampagnen

Im Berichtsjahr wurden in Schleswig-Holstein verschiedene Kampagnen von der linksextremistisch autonomen Szene initiiert. Alle Kampagnen standen im Themenzusammenhang „Anti-Faschismus“. Der Fokus richtete sich neben den Kommunalwahlen und dem damit einhergehendem Wahlkampf der NPD und ihrer Unterstützer insbesondere auf tatsächliche oder vermeintliche Personen und Strukturen der rech-

ten Szene. Deren Nähe bzw. Zugehörigkeit zur rechten Szene sollte durch die Kampagnen einer möglichst breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Mögliche Schädigungen des politischen Gegners im sozialen wie beruflichen Umfeld waren beabsichtigt. Straftaten wurden insbesondere mit der Kampagne „DIY - In die antifaschistische Offensive gehen - Da geht noch mehr“ im Bezug zur Kommunalwahl erfasst.

4.1.2.1 „Nazi-Watch-SH“

Unter dem Titel „Nazi-Watch-SH“ fanden seit Ende November 2012 „Outing-Aktionen“ mittels Internetveröffentlichungen über Rechtsextremisten statt. Auch im Berichtsjahr wurden unter diesem Titel wieder Rechtsextremisten aus Schleswig-Holstein „geoutet“; insgesamt kam es im Berichtszeitraum zu 12 bekannten Aktionen. Es wurden persönliche Daten mit umfangreichen Lebensläufen von Personen sowie Informationen über Personenzusammenhänge und Gruppierungen, die der rechten Szene zugeordnet wurden, publiziert. In allen Fällen erfolgte die Veröffentlichung auf dem Medienportal „Linksunten Indymedia“. Die Verfasser der Artikel bezeichneten sich selbst als einen „losen Zusammenschluss von Antifaschist_innen“. Neben der Veröffentlichung der Berichte im Internet wurden auch einschlägige Flugblätter im Wohnumfeld der betroffenen Personen verteilt und Wohngebäude mit Farbe beschmutzt.

4.1.2.2 „DIY - In die Antifaschistische Offensive gehen - Da geht noch mehr“

Am 10. März startete die Kampagne „DIY - In die antifaschistische Offensive gehen – Da geht noch mehr“ (DIY).

Symbol der Kampagne war ein brennender Müllcontainer. „DIY“



stand dabei für „Do it yourself“ und „bedeutete, selbst aktiv zu werden“. Dabei war die Kampagne im Wesentlichen eine inhaltliche Fortsetzung der Kampagne „Farbe bekennen!“ aus 2012 gegen den „rassistischen Wahlkampf in Schleswig-Holstein“. Stellten nach eigenen Angaben „autonome(n) und antifaschistische(n) pen“ 2012 insbesondere auf den Landtagswahlkampf der NPD ab, wurde im Berichtszeitraum mit „DIY“ hauptsächlich auf den Kommunalwahlkampf der NPD Bezug genommen. Es waren aber auch Mitglieder nicht extremistischer Parteien wie der Alternative für Deutschland (AfD) oder „DIE FREIHEIT“ von Übergriffen im Rahmen der Kampagne betroffen.

Merkmal der Kampagne war ein dezentrales Vorgehen. Es wurden arbeitsteilige Aktionen verzeichnet. Dabei erfolgte die inhaltliche Kampagnenbeschreibung bis hin zum Aufruf zur Begehung von Straf- und Gewalttaten zentral über die Kampagnenseite im Internet. Ebenso wurden dort die entsprechenden Informationen der sog. „Antifa-Recherche“ bereitgestellt. Die tatsächliche Begehung von Straf- und Gewalttaten erfolgte dann durch diejenigen, die sich regional dazu aufgerufen fühlten. Die Bekennung erfolgte wieder zentral im Internet und unter dem einheitlichen Kampagnenlogo.

Zwischen dem 10. März und 17. Mai kam es zu verschiedensten Aktionen, wie zum Beispiel:

- Verteilung von Flugblättern,
- Verkleben von Plakaten,
- Vorhergehende und nachfolgende „Internet-Outings“,
- Farbschmierereien,
- Sachbeschädigungen an Fahrzeugen und Wohngebäuden,
- Brandstiftungen.

Insgesamt wurden 21 Straftaten im Kampagnenzusammenhang erfasst. So wurden z.B. in Sereetz bei Lübeck fünf große Müllcontainer entzündet und in Lübeck und Kiel Fensterscheiben von Wohngebäuden eingeworfen. In einem Fall kam es zu einer erheblichen Verletzung einer Person. Gerade die Steinwürfe auf Wohngebäude zeigen, dass die Szene auch vor potentiell personenschädigenden Aktionen nicht zurückschreckt.

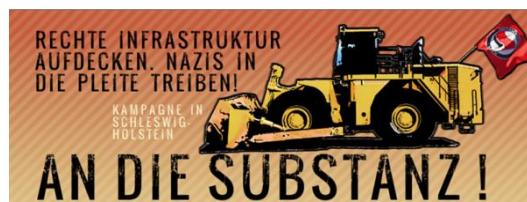
4.1.2.3 „An die Substanz! Rechte Infrastruktur aufdecken. Nazis in die Pleite treiben!“

Am 12. August wurde die Kampagne „An die Substanz! Rechte Infrastruktur aufdecken. Nazis in die Pleite treiben!“ (An die Substanz!) gestartet.

Neben dem eigenen Kampagnenblog

„www.andiesubstanz.noblogs.org“

wurde der Kampagnenauftritt auch auf einschlägigen Internetseiten veröffentlicht.



Nach Ausführungen auf der Kampagnenseite im Internet

„...mussten Antifaschist_innen zähneknirschend zur Kenntnis nehmen, dass es neofaschistischen Wahllisten landesweit in insgesamt drei Städten und einem Kreis gelungen war, Kandidaten für die nächsten fünf Jahre in Rathäuser und Kreistage zu schicken.“ (siehe II 3.1.3.1).

Die Kampagne „An die Substanz!“ zielte auf die vermeintlich „rechte Infrastruktur“ und Orte ab, an denen sich „NPD-Wähler herumtreiben“. Erklärtes Ziel war es:

„...den Druck auf die Geschäftsleute im Land merkbar zu erhöhen und zur einen oder anderen Ladenpleite beizutragen.“ [Es gebe] „eine rechte Infra- und Geschäftsstruktur mit teilweiser bundesweiter Ausstrahlung“.

Man rief dazu auf,

„rechte Rückzugsräume und Geschäftswelten aus der Deckung zu holen und anzugehen“.

Mit dem Aufruf, dem Bereitstellen von Materialien und Informationen sowie geplanten öffentlichen Aktionen wurde ein gemeinsamer Bezugsrahmen geschaffen. Hinter-

grundberichte zur Situation „rechter“ Geschäfte, Verlage, Szenetreffpunkte und Musikgruppen wurden von den Initiatoren der Kampagne gleich mitgeliefert.

Der Satz im Kampagnenaufwurf, es

„können sich alle Antifaschist_innen, die sich als Teil der Kampagne begreifen wollen, mit ihren eigenen Inhalten und Aktionsformen einbringen“,

öffnet die Kampagne grundsätzlich auch für gewaltbereite Linksextremisten.

Im Berichtszeitraum wurden insbesondere folgende Aktionen in den Kampagnenzusammenhang gestellt:

Am 29. August haben ca. 20 Personen in Kiel an einer nicht angemeldeten „antifaschistischen Fahrradtour“ teilgenommen. Elf Teilnehmer wurden der linksextremistischen Szene zugeordnet. Auf der Tour wurden u.a. das Geschäft „PLS-Werkzeuge“ in Kiel-Gaarden mit etlichen Stickern „verschönert“. Vor dem Wohnhaus eines Online-Versandhändlers in Kiel-Mettenhof wurden Transparente gezeigt und Parolen skandiert. So war es Ziel der Aktion, vermeintlich „rechte“ Geschäfte in Kiel anzufahren.

Am 5. Oktober begaben sich ca. 40 Personen aus der linksextremistischen Szene der Region in und um Kiel auf eine „antifaschistische Bustour“. Mittels eines gemieteten Reisebusses stoppte die Gruppe u.a. in Martensrade und hielt dort eine Kundgebung ab und verteilte Flugblätter im Ort. Ziel dieser Aktion war ein ortsansässiges Verlagshaus. Es waren weitere Kundgebungen in Neumünster geplant. Allerdings wurde der Bus durch die Polizei vor den Toren Neumünsters gestoppt und die geplanten Aktionen aufgrund fehlender Anmeldungen untersagt. Nach der Rückkehr nach Kiel, soll es laut einem am 8. Oktober auf dem Medienportal „Linksunten Indy-media“ veröffentlichten Bericht abschließend zu einer spontanen, störungsfreien Kundgebung vor einem weiteren Geschäft gekommen sein.

Am 22. November fand in Kiel eine angemeldete sogenannte Tanzdemo gegen Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus statt. Dem Aufruf folgten ca. 160 Personen, die den Umzug vom Europa- bis zum Vinetaplatz in Kiel-Gaarden begleiteten.

Mit einem Lautsprecherwagen und Musik sollte erneut auf Aktivitäten von „Neonazis aus Kiel und Umgebung“ aufmerksam gemacht werden.

Neben diesen Aktionen wurden mehrere umfangreiche Artikel im Internet veröffentlicht, die sich umfassend mit dem Lebenslauf, den Geschäften und dem politischen Werdegang einzelner Personen der rechten Szene beschäftigen.

4.1.2.4 „Antifaschistischer Adventskalender“

Die letzte große linksextremistische „Outing-Kampagne“ im Berichtszeitraum startete am 30. November mit der Ankündigung des „Antifaschistischen Adventskalenders 2013“. Anschließend wurde täglich auf dem Medienportal „Linksunten Indymedia“ ein neues „Outing“ zum Nachteil verschiedener Personen vorgenommen, die durch die Verfasser der rechten Szene zugeordnet wurden. Teil der täglichen Veröffentlichung war immer auch die Nennung der Wohnanschrift. In einigen Kommentaren zu den Artikeln haben betroffene Personen reagiert und Gegenaktionen angekündigt. Dies zeigt das unvermindert hohe Risiko personenbezogener Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der links- und rechtsextremistischen Szene.



4.1.2.5 Eigene Internetformate für „Outing-Aktionen“

Mit dem Internetformat „La Quimera - antifascist watch-group S-H“ machte es sich eine selbst ernannte „antifaschistische Gruppierung“ zur Aufgabe, umfassend zu tatsächlichen oder vermeintlichen rechten Bestrebungen und Personen in Schleswig-Holstein zu berichten. Am 1. Januar startete das Format mit einem großen Leitartikel zum Zustand der NPD in Schleswig-Holstein.



Es wurde umfassend über den Landesverband der NPD berichtet und zeitgleich Personenprofile der leitenden NPD-Funktionäre veröffentlicht. Im Durchschnitt wurden pro Monat zwischen zwei und fünf Texte und Bildmaterial online gestellt, die sich mit tatsächlichen oder vermeintlichen Personen, Personengruppen oder Organisationen der rechten Szene wie auch mit tagesaktuellen Themen befassten. Dabei kam es im

Rahmen dieser Veröffentlichungen wiederholt zu „Outing-Aktionen“ und Diffamierungen von Personen denen eine „rechte“ politische Gesinnung unterstellt wird.

Erstmalig erschien im Berichtszeitraum die bis 2006 in Papierform verbreitete antifaschistische Zeitschrift „Enough is enough“ in einem Online-Format.

Dem Impressum ist zu entnehmen, dass die Herausgeber ihren Wirkungskreis in Kiel haben.



Ein sog. „Redaktionskollektiv“ führt aus:

„... haben wir uns aufgemacht, die Tradition der antifaschistischen Zeitschrift Enough is enough wiederzubeleben. ... Wir treten ganz bewusst in die Fußstapfen der „Enough is enough“, die von 1997 bis 2006 als Zeitschrift in Schleswig-Holstein und Hamburg verbreitet wurde... Wir haben mit der Seite den Anspruch, uns nicht auf flüchtige Kurzmeldungen zu beschränken, sondern gut recherchierte Artikel zu schreiben. Wir wollen auch versuchen, die wesentlichen politischen Diskussionen innerhalb der antirassistischen und antifaschistischen Bewegung Norddeutschlands darzustellen.“

Bisher sind wenige Artikel erschienen. Schwerpunkte bildeten rechtsextreme Strukturen, Gruppen und Personen in Schleswig-Holstein. Daneben wurden vereinzelt auch solche mit bundesweiten oder europäischen Aktivitäten betrachtet.

4.1.2.6 Fehlerhaftigkeit von „Outing-Aktionen“

Am 18. März wurde auf dem Medienportal „Linksunten Indymedia“ ein Bekenner schreiben zu einem Farb- und Brandanschlag im Rahmen der Kampagne „DIY“ veröffentlicht. Ziel der Aktion war ganz offensichtlich ein NPD-Mitglied. Aufgrund der Namensgleichheit des tatsächlich Geschädigten mit dem NPD-Mitglied kam es zur Verwechslung, so dass eine Person ohne Bezüge zur rechten Szene geschädigt wurde.

Dieser Fall zeigt ein Problem von „Outing-Aktionen“ – ihre grundsätzliche Fehleranfälligkeit. Jedermann kann Daten melden oder veröffentlichen, „Sorgfaltspflichten“ werden dabei nicht immer ernst genommen.

Über den ideellen/sozial-gesellschaftlichen Schaden, also in diesem Fall die Bloßstellung einer unbeteiligten Person, entstehen oftmals auch erhebliche materielle Schäden, die keinerlei Wiedergutmachung erfahren. Im genannten Fall wurde das Wohnhaus massiv mit Farbe beschmiert. In einem anderen Fall kam es zu erheblichen Sachbeschädigungen am Kfz eines Nachbarn. „Entschuldigungen“ oder „Widerrufe“ aus der Szene gegenüber unbeteiligten Opfern sind nicht bekannt.

Zudem umfassen „Outing-Aktionen“ immer das Risiko, dass betroffene Personen sich gerade nicht von der rechten Szene und ihrem Gedankengut abwenden sondern in eine „jetzt erst recht“-Haltung verfallen. Das Interesse an einer Rückkehr in die Zivilgesellschaft nimmt weiter ab und kann letztlich ganz verloren gehen.

4.2 „Anti-Rassismus“

Linksextremisten sehen die Ursache für Rassismus in der von Klassengegensätzen, Ausbeutung und Unterdrückung geprägten kapitalistischen Gesellschaft. Dem demokratischen Verfassungsstaat wird vorgeworfen, durch seine vermeintlich rassistische Grundausrichtung rechtsextremistische Strukturen zu fördern und den „alltäglichen Rassismus“ durch Gesetze und Verordnungen vermeintlich zu institutionalisieren. So wird den EU-Staaten, vor allem der Bundesrepublik Deutschland, z.B. vorgeworfen, Europas Wirtschaftsmacht weiter auszubauen und all jene abzuschieben, die nicht der „Profitgier der kapitalistischen Verwertungs politik“ entsprechen würden. Flüchtlingen würde es erschwert, in die EU-Staaten einzureisen. Die „Festung Europa“ habe das Ziel, die „herrschende imperialistische Weltwirtschaftsordnung“ aufrecht zu erhalten. Flüchtlinge in Deutschland würden kriminalisiert, verfolgt und weggesperrt, respektive abgeschoben. Das Asylrecht sei mit „rassistischen Sondergesetzen“ vergleichbar.

Mit den sog. Asylbewerberprotesten 2012 wurde die Abschaffung der Abschiebung und der Residenzpflicht sowie die Schließung aller Flüchtlingslager eingefordert. Im Berichtszeitraum sollte diesen Forderungen mit einer Bustour durch 22 deutsche Städte Nachdruck verliehen werden. Diese sogenannte „Refugee Revolution Bus Tour“ (RRBT) wurde dabei auch von Teilen der linksextremistischen Szene unter-

stützt. Im März machte die RRBT auch Halt in Neumünster. Dort suchten neben den 20 Teilnehmern der RRBT ca. 30 Demonstranten, überwiegend dem linksextremistischen Spektrum zugehörig, das Landesamt für Ausländerangelegenheiten auf, um gegen die „Lagerunterbringung“ von Flüchtlingen zu demonstrieren.

Nachdem einigen Teilnehmern durch den Leiter des Landesamtes Zutritt zur Liegenschaft gewährt wurde, versuchten andere Teilnehmer der Demonstration den Verkehr zu blockieren und sich gewaltsam Zutritt zur Liegenschaft zu verschaffen. Insgesamt sechs Personen wurden vorläufig festgenommen.

Für eine bürgerlich geprägte, friedliche Demonstration am 16. November in Mölln anlässlich des 21. Jahrestages des dortigen Brandanschlags wurde z.B. auch auf der Internetseite der örtlichen „Antifa“ mobilisiert. Trotz Mobilisierung und Unterstützung durch die musikalische Szenegröße Johnny Mauser blieben die Teilnehmerzahlen aus der Szene deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle.

In Hamburg gelang es den Protagonisten der „Roten Flora“, die Thematik um die sog. „Lampedusa-Flüchtlinge“ für ihre eigene Kampagne „Flora bleibt - unverträglich“ zu instrumentalisieren und mit einer weiter voran schreitenden „Gentrifizierung“ ihres Stadtteils St. Pauli zu verbinden. Dadurch wurde ein erhöhtes Mobilisierungspotenzial, auch im bürgerlichen Lager erreicht. Das Aktionsfeld „Antirassismus“ wurde genutzt, um eine größere gesellschaftliche Außenwirkung und Solidarisierung zu erreichen.

Ab September folgten dann hierzu in Hamburg wöchentlich Aktionen, darunter auch Großdemonstrationen mit Teilnehmerzahlen im vierstelligen Bereich. In diesem Zusammenhang war auch eine hohe Aktionsbereitschaft aus Schleswig-Holstein zu beobachten. Teilweise gelang es, Teilnehmer im unteren dreistelligen Bereich für Demonstrationen in Hamburg zu mobilisieren.

Darüber hinaus kam es in Schleswig-Holstein zu Solidaritätsaktionen. So wurden in Flensburg zwei Farbanschläge auf das Gebäude des Landgerichts verübt. Ferner nahmen Linksextremisten in diesem Zusammenhang im Oktober an Demonstrationen in Flensburg und Lübeck teil. Bei weiteren Solidaritätsdemonstrationen blieben

die Teilnehmerzahlen dann jedoch weit hinter den Erwartungen der Anmelder zurück und bewegten sich im unteren zweistelligen Bereich.

Vermeintlicher Höhepunkt war die Großdemonstration am 21. Dezember in Hamburg. Ein unmittelbarer „Export“ der dort gezeigten Gewaltbereitschaft nach Schleswig-Holstein ist nicht feststellbar. Im Gegensatz zu Hamburg ist in Schleswig-Holstein eine Kumulation entsprechender Themenfelder mit allgemeinem gesellschaftlichen Interesse in dieser Form derzeit nicht gegeben. Darüber hinaus liegt der aktuelle Schwerpunkt der lokalen autonomen Szenen unverändert im Bereich Antifaschismus.

Andererseits muss auf Grund der in Hamburg gemachten Gewalterfahrungen anlass- und ereignisbezogen aber auch für Schleswig-Holstein von einer gesenkten Hemmschwelle zur Gewaltanwendung ausgegangen werden. Davon unabhängig ist von einer unveränderten Bereitschaft insbesondere der autonomen Szene auszugehen, zur Durchsetzung politischer Ziele, Straftaten zu begehen.

5 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2011 bis 2013

	2011	2012	2013
Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten (dogmatischer Linksextremismus)	450	430	390
Gewaltbereite undogmatische Linksextremisten	300	300	300
Gesamt Land	750	730	690
Gesamt Bund	31.800	29.400	28.400

IV Extremistische Bestrebungen mit Auslandsbezug

1 Überblick

Die Bedrohung Deutschlands durch den internationalen islamistischen Terrorismus wurde auch im Berichtsjahr von der Gefahr gewaltsamer Anschläge durch jihadistische Gruppierungen oder Einzelpersonen geprägt. Wie konkret die Bedrohung aufgrund von islamistischen Radikalisierungsprozessen sein kann, zeigten zwei Fälle aus Nordrhein-Westfalen. Bereits am 10. Dezember 2012 wurde am Bonner Hauptbahnhof ein Sprengsatz aufgefunden. Die anschließenden Ermittlungen ergaben, dass es sich bei den Tatverdächtigen vermutlich um Personen aus dem islamistischen Spektrum handeln dürfte. In einem anderen Fall wurde bekannt, dass ebenfalls in Nordrhein-Westfalen Islamisten im März vermutlich einen Anschlag auf einen islamkritischen Politiker geplant haben.

Weiterhin wurden aufgrund der Verbreitung islamistischer und jihadistischer Propaganda Vereinsverbote gegen insgesamt drei Gruppierungen in Deutschland ausgesprochen, unter anderem gegen die im Internet äußerst aktive Vereinigung „DawaFFM“. Zusätzlich wird die Gefahrenlage in der Bundesrepublik von den Bürgerkriegsereignissen in Syrien geprägt. Die dortige Situation hat einen großen emotionalisierenden Einfluss auf die hiesige islamistische Szene. Deutlich wird dies unter anderem an der hohen Zahl von 270 mutmaßlich islamistisch motivierten Ausreisen von Personen mit Deutschlandbezug in Richtung Syrien.

Die Gesamtzahl der Personen im islamistischen Spektrum in Deutschland hat sich im Berichtsjahr auf 43.185 Personen erhöht (2012: 42.550). Die Gesamtzahl für Schleswig-Holstein blieb annähernd konstant und beläuft sich auf 758 (2012: 761).

Andere Staaten waren ebenfalls durch den islamistischen Terrorismus betroffen. In Großbritannien und den USA kam es im Berichtsjahr zu jihadistisch motivierten Anschlägen von Kleingruppen oder Einzelpersonen. So wurden bei einem Bombenanschlag auf den Boston-Marathon in den USA am 15. April zahlreiche Menschen getötet und verletzt. Bei einer weiteren Aktion im Mai wurde ein britischer Militärangehöriger in London Opfer eines mutmaßlich von Islamisten verübten Mordanschlags.

Neben dem bereits erwähnten Bürgerkrieg in Syrien könnte auch die Entwicklung in Ägypten mittelfristige Auswirkungen auf den Phänomenbereich Islamismus haben. Die dort seit 2012 regierende Muslimbruderschaft wurde im Juli durch das ägyptische Militär entmachtet und Präsident Mohamed Mursi abgesetzt. Seit September gilt ein Verbot der Muslimbruderschaft in Ägypten und Ende Dezember wurde die Organisation von den dortigen Behörden zur Terrororganisation erklärt. Im Nachgang ist es vor allem in der ägyptischen Hauptstadt Kairo zu teilweise gewaltsamen Protesten von Anhängern der Muslimbruderschaft gekommen. Die Folgen dieser Entwicklung - beispielsweise in Form einer zunehmenden Radikalisierung der Anhänger der Bewegung - lassen sich bisher nur schwer abschätzen.

In Deutschland sind es neben den mutmaßlich islamistisch motivierten Ausreisen in Richtung Syrien vor allem die Aktivitäten von Salafisten, welche immer wieder öffentliche Aufmerksamkeit erlangen. Hierbei handelt es sich um die Anhänger der derzeit dynamischsten islamistischen Strömung in der Bundesrepublik, deren Zahl im Berichtsjahr um mehrere Hundert auf mittlerweile 5.500 Personen angestiegen ist. Auch in Schleswig-Holstein ist ein leichter Anstieg der Anhängerzahl von 200 auf 210 Personen zu konstatieren. Bereits aus den Vorjahren bekannte Projekte wie die deutschlandweite kostenlose Verteilung von Koranübersetzungen, initiiert von dem salafistischen Netzwerk „Die Wahre Religion“, wurden weiter fortgesetzt. Neben der bereits bekannten Missionierungsarbeit konnten auch neue Aktionsformen beobachtet werden. Hierbei handelte es sich vor allem um Benefizveranstaltungen und Spendensammlungen für Syrien, sowie um Spendentransporte in die dortige Region. Problematisch aus Sicht der Sicherheitsbehörden ist hierbei, dass diese Projekte vielfach von bekannten salafistischen Personen oder Gruppierungen initiiert und unterstützt werden. Somit ist nie auszuschließen, dass die dort gesammelten Spenden oder die Infrastruktur der Hilfstransporte von jihadistischen Salafisten genutzt werden, um den bewaffneten, religiös motivierten Kampf der Terroristen in Syrien zu unterstützen.

Neben den „Salafistischen Bestrebungen“ bestehen auch legalistisch-islamistische Organisationen in der Bundesrepublik und in Schleswig-Holstein. Diese agieren gewaltlos und versuchen unter Ausnutzung legaler Möglichkeiten ihre islamistischen Ziele umzusetzen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Bereich nach wie vor die größte legalistische islamistische Organisation in Deutschland, die „Islamische Ge-

meinschaft Milli Görüs e.V.“, die mit mehreren Vereinen auch in Schleswig-Holstein vertreten ist.

Im Bereich des nicht religiös motivierten Extremismus mit Auslandsbezug ist die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) von zentraler Bedeutung. Sie hat ihren Ursprung in der Türkei. Die Aktivitäten der PKK in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein waren im Berichtsjahr stark von den Friedensverhandlungen der türkischen Regierung mit PKK-Anführer Abdullah Öcalan geprägt. Das Demonstrationsgeschehen gestaltete sich in ganz Deutschland außergewöhnlich friedlich. Die üblichen Spenden- und Propagandaaktivitäten wurden jedoch unvermindert fortgesetzt und zunehmend mit der Unterstützung für die Kurden in Syrien begründet. Die Auswirkungen des syrischen Bürgerkriegs werden somit auch hier sichtbar.

Die Nutzung von internetgestützter Kommunikation zur Verbreitung der jeweiligen Propaganda und zur Koordinierung innerhalb der Gruppen und Organisationen ist in allen Bereichen des Extremismus mit Auslandsbezug weiterhin hoch. Von herausragender Bedeutung bleiben hier die sozialen Netzwerke und Onlineplattformen wie Facebook, Twitter und YouTube, die neben der direkten Interaktion auch Möglichkeiten zum nahezu kostenlosen Austausch und zur Weitergabe von relevanten Daten bieten. Diese sind vor allem im Bereich der Rekrutierung und bei Radikalisierungsprozessen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hin zum islamistischen Terrorismus eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

2 Islamismus

Schätzungsweise vier Millionen Muslime leben nach Angaben des statistischen Bundesamts in Deutschland, das sind knapp fünf Prozent der Bevölkerung. Damit ist der Islam nach dem Christentum die Glaubensrichtung mit den zweitmeisten Anhängern in Deutschland. Eine amtliche Erfassung der Zahl der Muslime in Schleswig-Holstein erfolgt nicht, dürfte jedoch bei einem vermuteten Anteil von ca. fünf Prozent der Bevölkerung bei etwa 140.000 Personen liegen. Die überwältigende Mehrheit der in Schleswig-Holstein lebenden Muslime ist friedlich und befürwortet die freiheitliche demokratische Grundordnung. Deshalb darf der Islam nicht mit dem Begriff Islamismus und Muslime nicht mit Islamisten gleichgesetzt werden. Denn der Islamismus ist

keine Religion, sondern eine extremistische Ideologie, die sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte, seine Normen und Regeln richtet.

Bei den in Schleswig-Holstein lebenden Muslimen sympathisiert lediglich eine geringe Minderheit von unter einem Prozent mit islamistischem Gedankengut oder ist mutmaßlicher Anhänger einer solchen Organisation. Das gesamte islamistische Personenpotenzial in Deutschland beträgt 43.185 (2012: 42.550). Bundesweit ist somit ein Anstieg des Personenpotentials zu beobachten. In Schleswig-Holstein blieb die Zahl annähernd konstant bei 758 Personen (2012: 761). Von diesen Personen wiederum lässt sich nur ein kleiner Teil dem gewaltbereiten Jihadismus zuordnen.

Der Islamismus in Deutschland ist heterogen. Nicht alle Islamisten sind gewaltbereit beziehungsweise gewillt, sogar terroristische Handlungen zu begehen. Der islamistische Extremismus ist vielschichtig und kann sich in unterschiedlichen Strömungen und Organisationen darstellen. Diese unterscheiden sich vor allem in ihrer Art und Weise der Rechtfertigung und Anwendung von Gewalt. Aus Sicht der Verfassungsschutzbehörden kann der Islamismus von politisch legalistischen Vereinen und Organisationen über die „Salafistische Bewegung“ bis hin zu jihadistischen Einzeltätern und Netzwerken reichen.

Charakteristika islamistischer Ideologie

Die inhaltlichen Besonderheiten dieser extremistischen Bewegung sind vielfältig. Als ein herausragendes Merkmal dieser religiösen Ideologie kann der Absolutheitsanspruch des Islamismus als umfassende Lebens- und Staatsordnung gelten. Nach islamistischer Auffassung sollte beispielsweise das gesamte soziale Miteinander in einer Gesellschaft nur nach dem „wahren Islam“ ausgerichtet werden. Die Religion muss aus islamistischer Sicht auf alle übrigen Lebensbereiche, ohne Rücksicht auf individuelle Freiheiten, ausgedehnt werden. Eine Trennung von Religion und Staat kommt für Islamisten grundsätzlich nicht in Betracht. Vielmehr wird versucht einen islamischen Staat im theokratischen Sinne zu etablieren.

In diesem politischen System gilt statt Volkssouveränität die Gottessouveränität als Legitimationsbasis. Ganz im Sinne der Islamisten führt das dazu, dass das politische und soziale Miteinander gänzlich durch die Religion bestimmt wird.

Die wichtigste Säule der islamischen Ordnung stellt demnach die Gottesherrschaft dar. Ausschließlich die in Koran und den Prophetentraditionen (arab. „sunna“) offenbarten Gesetze sind nach islamistischer Auffassung für alle Zeiten gültig. Alle Rechtsprinzipien sollen nach islamistischer Auffassung über diese Offenbarung abgeleitet werden. Daraus folgt, dass die Grundlage eines islamistischen Staates niemals das säkulare Recht, sondern nur das religiöse Gesetz sein kann. Nur diejenigen, die sich zum „wahren Islam“ bekennen, wären Teil dieses Systems.

Islamisten versuchen ein vereinfachtes, auf zwei Seiten, wie etwa „Gut und Böse“, reduziertes Weltbild zu vermitteln: Die „Guten“ ordnen ihr Leben nach den von Gott offenbarten Regeln und Gesetzen. Die „Bösen“ und somit auch „die Ungläubigen“, erkennen menschliche Gesetze an und ordnen sich diesen unter. Nach islamistischer Überzeugung ist der Nationalstaat eine zerstörerische Ideologie, ein Werk von Ungläubigen, welches abzulehnen ist. Der Nationalismus habe die Muslime nur geschwächt und die islamische Bindungskraft zerstört, so die Islamisten. Besonders beunruhigt sind Islamisten, wenn islamische Gesellschaften sich an westlichen Lebensarten zu orientieren beginnen. Der Westen gilt aufgrund seiner säkularen Ausrichtung als Lebenswelt der Unmoral. Die Mehrheit der Muslime dürfe derartige politische und soziale Systeme nicht akzeptieren oder sich in westliche Staaten integrieren und sollte auf die Gründung eines Gottesstaates hinarbeiten.

Nach islamistischer Vorstellung deckt die Scharia sämtliche Lebensbereiche ab und regelt diese. Danach ist kein Platz für demokratische Mehrheitsentscheidungen und selbstbestimmtes Handeln. Deshalb sind islamistische Ansichten mit zentralen Verfassungsprinzipien wie vor allem der Volkssouveränität, der Gewaltenteilung und den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten unvereinbar.

Die unterschiedlichen Formen des Islamismus stellen nicht erst eine Bedrohung dar, wenn Islamisten oder islamistische Organisationen gewaltbereit oder terroristisch handeln. Islamisten sind bereits aufgrund ihrer politischen Ideologie eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung. In Bezug auf die Anwendung von Gewalt unterscheiden Verfassungsschutzbehörden Islamisten und islamistische Organisationen in unterschiedliche Kategorien:

Ein hohes Bedrohungspotential geht von internationalen „Jihadisten“, bzw. global agierenden jihadistischen Gruppen wie beispielsweise „al-Qaida“ aus. Diese Personen bzw. Gruppen propagieren und praktizieren terroristische Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele (siehe IV 5.3).

Regionaler Terrorismus, der beispielsweise von Organisationen wie der „Hizb Allah“ ausgeübt wird, ist stark auf ihre Herkunftsregion ausgerichtet, befürwortet Gewalt und wendet diese dort an (siehe IV 6.4).

Legalistische Organisationen, wie die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“, verurteilen den Terrorismus und lehnen Gewalt ab. Vielmehr versuchen sie mit legalen Mitteln ihre Ideologie einer islamistischen Gesellschaftsordnung aufzubauen (siehe IV 6.1).

Der Islamismus darf nicht mit der Religion des Islams gleichgesetzt werden, auch Muslime genießen in Deutschland natürlich Glaubensfreiheit nach Artikel 4 des Grundgesetzes. Nur Personen und Gruppierungen, die tatsächliche Anhaltspunkte dafür bieten, islamistische Ideologien zu vertreten, werden vom Verfassungsschutz beobachtet.

Eine besonders radikale Strömung innerhalb des Islamismus stellt der Salafismus dar. Er gilt sowohl in Deutschland wie auch auf internationaler Ebene als die derzeit dynamischste islamistische Bewegung. Die salafistische Ideologie übt eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft auf Jugendliche aus (siehe IV 3).

3 „Salafistische Bestrebungen“ in Deutschland und Schleswig-Holstein

Ideologie, Charakteristika und Ziele des Salafismus

Salafismus bezeichnet die derzeit dynamischste sunnitisch-islamistische Strömung in Schleswig-Holstein und Deutschland. Der Name leitet sich vom arabischen „as-Salaf as-Salih“, den so genannten „frommen Alvorderen“ ab. Diese ersten Generationen der Muslime sind, zusammen mit dem Leben und der religiösen Praxis des Propheten Muhammads, vorbildhaft für alle Salafisten. In Verbindung mit dem Koran, der von ihnen wortwörtlich ausgelegt und befolgt wird, finden sich hier die Grundlagen

der salafistischen Glaubensinterpretation. Alle darüber hinaus gehenden historischen Neuerungen und Entwicklungen in der Religion des Islams werden als „un erlaubt“ (arab. bid’a) strikt abgelehnt. Die Einheit, Einzigartigkeit und Allmacht Gottes (arab. tawhid) ist für Salafisten ein elementarer Glaubensgrundsatz.

Ziel der „Salafistischen Bestrebungen“ sind die komplette Umgestaltung von Staat und Gesellschaft nach ihren Vorstellungen. In diesem „islamischen Staat“ würde eine salafistische Interpretation der Scharia, des islamischen Rechts, zur Anwendung kommen. Die Folgen wären beispielsweise, dass demokratische Prinzipien, wie das der Gewaltenteilung und der Volkssouveränität, keine Anwendung mehr finden würden. Grundsätzliche Menschenrechte, wie das auf umfassende Gleichberechtigung unabhängig von Geschlecht oder Religionszugehörigkeit oder das der körperlichen Unversehrtheit, würden nicht mehr gelten. Weltliche, von Menschen geschaffene Gesetze, werden strikt abgelehnt und die Möglichkeit der individuellen freien Entfaltung ist in einem solchen Staat nicht mehr gegeben.

Mit ihrer extremistischen religiösen Auffassung richten sich die Salafisten jedoch nicht nur gegen Andersgläubige wie die, zum Teil sogar als Feindbilder beschworenen, Christen und Juden. Auch den Muslimen, welche nicht der strengen salafistischen Glaubenspraxis folgen, wird das Recht abgesprochen, Teil der „islamischen Gemeinschaft“ (arab. „umma“) zu sein.

Um diesen idealen „islamischen Staat“ in die Praxis umzusetzen, verfolgen Salafisten unterschiedliche Wege. Der überwiegende Teil von ihnen agiert gewaltfrei und betätigt sich „politisch salafistisch“, beispielsweise indem Missionierung betrieben wird. Daneben gibt es jedoch auch die sogenannten „jihadistischen Salafisten“, die eine unmittelbare Gewaltanwendung zur Umsetzung ihrer Ziele propagieren. Sie machen zwar nur einen niedrigen Anteil aus, befürworten und fordern jedoch beispielsweise den bewaffneten Kampf gegen „unislamische Machthaber“ in Ländern des Nahen Ostens oder gegenüber dem „islamfeindlichen Westen“ im Allgemeinen. Die Übergänge zwischen beiden Erscheinungsformen sind fließend. Dies hat sich bei der Auswertung von Radikalisierungsverläufen islamistischer Terroristen gezeigt, auf welche die salafistische Szene vielfach einen großen Einfluss hatte.

Besonderheiten des Salafismus

Deutlich wird diese Gefahr der Radikalisierung, wenn man sich die Besonderheiten dieser Strömung genauer betrachtet. Am offenkundigsten ist die massive Missionierungsarbeit (arab. „dawa“), welche so intensiv von kaum einer anderen islamistischen Strömung betrieben wird. Die salafistische Ideologie wird dabei in jeder denkbaren Form vermittelt. So werden Videovorträge auf YouTube eingestellt oder als Audio-Dateien auf einschlägigen Internetseiten veröffentlicht. Es finden Islamseminare mit salafistischen Wanderpredigern statt, welche als Gäste in Moscheen oder in anderen Räumlichkeiten auftreten. Und letztlich werden all diese Informationen und Termine vielfach auf den sozialen Netzwerken, vor allem über Facebook und Twitter, verlinkt, vervielfältigt und somit überall und jederzeit verfügbar gemacht. Daneben spielen aber auch zahlreiche Projekte im „realen Leben“ eine große Rolle. Hier sind es beispielsweise die von Salafisten initiierte kostenlose Koranverteilung „LIES!“ (siehe unten) oder das sogenannte „Street-Dawa“-Projekt des salafistischen Predigers Pierre Vogel, die für eine Verbreitung dieser islamistischen Ideologie sorgen können.

Hilfreich für die Verbreitung und Netzerkennung innerhalb der „salafistischen Bestrebungen“ ist dabei, dass die Strömung nur von sehr flachen Hierarchien geprägt ist. Vielfach konnten einfache Bindungen zwischen Predigern und ihren Anhängern festgestellt werden, die charakteristisch für viele salafistische Personengruppen zu sein scheinen. Darüber hinaus herrscht innerhalb einer solchen Gruppe ein ausgeprägtes Gleichheitsbewusstsein untereinander, unabhängig von Herkunft oder Hautfarbe, allerdings auch in scharfer Abgrenzung zu anderen, sowohl Andersgläubigen als auch „Ungläubigen“. Diese Struktur kann Gruppendynamiken fördern. Der Salafismus hat, wie andere extremistische Strömungen, eine stark identitätsstiftende Wirkung, beispielsweise durch klare „Richtig-Falsch“ und „Gut-Böse“-Schemata sowie durch die scheinbar einfache Beantwortung existenzieller Fragen. In Verbindung mit der intensiven Nutzung des Internets und von sozialen Netzwerken besteht so eine besondere Anziehungskraft für Jugendliche und junge Erwachsene.

Aktuelle Situation in Deutschland und Schleswig-Holstein

Diese starke Anziehungskraft für Jugendliche und junge Erwachsene erklärt u.a. auch den kontinuierlichen bundesweiten Anstieg der Anhängerzahlen von 3.800 Per-

sonen im Jahr 2011 über 4.500 Personen im Jahr 2012 auf mittlerweile 5.500 Personen im Berichtsjahr. Auch in Schleswig-Holstein stieg die Zahl von 200 Personen in den Jahren 2011 und 2012 auf nunmehr 210 Personen im Berichtsjahr an. Besonders problematisch ist, dass diese Strukturen auch Radikalisierungsprozesse bis hin zum islamistischen Terrorismus/Jihadismus befördern können. Ein Indiz hierfür ist die vor allem seit 2012 feststellbare, steigende latente Gewaltbereitschaft von vormals ausschließlich als „politisch salafistisch“ bekannten Personen. Auch bei den hiesigen aktuell vermehrt feststellbaren Ausreisebewegungen nach Syrien ist bei einem Großteil der Jihadisten der Kontakt zu salafistischen Personengruppen oder der Besuch einer als salafistisch eingeschätzten Moschee gegeben. (siehe IV 5.5.1)

Am 13. März wurde durch den Bundesminister des Innern ein Vereinsverbot gegen drei salafistische Personenzusammenschlüsse ausgesprochen. Die Vereine „DawaFFM“, „Islamische Audios“ und die „an-Nusrah“ als Teilvereinigung der bereits im Juni 2012 aufgelösten Gruppe „Millatu Ibrahim“ wurden verboten. Es liegen keine Erkenntnisse dazu vor, dass diese Vereine, abgesehen von den hier erreichbaren Internetpräsenzen, auch in Schleswig-Holstein aktiv waren.

Die vom salafistisch geprägten Netzwerk „Die Wahre Religion“ initiierte kostenlose deutschlandweite Koranverteilung fand auch in diesem Jahr ihre Fortsetzung. Auch in Schleswig-Holstein konnten wieder Koranverteilungen festgestellt werden. Relevant sind diese aus Sicht des Verfassungsschutzes, da sich unter den an der Verteilung beteiligten Personen auch solche befanden, die über Kontakte in die salafistische Szene und in einigen Fällen sogar zu gewaltbereiten, jihadistischen Salafisten verfügen.

Der Bürgerkrieg in Syrien

Daneben ist der bereits in Bezug auf die Ausreisen angesprochene Syrienkonflikt eines der beherrschenden Themen in der salafistischen Szene. Der seit 2011 andauernde Bürgerkrieg in dem Land wird hier ausführlich diskutiert und das Motiv der dortigen notleidenden Bevölkerung und die hohe Zahl ziviler Opfer, unter ihnen auch zahlreiche Frauen und Kinder, findet sehr häufig Eingang in Predigten und Bittgebete und wird von Salafisten aufgegriffen und für ihre Propaganda genutzt.

Daneben haben im gesamten Bundesgebiet zahlreiche Benefizveranstaltungen für Syrien stattgefunden. Die Veranstaltungen wurden zum Teil von Vereinen organisiert, welche über Kontakte in die salafistische Szene verfügen. Oftmals traten relevante Prediger aus der Szene auf diesen Veranstaltungen auf, unter ihnen beispielsweise die bundesweit bekannten Konvertiten Pierre Vogel und Sven Lau. In oftmals sehr emotionaler Art und Weise wurde nach den Vorträgen zu Geld- und Sachspenden für Syrien aufgerufen, teilweise untermalt von Videos oder Fotos von den Ereignissen und Opfern vor Ort. Die gesammelten Gelder und Waren wurden z.T. direkt im Anschluss an solche Veranstaltungen in Konvois nach Syrien verbracht. Aufgrund der Beziehungen von Veranstaltern und Rednern zu den „salafistischen Bestrebungen“ sowie aufgrund der, oftmals auch auf Video dokumentierten Rhetorik der Spendensammler kann nicht ausgeschlossen werden, dass zumindest ein Teil der Spenden an jihadistische Organisationen vor Ort in Syrien geht. Auch in Bezug auf die Konvois besteht die Gefahr, dass jihadistisch orientierte Personen diese ausnutzen, um auf diesem Weg in die Bürgerkriegsregion zu gelangen.

Für Schleswig-Holstein selbst sind keine derartigen Benefizveranstaltungen bekannt. Es liegen jedoch Informationen vor, wonach in fast allen salafistisch geprägten oder von Salafisten frequentierten Moscheen oder Personenzusammenschlüssen Spendensammlungen für Syrien in Form von Geld- oder Sachspenden stattgefunden haben. Auch hier ist letztlich aufgrund der jeweils vorliegenden Extremismusbezüge nicht auszuschließen, dass die Spenden zumindest in Teilen jihadistischen Organisationen vor Ort zugutekommen.

Die Lage in Schleswig-Holstein

Auch weiterhin liegt der Schwerpunkt der salafistischen Bestrebungen in Schleswig-Holstein vorrangig in den größeren Städten, in erster Linie in Kiel, Neumünster und Lübeck, aber auch in Flensburg und in den Städten des Hamburger Umlandes. Die bereits angesprochenen Koranverteilungen fanden unter anderem in Neumünster statt und vor allem für Kiel und Lübeck liegen Hinweise auf vermehrte Spendensammlungen für Syrien in salafistisch geprägten Einrichtungen vor. Auch die Mehrheit der hier festgestellten Ausreisefälle rekrutiert sich aus diesen Städten, wobei vereinzelt auch Personen aus den ländlicheren Gebieten bekannt wurden, welche mutmaßliche Ausreiseabsichten verfolgen. Vor allem aufgrund der Bezüge des sa-

lafistischen Personenpotenzials zu den Spendensammlungen und Ausreisen nach Syrien, aber auch aufgrund der sonstigen Aktivitäten in Schleswig-Holstein werden die „salafistischen Bestrebungen“ auch über das Berichtsjahr hinaus im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen.

4 Nutzung internetbasierter Kommunikationsformen durch islamistische Gruppierungen und Einzelpersonen

Das Internet ist weiterhin das wichtigste Kommunikations- und Propagandamedium von islamistischen Gruppierungen und Einzelpersonen in aller Welt. Es ermöglicht einen schnellen, unkomplizierten und vermeintlich anonymen Austausch mit Gleichgesinnten und die schnelle Verbreitung des salafistischen und zum Teil jihadistischen Gedankengutes.

Somit spielt es auch für Radikalisierungsprozesse im islamistischen Spektrum eine besondere Rolle, so dass in Einzelfällen inzwischen von einer „Online-Radikalisierung“ gesprochen werden kann. Über die Nutzung von sozialen Netzwerken und Foren im Internet kann überhaupt erstmals ein Kontakt mit islamistischer Ideologie erfolgen. Eine Ideologisierung „vor Ort“, zum Beispiel in einer relevanten Moschee oder Versammlungsstätte, ist nicht mehr notwendig.

In der Folge kann eine islamistisch geprägte Berichterstattung oft in Verbindung mit hochemotionalen Bildern die persönliche Wahrnehmung der weltweiten Verfolgung und Diskriminierung der Muslime befördern sowie einer möglichen Radikalisierung Vorschub leisten. Eine so radikalisierte Person kann dann über jihadistisch geprägte, hoch emotionale Propagandavideos und Kriegsberichte, derzeit beispielsweise der Bürgerkrieg in Syrien, mobilisiert werden. In Einzelfällen ist es möglich, dass solche Personen sich veranlasst sehen, sich selbst aktiv am „Jihad“ zu beteiligen oder diesen zumindest durch ihre Handlungen zu unterstützen.

Die Nutzung des Internets erfolgt dabei auf ganz unterschiedliche Art und Weise. Die sozialen Netzwerke, wie zum Beispiel Facebook, werden zum direkten Informationsaustausch, der Weiterverbreitung von Propagandamaterial, als Nachrichtenportal und zur Selbstdarstellung genutzt. Internetportale wie YouTube dienen dazu, Audio-, Bild- und Videodateien zu veröffentlichen und zu verbreiten. Durch die Nutzung der

Verlinkungsmöglichkeiten zwischen sozialen Netzwerken und Internetportalen wird der Verbreitungsgrad um ein Vielfaches verstärkt. Auch in Schleswig-Holstein nutzen Islamisten die vielfältigen Möglichkeiten des Internets um ihre Ideologie zu verbreiten und sich darüber auszutauschen.

Im internationalen aber auch deutschsprachigen Raum existieren ferner zahlreiche islamistische und jihadistische Foren. Die virtuellen Internetplattformen bestehen aus einem öffentlichen Bereich in dem Meinungen ausgetauscht und veröffentlicht werden können und in der Regel aus einem passwortgeschützten geschlossenen Nutzerbereich. Für die Kommunikation werden dazu immer häufiger auch eigens entwickelte Verschlüsselungsprogramme genutzt.

Im deutschsprachigen Raum kommt dem „Ahlu-Sunnah“-Forum (www.ahlu-sunnah.com) eine besondere Bedeutung zu. Es ist ausschließlich deutschsprachig und richtet sich an hiesige Nutzer unterschiedlicher Herkunft sowie Konvertiten. Es dient als themenbasierte Kommunikationsplattform und als virtueller Raum zum Aufbau von Personennetzwerken innerhalb der salafistischen Szene. Im Forum wird grundsätzlich auf die Einhaltung der „islamischen Regeln“ nach salafistischer Auslegung geachtet. Einzelne Meinungsführer sowie die vorherrschende „Diskussionskultur“ können eine Ideologisierung und Radikalisierung fördern.

Ein Beispiel für die immer professionellere Nutzung des Internets von islamistischen Gruppierungen ist die seit August bestehende Internetpräsenz von deutschsprachigen Jihadisten in Syrien unter der Eigenbezeichnung „Sham-Center“. Diese Gruppierung zeigt die gesamte Bandbreite der möglichen Formen der Präsentation im Internet. Sie verfügt über einen konventionellen Webauftritt, einen YouTube-Kanal, Auftritte bei Facebook und Google+ sowie ein Twitter-Konto. Alle Angebote werden laufend betreut und aktualisiert. Veröffentlicht werden Neuigkeiten aus dem Jihad in Syrien mit Hilfe von Fotos, Videos und Meldungen zum Kampfgeschehen und von getöteten „Mujaheddin“.

Ein weiteres Beispiel für die Nutzung des Internets als Propagandamedium ist die Veröffentlichung von zwei weiteren Ausgaben des englischsprachigen Online-Magazins „INSPIRE“ in professioneller Aufmachung auf führenden arabischsprachigen „jihadistischen“ Internetforen im März und Ende Mai. Die Artikel in diesen Aus-

gaben verfolgen das Ziel, Personen zu radikalisieren und zu eigenständigen Anschlägen zu bewegen, ohne direkt an terroristische Organisationen angebunden zu sein.

Das Magazin richtet sich dabei vor allem an ein westliches Publikum mit der erklärten Absicht den „Jihad“ in den „Westen“ zu tragen und stößt damit nicht nur in der islamistischen Szene in Deutschland auf besonderes Interesse.

5 Islamistischer Terrorismus

5.1 Jihadismus

Der „Jihad“ im Sinne des Korans kann primär als „sich bemühen“ und „anstrengen“ verstanden werden. Diese Interpretationsform wird als „großer Jihad“ innerhalb der Religion bezeichnet. Der größte Teil der Muslime praktiziert diese Form des „Jihads“ durch Spenden an Bedürftige, durch das Gebet, durch Geduld sowie die persönliche Suche nach „Gottesnähe“. Der „kleine Jihad“ wird wiederum nur von muslimischen Randgruppen als eine militante Aktionsform deklariert und hauptsächlich für ihre ideologischen Zwecke instrumentalisiert. Diese „Jihadisten“ sehen sich als Opfer einer „Vernichtungskampagne“ und argumentieren, dass die USA und der Westen, einen Krieg gegen den Islam und die Muslime führen. Somit wird die Verteidigung des Islam durch den „globalen Jihad“ wie beispielsweise in Afghanistan und Syrien moralisch von ihnen gerechtfertigt. Dabei ist das Internet auch für Jihadisten zu einer unverzichtbaren Kommunikations- und Propagandaplattform geworden. Es spielt vor allem bei Radikalisierungsprozessen eine große Rolle. Über dieses Medium sollen insbesondere junge Menschen, die westlich sozialisiert sind, dazu motiviert werden, terroristische Anschläge zu begehen. Nur eine kleine Gruppe des islamistischen Personenspektrums in Deutschland ist dem Phänomenbereich des „Jihadismus“ zuzurechnen.

5.2 Aktuelle internationale Entwicklungen im Berichtsjahr

Vom globalen islamistischen Terrorismus ging eine intensive Gefährdung der westlichen internationalen Staatengemeinschaft aus. Die Terrororganisation „al-Qaida“ sowie ihre Regionalorganisationen hielten und halten weiterhin an dem Einsatz von terroristischen Mitteln zur Erreichung ihrer jeweiligen politischen Ziele fest.

Dem Führer von Kern-„al-Qaida“, dem Ägypter Aiman al-Zawahiri, ist es gelungen, den ideologischen sowie strategischen Führungsanspruch von Kern-„al-Qaida“ innerhalb der internationalen jihadistischen Netzwerke weiter zu verfestigen und zu behaupten. Die Regionalorganisationen schließen sich zumeist diesen ideologischen Leitlinien an, agieren allerdings in Bezug auf ihre operative Anschlagplanung und -durchführung, insbesondere in ihren jeweiligen Aktionsräumen weitgehend autonom. Dies gilt überwiegend auch für ihre jeweilige Propagandaarbeit.

Die bereits in den Vorjahren verfolgte Strategie „al-Qaidas“ die Verantwortung der Durchführung von Anschlägen in westlichen Staaten auf autonom bzw. teilautonom agierende Zellen zu verlagern sowie die Strategie des so genannten „individuellen Jihads“ haben sich aus Sicht „al-Qaidas“ als Erfolg erwiesen.

Unter dem Begriff des „individuellen Jihads“ werden insbesondere Anschläge durch Kleinstgruppen oder Einzeltäter verstanden, die ohne direkte Anbindung an eine Terrororganisation, allerdings in ideologischer Übereinstimmung mit dieser, erfolgen. Als exemplarisch für diese Aktionsform sind im Berichtsjahr insbesondere die Anschläge auf den Boston-Marathon am 15. April sowie der Anschlag auf einen britischen Militärangehörigen am 22. Mai in London zu sehen.

Der Sprengstoffanschlag auf den Boston-Marathon in den USA, bei dem zwei in Rucksäcken versteckte Sprengsätze gezündet wurden, tötete drei Menschen und verletzte 264 weitere. Als Täter wurden zwei zum Zeitpunkt der Tat 19- und 26-jährige Brüder tschetschenischer Abstammung identifiziert, wobei der ältere bei einem Schusswechsel mit der Polizei getötet wurde. Als Grund für den Anschlag gab der überlebende mutmaßliche Täter an, den Islam verteidigen zu wollen. Sie hätten dabei allein gehandelt und darüber hinaus weitere Anschlagspläne auf den Times Square in New York City/USA gehabt. Im Vorwege der Tat soll im März 2011 die US-Bundespolizei FBI durch den russischen Inlandsgeheimdienst gewarnt worden sein, dass der ältere der Brüder „Anhänger eines radikalen Islam“ sei. Infolge dessen soll das FBI die Person und seine Angehörigen befragt haben, soll jedoch keine Beweise für terroristische Aktivitäten gefunden haben.

Bei dem Anschlag am 22. Mai in London/GB töteten zwei mutmaßliche Islamisten auf offener Straße einen britischen Soldaten. Zunächst wurde dieser mit einem Kraft-

fahrzeug angefahren und anschließend mit Hieb- und Stichwaffen getötet. Die Angreifer skandierten bei und im Anschluss an die Tat islamistische Parolen und ließen sich dabei von Passanten filmen. Bemerkenswert war dabei der Umstand, dass sie nicht vom Tatort flüchteten und noch vor Ort von Polizeikräften überwältigt und festgenommen werden konnten.

Neben den andauernden Umbrüchen in den arabischen Staaten Nordafrikas und auf der Arabischen Halbinsel wird derzeit der islamistische Terrorismus maßgeblich durch den Bürgerkrieg in Syrien beeinflusst. Dort kämpfen verschiedene Gruppen, insbesondere auch islamistische Terrorgruppen gegen das „Assad-Regime“. Der Bürgerkrieg mit dem damit verbundenen Leid der Zivilbevölkerung hat gerade unter den Muslimen eine Welle der Unterstützungsbereitschaft ausgelöst. Diese reicht von Spenden für humanitäre Organisationen über Spenden für terroristische Gruppen bis hin zur persönlichen Beteiligung am bewaffneten Kampf, am Jihad gegen das „Assad-Regime“. Diese Unterstützungsbereitschaft betrifft nicht nur Muslime in Syrien und dessen benachbarte Länder, sondern auch Muslime der westlichen Staaten, also auch Deutschlands.

5.3 Das „al-Qaida“-Netzwerk

Kern-„al-Qaida“ und ihren assoziierten Regionalorganisationen konnten durch die andauernden Verluste von Führungspersonen kein nachhaltiger Schaden im Hinblick auf die ideologische und operative Ausrichtung des Netzwerkes zugefügt werden. Al-Zawahiri kann als „Emir“ (Anführer) von Kern-„al-Qaida“ sich der Unterstützung der Kernorganisation sowie meist aller Regionalorganisationen sicher sein.

Auch nach dem Tod von Usama Bin Laden am 2. Mai 2011 gelten die maßgeblich durch diesen geprägten ideologischen und strategischen Ziele der Organisation fort:

- Der militante Jihad ist die wichtigste religiöse Pflicht eines jeden Muslims bis hin zur Befreiung „besetzter Länder“. Zu diesen Ländern gehören alle muslimischen Länder, die aus Sicht von „al-Qaida“ von westlichen Truppen „besetzt“ sind, wie z.B. Afghanistan oder der Irak, aber auch Länder, die vom Westen vorgeblich beeinflusst oder gar gesteuert werden, wie z.B. Saudi-Arabien.

- Die Gründung eines islamischen Staates auf Basis der Scharia und der salafistischen Islamauslegung.
- Die globale Bekämpfung der USA, des Staates Israel sowie ihrer Verbündeten, darunter in erster Linie Großbritannien, Frankreich und Deutschland.

Kern-„al-Qaida“ hat nach wie vor die ideologische und strategische Führungsrolle innerhalb der internationalen jihadistischen Netzwerke. In der jihadistischen Sympathisantenszene verdankt Kern-„al-Qaida“ ihre herausragende Bedeutung in erster Linie der Glorifizierung der Kultfigur Usama Bin Laden und weniger ihrer operativen Fähigkeiten oder ihrer ideologischen Vorgaben. An diese charismatische Ausstrahlung reicht der jetzige „al-Qaida“-Führer al-Zawahiri nach wie vor nicht heran. Deshalb sind zum Teil Verlautbarungen anderer jihadistischer Terrorgruppen wie z.B. der „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ oder aber prominenter Jihadisten für junge, radikalisierte Islamisten derzeit von größerer Bedeutung.

Gerade der „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ kommt wegen ihrer international ausgerichteten Propaganda bei der Rekrutierung und Radikalisierung eine herausragende Position zu. Die Etablierung des englischsprachigen Online-Magazins „INSPIRE“, dessen elfte Ausgabe mittlerweile erschienen ist, hat es geschafft, durch das breit dargestellte Themenspektrum und die grafisch ansprechende Aufmachung des Magazins, weltweit interessierte Leser für die „al-Qaida“-Propaganda zu gewinnen. Auch zeigt die letzte Ausgabe des Magazins, dass es der „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ gelungen ist, den Verlust wichtiger Autoren zu kompensieren. Allerdings hat es „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ bisher nicht geschafft, den im Jahr 2011 ums Leben gekommenen Anwar Al-Aulaqi durch eine ähnlich medial präsente und telegene Persönlichkeit zu ersetzen.

Neben der generellen Ablehnung des Westens im Ganzen richtet sich die spezifische Gefährdung einzelner Staaten durch „al-Qaida“ weiterhin nach folgenden Faktoren: die politische Haltung zu den Krisengebieten wie z.B. Afghanistan, Syrien oder Irak, die Unterstützung von westlich orientierten Regierungen im islamischen Raum, die öffentlichkeitswirksame Beteiligung am sog. Anti-Terror-Kampf,

die angebliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Muslime oder islamisch geprägter Staaten, die Duldung von als islamfeindlich empfundenem Verhalten, wie z.B. dem öffentlichen Zeigen der sogenannten Mohammad-Karikaturen oder die Durchsetzung von Verschleierungsverboten, sowie die Nennung in authentischen Verlautbarungen jihadistischer Organisationen als legitimes Ziel.

Die bereits vor dem Tod von Usama Bin Laden festgestellte Neuausrichtung des „al-Qaida“-Netzwerks bei der Durchsetzung seiner weltweiten Ziele hat sich auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Insbesondere wird das Konzept, dass auch komplexe Anschläge an teilautonome Zellen in westlichen Staaten übergeben werden, die in relativer Selbstständigkeit agieren, verstärkt umgesetzt. Hier stellen insbesondere jihadistische Rückkehrer aus terroristischen Ausbildungslagern oder jihadistischen Kampfgebieten in ihre westlichen Ursprungsländer eine große Bedrohung für diese dar. Ein ähnlich großes Bedrohungsszenario stellen selbstradikalisierte Einzelpersonen und autonom agierende Gruppen in westlichen Ländern dar. Diese handeln ohne eine direkte Anbindung an und ohne direkten Auftrag von einer Terrororganisation, um ihren persönlichen Beitrag zum weltweiten Jihad zu leisten. Diesem Typus entsprach z.B. Arid U., der Attentäter des Schusswaffenanschlags auf US-amerikanische Militärangehörige am Frankfurter Flughafen am 2. März 2011.

Ob es dem „al-Qaida“-Netzwerk mit dieser Strategie letztlich gelingen wird, medial beachtenswerte und symbolträchtige Anschläge in einem westlichen Staat zu initiieren, ist dabei von diversen Faktoren, wie z.B. den technischen, operativen, aber auch den intellektuellen Fähigkeiten der handelnden Jihadisten abhängig.

Sollte es zu einem solchen Anschlag in einem westlichen Staat kommen, ist erneut mit Nachahmungstaten zu rechnen. So kam es auch kurze Zeit nach dem oben beschriebenen Attentat in London zu einer Nachahmungstat in Paris gegen einen Angehörigen der französischen Streitkräfte.

Zu den herausragenden Teilorganisationen des „al-Qaida“-Netzwerkes ist weiterhin die „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ zu nennen. Der Organisation ist es gelungen ihre regionale Agenda, nämlich den Kampf gegen ausländische Einflüsse und aus ihrer Sicht unislamische Regierungen auf der Arabischen Halbinsel fortzusetzen. Weiterhin gelang es ihr, auch über die Region hinaus Anschläge bzw. Anschlagversuche gegen westliche Staaten durchzuführen. Hervorzuheben sind vor allem die

versuchte Sprengung eines US-amerikanischen Verkehrsflugzeugs am 25. Dezember 2009 über Detroit sowie mehrere Entführungen westlicher Staatsangehöriger im Laufe der nachfolgenden Jahre.

Die örtlichen Sicherheitsbehörden haben auf diese terroristischen Aktivitäten der Organisation mit einem besonderen Verfolgungsdruck reagiert. Im Zuge dessen wurden mehrere Führungspersonen der „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ getötet.

Trotz dieser Verluste ist es der Organisation gelungen, handlungsfähig zu bleiben.

Derzeit konzentriert sie sich insbesondere auf den bewaffneten Kampf im Jemen.

Neben den innenpolitischen Kämpfen werden dort allerdings auch weiterhin westliche Einrichtungen und Staatsangehörige angegriffen. Im Oktober fiel einem solchen Angriff ein deutscher Beamter in Sana'a zum Opfer. Darüber hinaus wurde durch „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ am 5. Dezember das Verteidigungsministerium in Sana'a angegriffen. Dabei ist es den Angreifern u.a. gelungen gesicherte Bereiche des Gebäudekomplexes zu erreichen. Im Bereich eines angegliederten Militärkrankenhauses wurden dabei zwei deutsche Staatsangehörige getötet. Nach offiziellen Angaben kamen bei dem Angriff 52 Menschen ums Leben und 167 wurden verletzt. Auch wenn der Anschlag aus Sicht der Terrororganisation einen Erfolg darstellt, muss die Organisation aufgrund der hohen Anzahl ziviler Opfer einen Imageschaden befürchten.

Im Bereich Nordafrikas ist die Terrororganisation „al-Qaida im Islamischen Maghreb“ operativ aktiv. Vorgänger der Organisation war die „Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf“, die bereits seit Ende der 1990er Jahre als Terrororganisation in Algerien präsent war. Diese hat sich am 11. September 2006 offiziell „al-Qaida“ angeschlossen. „al-Qaida im Islamischen Maghreb“ ist es gelungen, sich als größte und erfolgreichste islamistische Terrorgruppe in Nordafrika zu etablieren. Dort versucht sie die überwiegend pro-westlich eingestellten Regierungen einschließlich der vorhandenen säkularen Tendenzen und demokratischen Gesellschaftsströmungen zu bekämpfen, um letztlich dem Ziel eines autoritären islamistischen Gottesstaats näher zu kommen. Die „al-Qaida im Islamischen Maghreb“ konnte im Zuge der staatlichen Unsicherheiten, die durch den „Arabischen Frühling“ ausgelöst wurden, ihren Einflussbereich festigen und ausbauen. Ihr Operationsspektrum reicht dabei von Angriffen auf staatliche Einrichtungen und Strukturen bis hin zu Entführungen von westlichen Staatsbürgern. Hierbei ist insbesondere der Überfall im Januar in Al-

gerien auf ein Gasfeld zu nennen, bei dem diverse Geiseln genommen wurden. Dieser Angriff konnte letztlich nur mit militärischer Gewalt beendet werden. Insgesamt kamen ca. 80 Menschen ums Leben, unter ihnen auch 37 ausländische Geiseln.

Es ist „al-Qaida im Islamischen Maghreb“ gelungen, ihren Operationsraum im Bereich Tunesiens auszubauen und im Grenzgebiet zu Algerien dauerhafte Strukturen zu etablieren. Am 30. Oktober versuchte ein Selbstmordattentäter in Sousse mutmaßlich ein Hotel anzugreifen. Dies misslang und der Attentäter brachte seinen Sprengstoff am Strand zur Explosion. Dabei ist außer dem Attentäter niemand zu Schaden gekommen. Ziel des Attentäters waren vermutlich westliche Touristen, um so die wichtige Tourismus-Einnahmequelle des Landes zu treffen. Ob dieser Anschlag letztlich im Auftrag der Terrororganisation „al-Qaida im Islamischen Maghreb“ erfolgte, ist derzeit nicht abschließend geklärt. Ein islamistischer Hintergrund der Tat ist allerdings sehr wahrscheinlich.

Von der Terrorgruppe geht auch eine direkte Gefahr für Europa aus. Die von Nordafrika nach Europa ausgehenden Flüchtlingsströme bergen die Gefahr, dass mit den Flüchtlingen auch terroristische Kämpfer nach Europa gelangen.

Daneben steht zu befürchten, dass sich in dem Aktionsbereich der Terrororganisation Strukturen, ähnlich wie in der Region Afghanistan/Pakistan, einschließlich terroristischer Ausbildungslager, etablieren. Diese terroristischen Kapazitäten, aber auch Unterstützungsnetzwerke der „al-Qaida im Islamischen Maghreb“ in Europa stellen eine Bedrohung der gesamteuropäischen Sicherheit dar.

Mit dem Bürgerkrieg in Syrien hat sich ein neuer sogenannter „Hotspot“ des Jihads entwickelt, an dem auch diverse Kämpfer des „al-Qaida“-Netzwerks beteiligt sind. Durch die dortigen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Regimegegnern und Regimebefürwortern sind bislang mehr als 100.000 Todesopfer zu beklagen, über eine Million Menschen haben das Land verlassen und wurden überwiegend von den Nachbarländern in Flüchtlingslagern aufgenommen. Im Land selbst dürften sich ebenfalls über drei Millionen Menschen auf der Flucht befinden.

Die Fraktion der Regierungsgegner stellt dabei keine homogene Gruppe dar. Sie ist stark zersplittert und reicht von nationalistischen Kurden über die überwiegend säkular eingestellte „Freie Syrische Armee“ bis hin zu Jihadisten. Auch ist die Interessenlage der verschiedenen Organisationen unterschiedlich, so dass es auch zu Kämp-

fen zwischen den verschiedenen Regimegegnern gekommen ist. Seit Jahresmitte sind heftige Kämpfe mit zahlreichen Toten zwischen den jihadistischen Gruppierungen und kurdischen Verbänden im Nordosten und Norden Syriens festzustellen. Der Bürgerkrieg selbst ist immer stärker konfessionell geprägt: Es finden sich die Sunniten auf Seiten der Regimegegner, die Schiiten sowie Alawiten, denen auch der Staatspräsident Assad angehört, unterstützen das Regime.

Der Konflikt hat sich zunehmend internationalisiert. Es ist davon auszugehen, dass schiitische Milizen, z.B. aus dem Irak und der „Hizb Allah“ aus dem Libanon sowie Kräfte aus dem Iran das Regime unterstützen. Die Regimegegner werden von Sunniten aus der gesamten islamischen Welt unterstützt. Unter diesen „ausländischen Kämpfern“ befinden sich mit steigender Tendenz Personen aus Europa - und somit auch aus Deutschland und Schleswig-Holstein.

Die jihadistischen Kräfte der Regimegegner kämpfen vielfach unter dem Banner der „al-Qaida“ angegliederten Gruppierungen „Jabhat al-Nusra“ und „Islamischer Staat Irak und Großsyrien“. Das primäre Ziel der Jihadisten in Syrien ist zwar die Beseitigung des „Assad-Regimes“, die räumliche und zeitliche Nahperspektive ist aber die „Befreiung“ Jerusalems. Hierfür eignet sich der Jihad in Syrien deutlich besser als andere sogenannte Jihad-Schauplätze wie z.B. Afghanistan, Somalia oder Mali.

Bei der „Jabhat al-Nusra“ (JAN) handelt es sich um eine Regionalorganisation von „al-Qaida“, die offiziell Ende Januar 2012 gegründet wurde. Ziel der JAN ist der Sturz des „Assad-Regimes“ und die Errichtung eines islamischen Emirats in „Groß-Syrien“. Grundsätzlich besteht eine enge Zusammenarbeit mit der irakischen „al-Qaida“-Regionalorganisation „Islamischer Staat im Irak“, die neuerdings unter dem Namen „Islamischer Staat Irak und Großsyrien“ firmiert. Ungewöhnlich war hierbei der öffentlich ausgetragene Streit der beiden Anführer der Organisationen im Berichtszeitraum über eine vermeintliche Fusion der beiden Terrororganisationen. Diese Auseinandersetzung führte letztlich dazu, dass al-Zawahiri, der Anführer von Kern-„al-Qaida“ sich öffentlich schlichtend einschaltete und die beiden Organisationen rügte, ihr Vorgehen nicht mit Kern-„al-Qaida“ abgestimmt zu haben.

5.4 Regionale islamistische Terrororganisationen

5.4.1 „Islamische Bewegung Usbekistans“

Die „Islamische Bewegung Usbekistans“, die 1998 in Kabul gegründet wurde, hat zum Ziel, die säkulare Regierung in Usbekistan zugunsten eines islamischen Kalifats in Zentralasien zu beseitigen. Dazu agiert die „Islamische Bewegung Usbekistans“ vorwiegend aus Afghanistan heraus und unterhält dort paramilitärische Ausbildungslager.

Seit dem Jahr 2011 verstärkt die „Islamische Bewegung Usbekistans“ ihre internationale Präsenz und nutzt dazu intensiv das Internet als Medium, um ihre Video- und Textbotschaften zu verbreiten. Dazu unterhält die Gruppierung eine eigene Medienstelle und verfügt über eine eigene Homepage. Die „Islamische Bewegung Usbekistans“ ist trotz ihrer regionalen Agenda gerade für Deutschland von besonderer Bedeutung. Dies resultiert daraus, dass die Gruppierung seit dem Jahr 2009 durch die beiden aus Bonn stammenden Brüder Monir und Yassin Chouka Verlautbarungen der Organisation in deutscher Sprache veröffentlicht. In diesen Veröffentlichungen riefen sie mehrfach zur Beteiligung am Jihad auf und sandten Drohbotschaften gegen Deutschland bzw. gegen deutsche Einrichtungen im Ausland.

5.4.2 Islamistisch-kurdische Netzwerke

Islamistisch-kurdische Netzwerke stehen für eine radikale salafistisch-jihadistische Ideologie. Anhänger dieser Netzwerke, zu denen die terroristische Vereinigung der im Jahr 2001 gegründeten „Ansar al-Islam (AAI)“ sowie die erst seit kurzem bekannte Terrororganisation „Rauti Schach/Komal Kari“ zählen, befürworten grundsätzlich jihadistische Aktivitäten im Irak – so auch die Aktionen anderer gewaltbereiter regionaler Gruppierungen. Ein konkreter Organisationsbezug muss dabei nicht immer ersichtlich sein.

Gemeinsames Ziel dieser kurdisch geprägten, islamistisch-terroristischen Vereinigungen ist die Schaffung eines eigenen kurdischen islamischen Gottesstaates im Nordirak auf Grundlage der Scharia.

Zentrale Leitfigur islamistisch-irakischer Kurden in Deutschland und Europa ist nach wie vor der Gründer und ehemalige Anführer der „Ansar al-Islam“ sowie der Gründer

der neuen Vereinigung „Rauti Schach / Komal Kari“ Najmuddin Faraj Ahmad alias Mullah Krekar.

Faraj Ahmad lebt seit 1991 in Norwegen, wo ihm politisches Asyl gewährt wird. Dort wurde er im Jahr 2012 zu einer mehrjährigen Haftstrafe wegen Bedrohung einer norwegischen Politikerin verurteilt und befindet sich aktuell in Haft.

In ganz Europa und auch in Deutschland leben irakische Kurden, die islamistisch-terroristische Aktivitäten im Irak als legitim ansehen und befürworten. Europäische Länder werden vorrangig als Rückzugsräume angesehen, so dass sich Anhänger und Sympathisanten islamistisch-kurdischer Netzwerke weitgehend als logistische Unterstützer durch das Sammeln von Geld und durch Transferleistungen in den Irak hervortun.

Am 20. März führte das Bundeskriminalamt bundesweit Exekutivmaßnahmen gegen in Deutschland ansässige Mitglieder der Terrororganisation „Rauti Schach/Komal Kari“ wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung im Ausland nach § 129a/b StGB durch. Die Maßnahmen dürften für eine nachhaltige Verunsicherung der kurdischen islamistisch geprägten Szene in Deutschland gesorgt haben.

5.4.3 Nordkaukasische Separatistenbewegung

Grundsätzliches Ziel nordkaukasischer Separatisten ist die Erreichung der staatlichen Unabhängigkeit Tschetscheniens. Der radikale Flügel dieser Bewegung - das Kaukasische Emirat um Doku Umarov – lehnt eine politische Lösung des Konflikts ab und strebt einen unabhängigen islamischen Staat auf dem Gebiet des gesamten Nordkaukasus auf Grundlage der Scharia an. Umarov schreckt dabei auch vor Terroranschlägen nicht zurück. So übernahm er in den Jahren 2010 und 2011 die Verantwortung für die Anschläge in Moskau. Anfang Juli wurde ein neues islamistisches Propagandavideo des Umarov bekannt, in dem er Terroranschläge anlässlich der Olympischen Winterspiele in Sotschi im Februar 2014 androht. Ende Dezember erschütterten zwei Selbstmordattentate die russische Stadt Wolgograd. Mindestens 34 Menschen wurden getötet und über 70 Menschen verletzt. Zu den Attentaten hat sich ein bislang unbekannter Emir einer islamistischen Gruppierung bekannt. Diese

Gruppierung soll nach bisherigen Informationen zum „Kaukasischen Emirat“ gehören.

Bereits am 14. Juni hat das Bundesministerium der Justiz das Kaukasische Emirat als ausländische terroristische Vereinigung eingestuft und ermöglicht damit die Verfolgung von Straftaten unter den Voraussetzungen des § 129 b StGB (Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland) in Bezug auf Mitglieder oder Unterstützer des Kaukasischen Emirats.

Der in Europa lebende Teil der Diaspora, der sich dem nordkaukasischen Widerstand verpflichtet fühlt, betrachtet Europa und damit auch Deutschland primär als Rückzugsraum und leistet gegebenenfalls Unterstützung in Form von Propagandaaarbeit sowie Spendensammlungen.

5.5 Entwicklungen in Deutschland

Der versuchte Bombenanschlag auf den Bonner Hauptbahnhof am 10. Dezember 2012, bei dem nach derzeitigem Erkenntnisstand von einer jihadistischen Motivationslage auszugehen ist, sowie die vereitelten Mordpläne gegen einen islamkritischen Politiker am 13. März belegen, dass die fortdauernden Aufrufe zum „individuellen Jihad“ auch im islamistischen Spektrum in Deutschland angekommen sind und ihre Wirkung entfalten.

Diese Taten belegen die Einschätzung der Sicherheitsbehörden, dass Deutschland nach wie vor jederzeit Ziel jihadistischer Gewalt werden kann.

Auch in Deutschland gingen die Sicherheitsbehörden gegen einschlägige terroristische Gruppierungen vor. Im März des Jahres führte das Bundeskriminalamt bundesweit Exekutivmaßnahmen gegen in Deutschland ansässige Mitglieder der kurdisch-irakischen Gruppierung „Rauti Schach/Komal Kari“ durch. (siehe IV 5.3.2) In zwei anderen Fällen wurden die Strafverfolgungsbehörden ermächtigt, Personen, die als Mitglieder oder Unterstützer des „Kaukasischen Emirats“ sowie der „Jabhat al-Nusra“ gelten, nach § 129b StGB zu verfolgen, da beide Organisationen als ausländische terroristische Vereinigung eingestuft wurden. Am 6. Januar 2014 kam mit dem „Islamischen Staat Irak und Großsyrien“ eine weitere Gruppierung hinzu.

Die von Seiten der Sicherheitsbehörden seit längerer Zeit konstatierte Bedeutung der jihadistischen Propaganda mit Bezug zu Deutschland für die hiesige Gefährdungslage erfährt damit eine weitere Bestätigung. Gerade selbstradikalisierte Einzelpersonen, autonom handelnde Gruppen sowie Rückkehrer aus Jihad-Schauplätzen und jihadistischen Ausbildungslagern erhalten durch solche Veröffentlichungen Motivation und Anstoß zur Anschlagsausübung.

Von diesem genannten Personenkreis geht derzeit die größte Gefahr für die innere Sicherheit im Bereich des islamistischen Terrorismus aus.

Neben dieser Bedrohungslage durch Einzeltäter und autonom agierenden Gruppen muss auch mit Anschlägen von international agierenden Terrorgruppen des „al-Qaida“-Netzwerkes gerechnet werden, die insgesamt zu einer fortdauernd hohen abstrakten Gefährdungslage in Deutschland führen.

Eine besondere Bedeutung gewinnt dabei der neue Jihad-Schauplatz Syrien. Unter den sogenannten „ausländischen Kämpfern“ befindet sich eine größere Anzahl von Personen aus Deutschland, die insbesondere bei ihrer Rückkehr aus Syrien aufgrund ihrer dort gesammelten Erfahrungen eine besondere Herausforderung für die Sicherheitsbehörden darstellt. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass in Einzelfällen die Möglichkeit besteht, dass die Kämpfer mit dem Auftrag zurückgekehrt sein könnten, jihadistisch motivierte Straftaten zu begehen oder zu unterstützen. Hervorzuheben ist hierbei die Medienarbeit insbesondere über das Internet, die von den Protagonisten der deutschen Jihad-Kämpfer in Syrien betrieben wird. Besondere Bedeutung hat dabei der ehemalige sog. „Gangster-Rapper“ Denis Cuspert, der regelmäßig aus Syrien Meldungen und Berichte vom Kampfgeschehen verbreitet und damit für die Teilnahme am oder die Unterstützung für den dortigen Jihad wirbt. Cuspert hat mutmaßlich auch Kontakte zu Personen aus Schleswig-Holstein. So wurde am 30. Juli in einem einschlägigen arabischsprachigen jihadistischen Internetforum ein neues Video von Cuspert mit dem Titel „al-Janna, al-Janna“ (arab. „das Paradies, das Paradies“) eingestellt. Dort verherrlicht er Selbstmordattentate und brachte seinen Wunsch zum Ausdruck, selbst als Attentäter sterben zu wollen. Bei der Auswertung dieser Videobotschaft zeigten sich Parallelen zu Videos, die ein ehemals in Schleswig-Holstein wohnhaftes mutmaßliches Mitglied des verbotenen salafistischen Vereins „Millatu Ibrahim“ in den Jahren 2008-2011 veröffentlicht hatte. Diese Person ist

im Jahr 2012 aus Deutschland ausgereist und gilt als Spezialist für Designkonzepte, Medienstrategien, Übersetzungen sowie die Programmierung und Gestaltung von Internetseiten. In dieser Funktion hatte er in der Vergangenheit mehrere Videos international bekannter Islamisten bearbeitet und veröffentlicht. Ob es tatsächlich zu einer Zusammenarbeit zwischen Cuspert und dieser Person gekommen ist, konnte bisher nicht abschließend geklärt werden.

5.5.1 Ausreisefälle

Seit dem Jahr 2009 ist ein verstärkter Trend zu Ausreisen festzustellen. Personen, die dem islamistisch-terroristischen Spektrum zuzurechnen sind, planen Reisen in Länder des Nahen und Mittleren Ostens sowie das nördliche Afrika durchzuführen. Eine sicherheitsrechtliche Relevanz kommt dabei insbesondere der Ausbildung in einem terroristischen Ausbildungslager sowie der Teilnahme am internationalen Jihad zu.

Ausbildungslager islamistisch-terroristischer Organisationen befinden sich insbesondere im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, Jemen, Somalia, Libyen und Mali. Die Ausreise in ein Ausbildungslager erfolgt in der Regel nicht direkt. Als erster Schritt ist teilweise der Besuch einer Sprach- oder Koranschule zu sehen. In den Schulen erfolgt in diesen Fällen oftmals der letzte Schritt der Radikalisierung sowie der Anwerbeversuch für die Ausbildung in den Terrorcamps.

Das erfolgreiche Durchlaufen eines terroristischen Ausbildungslagers wirkt auf die radikalisierten Personen identitätsstiftend und steigert sowohl unter den Jihadisten im Terrorcamp sowie in der Szene in Deutschland deren Ansehen und Reputation. Grund dafür sind besondere Fähigkeiten und Erfahrungen, die während eines solchen Terrorcampaufenthaltes erworben werden. Damit tragen Absolventen terroristischer Ausbildungslager ein hohes Gefahrenpotential in sich.

Nach der Ausbildung in einem Terrorcamp verfügen die Absolventen über eine große jihadistische Verwendungsbreite: Einerseits besteht für sie die Möglichkeit der Rückkehr in ihre Heimatländer, um Gelder und neue Rekruten für den internationalen Jihad einzuwerben oder selbst Anschläge zu verüben. Andererseits können sie sich

auch dem internationalen Jihad in Krisengebieten anschließen. Dem Kampf gegen die ISAF-Schutztruppe in Afghanistan kam dabei in den letzten Jahren eine besondere Bedeutung zu. Es ist aber zu beobachten, dass sich Syrien zu dem neuen Jihad-Schauplatz entwickelt.

Den Sicherheitsbehörden liegen derzeit Erkenntnisse zu mehr als 270 Islamisten mit Deutschlandbezug vor, die in Richtung Syrien ausgereist sind, um dort beispielsweise an Kampfhandlungen teilzunehmen oder den Widerstand gegen das „Assad-Regime“ in sonstiger Weise zu unterstützen. Diese Verdachtslage lässt sich nicht in allen Fällen zur Gewissheit verdichten. Aufgrund der dynamischen Lageentwicklung vor Ort unterliegt diese Zahl tagesaktuellen Veränderungen mit eher steigender Tendenz.

Von diesen mehr als 270 Personen sind bereits einige Personen wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Bei den meisten Rückkehren lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob sie sich aktiv an Kampfhandlungen vor Ort beteiligt haben. Konkrete Erkenntnisse hierzu liegen lediglich zu etwa einem Dutzend Personen vor. Weitere 15 Personen sollen in Syrien verstorben sein.

Ausreisen von Islamisten mit dem Ziel Syrien stellen nicht nur in Deutschland ein Problem dar. Auch Sicherheitsbehörden in Großbritannien, Frankreich, Dänemark und den Niederlanden haben Ausreisezahlen in vergleichbarer Größenordnung festgestellt. Das besondere Mobilisierungspotenzial für die Region Syrien ist vergleichbar mit denen der Konflikte im Irak (2000er Jahre), Bosnien (1990er Jahre) und in Afghanistan (1980er Jahre). Seit Beginn des Konflikts in Syrien im Frühjahr 2011 wird geschätzt, dass bis zu 11.000 ausländische Kämpfer nach Syrien gegangen sind, um sich bei verschiedenen Oppositionskräften zu engagieren. Der Schwerpunkt der Herkunftsländer liegt dabei im arabischen Raum. Ungefähr 20% der Kämpfer stammen aus Europa.

Im Berichtsjahr ist ein besonders hoher Anstieg der Ausreisezahlen von Europa nach Syrien festzustellen. Für Deutschland ist vom Frühjahr bis Winter ein Anstieg von 50 auf 270 Ausreisefälle zu verzeichnen, was eine Verhundertfachung der Fallzahlen bedeutet.

Die Motivation am religiös motivierten bewaffneten Kampf in Syrien teilzunehmen ist unterschiedlich. Die am häufigsten genannten Gründe hierfür sind insbesondere die propagandistisch genutzten verstörenden Bilder des Konflikts, die Berichte über vermeintliche Grausamkeiten, die von Regierungskräften begangen worden sein sollen und der wahrgenommene Mangel an Unterstützung aus westlichen und arabischen Ländern. Auch das Eingreifen der libanesischen „Hizb Allah“ sowie irakischer und iranischer schiitischer Milizen auf Seiten Assads verstärken die Mobilisierungsmechanismen. Der Konflikt bekommt so einen konfessionellen Aspekt zwischen Sunniten und Schiiten und wird dadurch zusätzlich verstärkt.

Die Regimegegner in Syrien können in drei Gruppen unterteilt werden:

- Säkulare Kräfte unter Führung der „Freien Syrischen Armee“
- Jihadistische Organisationen wie die „Jabhat An-Nusra“ sowie der „Islamische Staat Irak und Großsyrien“ sowie etliche kleinere Gruppierungen und
- die syrische Teilorganisation der kurdischen „Arbeiterpartei Kurdistans“.

Der besondere Fokus der deutschen Sicherheitsbehörden liegt dabei auf den Personen, die aus Deutschland ausreisen und sich in Syrien einer jihadistischen Organisation anschließen wollen. Bereits jetzt ist festzustellen, dass Syrien weiterhin das zentrale Ausreiseziel für Jihadisten aus Deutschland sein wird.

Deshalb ist es das primäre Ziel der Sicherheitsbehörden möglichst frühzeitig Ausreisepläne festzustellen und zu versuchen, diese zu verhindern. Bei entsprechenden Hinweisen auf eine bevorstehende Ausreise wird in enger Abstimmung mit den Polizeibehörden sowie den kommunalen Ordnungsbehörden versucht, den Reisepass dieser Person zu entziehen. Um bereits im Vorfeld Islamisten von ihren Reiseplänen abzuhalten, werden darüber hinaus so genannte präventive Gefährderansprachen durchgeführt.

Auch der hiesigen Verfassungsschutzbehörde ist es im Berichtsjahr gelungen, Ausreiseversuche auf diese Weise erfolgreich zu verhindern. In Schleswig-Holstein sind dabei insbesondere in den kreisfreien Städten sowie dem Hamburger Randbereich vermehrt Ausreisebestrebungen von Personen der islamistischen Szene bekannt

geworden. Die Ausstrahlungswirkung der Mobilisierungsmechanismen reicht aber inzwischen auch in die anderen Landesteile hinein.

Mit besonderer Aufmerksamkeit werden die Rückkehrer aus Syrien beobachtet. Die Motivationslage der Rückkehrer ist dabei unterschiedlich:

Es gibt Personen denen es nicht gelungen ist, bis nach Syrien zu gelangen, um sich einer jihadistischen Organisation anzuschließen. Diese könnten erneut planen, nach Syrien auszureisen. Des Weiteren kehren Personen zurück, die nicht mit dem Ziel einer Teilnahme an Kampfhandlungen ausgereist sind, sondern logistische Hilfe leisten wollten, z.B. durch die Überführung von Krankenwagen, Medikamenten oder Geldsammlungen.

Von besonderer Bedeutung sind hingegen die Personen, die mit Kampferfahrung nach Deutschland zurückkehren. Hier besteht ein besonderes sicherheitsbehördliches Interesse, die Motivation der Rückkehr aufzuklären. Es könnte sich um eine Verwundung aus Kämpfen oder Druck aus dem familiären Umfeld handeln. Andererseits kommt ein Teil der Islamisten möglicherweise desillusioniert nach Deutschland zurück, weil ihre Erwartung, in Syrien an Kampfhandlungen teilnehmen zu können, enttäuscht worden ist. Einige fanden vermutlich aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse keinen Anschluss an kämpfende Gruppierungen. Teilweise sollten die Personen angeblich für die logistische Versorgung mit Waffen und Munition selbst sorgen und diese bezahlen. Darüber hinaus befürchteten auch manche Islamisten, nur als „Kanonenfutter“ an der Front eingesetzt zu werden.

Im schlimmsten Fall könnte der Rückkehrer mit einem konkreten Auftrag einer Terrororganisation nach Deutschland zurückgeschickt worden sein. Dieser kann lauten, Gelder oder neue Rekruten für den jihadistischen Widerstand in Syrien zu gewinnen; er kann aber auch beinhalten, Anschläge in Deutschland durchzuführen. Problematisch ist in diesen Fällen vielfach, dass die Erkenntnislage zu diesen Personen meist sehr gering ist. Insbesondere zu dem Aufenthalt und den Aktivitäten in Syrien liegen in der Regel nur sehr wenige und ungesicherte Erkenntnisse vor.

Um die Rückkehrer entsprechend zu beobachten kooperieren alle Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Landesebene eng miteinander. Sollten bei Ausländern die rechtlichen Möglichkeiten dazu vorliegen, wird bereits im Vorfeld einer Rückreise nach Deutschland versucht, deren Wiedereinreise zu verhindern. Dieses wäre z.B. dann möglich, wenn die Person bisher in Deutschland nur über einen Aufenthaltstitel

verfügte und dieser beispielsweise durch entsprechende Erkenntnisse aufgehoben werden könnte.

Solange der Bürgerkrieg in Syrien weiter andauert, ist von deutlich mehr Ausreiseversuchen auszugehen als mit tatsächlichen Rückkehrern zu rechnen ist. Auch nach einem möglichen Sturz des „Assad-Regimes“ ist mit weiteren Kämpfen in Syrien um die Vorherrschaft zwischen den verschiedenen Widerstandsgruppen zu rechnen.

Erst nach Ende der bewaffneten Konflikte ist eine erhöhte Anzahl von Rückkehrern auch nach Deutschland zu erwarten.

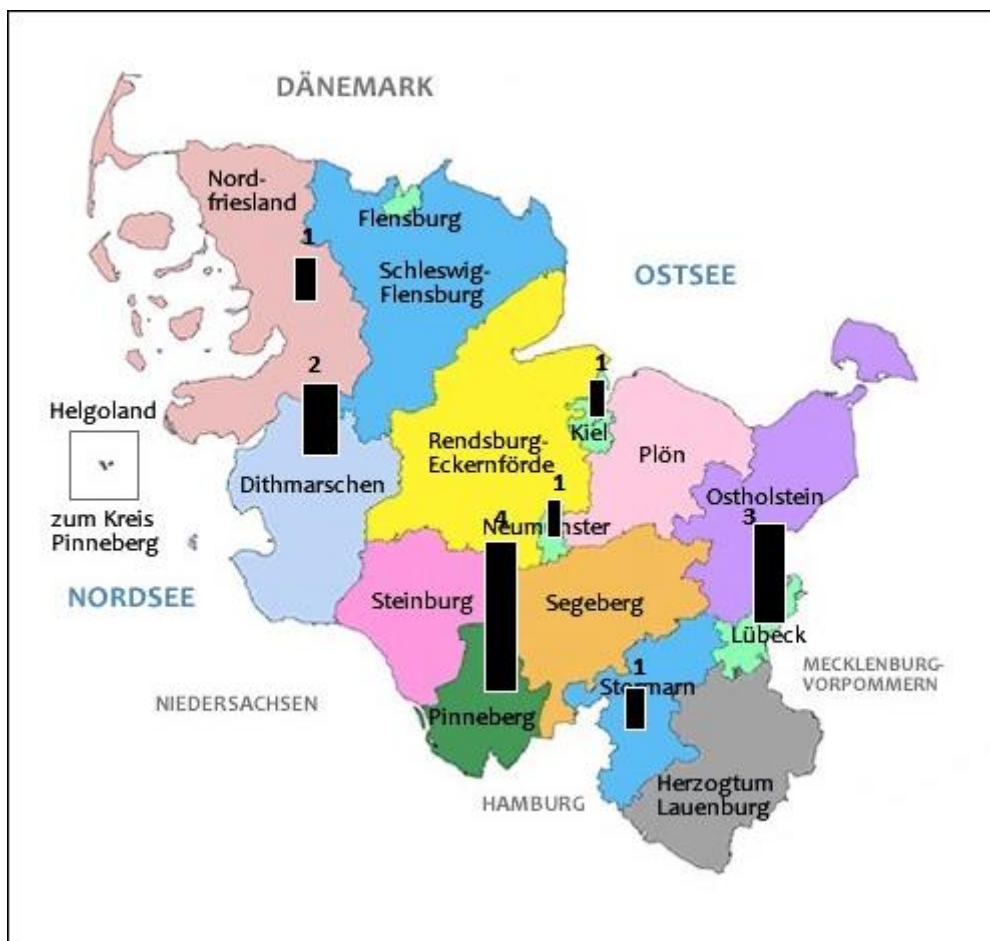
Bei der Rückkehrerproblematik ist zu beachten, dass nicht jeder, der sich einer syrischen Widerstandsgruppe angeschlossen hatte, für eine jihadistische Organisation gekämpft hat. Kämpfer von einer jihadistischen Organisation sind jedoch von besonderer Bedeutung. Von ihnen geht die größte Bedrohung der inneren Sicherheit aus.

5.5.2 Entwicklungen in Schleswig-Holstein

Die Sicherheitslage im Lande hinsichtlich der islamistisch-terroristischen Bedrohungslage korrespondiert grundsätzlich mit der Lageentwicklung auf Bundesebene. Hervorzuheben ist dabei, dass den Sicherheitsbehörden weiterhin keine Hinweise auf tatsächliche Strukturen mit einem islamistisch-terroristischen Hintergrund in Schleswig-Holstein vorliegen. Dennoch bestehen bei einer Reihe von Einzelpersonen im Land Anhaltspunkte für Verbindungen und Kontakte zu islamistisch-terroristischen sowie jihadistischen Strukturen.

Von besonderer Bedeutung sind hierbei die sogenannten Ausreisefälle mit jihadistischem Hintergrund nach Syrien. Im Berichtsjahr sind demnach wahrscheinlich 13 Personen aus Schleswig-Holstein mit einer mutmaßlichen jihadistischen Absicht in Richtung Syrien ausgereist. Einige von diesen sind von dort zurückgekehrt, wobei keine gesicherten Erkenntnisse vorliegen, ob diese Personen tatsächlich an Kampfhandlungen in Syrien beteiligt waren. Bei zwei Personen gehen die Sicherheitsbehörden davon aus, dass sie im Zusammenhang mit dem dortigen Kampfgeschehen ums Leben kamen.

Regionale Verteilung der Ausreisefälle in Schleswig-Holstein in Richtung Syrien



Ferner leben in Schleswig-Holstein Einzelpersonen mit irakisch-kurdischem Hintergrund, von denen bekannt ist, dass sie islamistisch-terroristische Aktivitäten im Irak befürworten oder dass sie sogar konkret der Anhängerschaft der „Ansar al-Islam“ bzw. der „Rauti Schach/Komal Kari“ zugerechnet werden. Hinweise für feste organisatorische Strukturen liegen allerdings nicht vor.

In Schleswig-Holstein ist eine nordkaukasische Szene bekannt, die mutmaßlich mit dem nordkaukasischen Widerstand sympathisiert. Erkenntnisse für eine virulente, jihadistische Szene in Schleswig-Holstein liegen hingegen nicht vor. Unterstützungshandlungen zugunsten des nordkaukasischen Widerstands sind in den vergangenen Jahren auch nicht bekannt geworden.

Vereinzelt liegen Informationen vor, dass Personen aus der hiesigen nordkaukasischen Diaspora in Aktivitäten der Organisierten Kriminalität eingebunden sind. Auch

scheint der Bürgerkriegsschauplatz Syrien für islamistisch geprägte Einzelpersonen aus der hiesigen nordkaukasischen Diaspora attraktiv zu sein. So liegen vereinzelt Informationen über mutmaßliche Teilnahmen am bewaffneten Jihad vor.

In Bezug auf tschetschenische Asylbewerber konnte im Berichtsjahr in Schleswig-Holstein ein deutlicher Anstieg festgestellt werden. Grundsätzlich muss davon ausgegangen werden, dass sich unter migrierenden tschetschenischen Volksangehörigen auch Personen befinden können, die mit dem nordkaukasischen Widerstand sympathisieren. Gleichwohl konnte eine Verschärfung der Sicherheitslage in Schleswig-Holstein durch die steigende Anzahl tschetschenischer Asylbewerber derzeit nicht festgestellt werden.

6 Organisationen und Gruppierungen

6.1 „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“

Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) gilt mit mehr als 30.000 Mitgliedern als größte legalistische Organisation in Deutschland. Es wird aber aufgrund ihrer zahlreichen Angebote und Aktivitäten sowie der ihr zuzurechnenden Publikationen wie die Zeitschrift „Milli Gazete“ und „IGMG Perspektif“ von einer Anhängerschaft von mehr als 100.000 Personen ausgegangen. Eine umfangreiche Internetpräsenz unter www.igmg.org trägt ebenfalls zu einer Verbreitung der Ansichten und Grundsätze der IGMG in Deutschland bei.

Ideologisch basiert die IGMG auf der türkischen „Milli Görüs“-Bewegung. Der im Februar 2011 verstorbene ehemalige türkische Ministerpräsident Necmettin Erbakan gründete die Bewegung und prägte die Schlüsselbegriffe „Milli Görüs“ (Nationale Sicht) und „Adil Düzen“ (Gerechte Ordnung). Nach seinem Verständnis kann eine „gerechte Ordnung“ nur mit islamischen Grundsätzen erreicht werden. Im Mittelpunkt dieser Ideologie steht die Schaffung einer „neuen großen Türkei“, die Überwindung des Laizismus und eine „weltweite islamische Gesellschaftsordnung“. Diese Ziele werden in der Türkei von der „Saadet Partisi“ (SP – Partei der Glückseligkeit) verfolgt. Anhänger der „Milli Görüs“-Theorie gibt es nicht nur in der Türkei oder Europa, sondern weltweit.

Auch nach dem Tod Erbakans sind in der Bewegung seine Ziele weiterhin maßgebend und er wird immer noch als Vorbild verehrt. Zu seinem Todestag werden Gedenkveranstaltungen durchgeführt und zahlreiche Artikel in der „Milli Gazete“ würdigen sein Leben und Tun. Selbst in der Kinderbeilage „Milli Çocuk“ wird an ihn erinnert. Aber nicht alle Anhänger stehen kritiklos hinter Erbakans Erbe. So gab es in einigen Vereinen der IGMG keine offiziellen Gedenkveranstaltungen. Es wird vielmehr die Forderung der Loslösung von der Türkei gestellt. Erbakans Nachfolger Kemal Ergün hat es bisher aber verstanden, die Anhängerschaft auf einem gemeinsamen Kurs zu halten.

Die IGMG in Deutschland hat ihren Hauptsitz in Kerpen und bietet mit zahlreichen Abteilungen ein gut strukturiertes Netzwerk für ihre Mitglieder. Schwerpunkte liegen

im Bereich der Kinder-, Jugend- und Studentenarbeit. Die frühe Bindung an die Organisation ist eines der Hauptanliegen der IGMG. Insofern sind Kinderbetreuung, Koranunterricht, aber auch Nachhilfe und Freizeitaktivitäten ein wichtiges Angebot. Studentenförderung sichert den eigenen akademischen Nachwuchs. Auf dem „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität“ am 19. Mai in Hasselt (Belgien) wurde auch deutlich, dass sich durch die Angebote der IGMG ihre Anhänger in großer Zahl mobilisieren lassen. Mehr als 20.000 Personen besuchten die Veranstaltung. Der Generalsekretär Oguz Ücücü hob u.a. die Leistungen der Frauenabteilung hervor, die „im vergangenen Jahr 1.000 Veranstaltungen organisiert hat“. Außerdem gab er an, dass „mehr als 100.000 Schüler Gebrauch von unseren Bildungsangeboten“ machten.

In Schleswig-Holstein werden Vereine in Kiel, Neumünster, Rendsburg, Lübeck und Glinde der IGMG zugeordnet. Sie gehören dem Dachverband „Bündnis der Islamischen Gemeinden Norddeutschlands e.V.“ (BIG) an. So wie in allen Vereinen der IGMG kann auch hier von einer mehr oder weniger intensiven Jugend- und Bildungsarbeit im Sinne der „Milli Görüs“- Bewegung ausgegangen werden, die vom Verfassungsschutz unter dem Aspekt einer möglichen Indoktrinierung mit Sorge beobachtet wird.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass es Tendenzen gibt, die von dem Willen einer zunehmenden Eigenständigkeit der IGMG in Deutschland zeugen. Die Veranstaltung am 19. Mai in Hasselt zeigte aber die Gradwanderung der Organisation. Zum einen hob Kemal Ergün in seiner Rede die Verdienste von Necmettin Erbakan hervor, auf der anderen Seite betonte er, dass „die IGMG nicht zur Abkapselung, sondern zur gesellschaftlichen Partizipation anrege“. Eine grundsätzliche Abkehr von dem ideologischen Erbe Erbakans lässt sich derzeit nicht erkennen und die weitere Entwicklung der Organisation bleibt abzuwarten.

6.2 „Tablighi Jama’at“

Mit ihrem Ursprung in Indien hat sich die „Tablighi Jama’at“ (TJ) seit ihrer Gründung 1926 zu einer weltweiten Missionsbewegung mit mehreren Millionen Anhängern entwickelt. Zentren in Neu-Delhi (Indien), Bangladesch und Pakistan leiten hauptsäch-

lich die Geschicke der Organisation. Für Europa geschieht dies aus Dewsbury (Großbritannien).

Wesentliches Merkmal der TJ sind die von Anhängern selbst zu finanzierenden Missionierungsreisen im In- und Ausland über Zeiträume von drei Tagen bis zu vier Monaten. Daneben wird eine korrekte Lebensweise nach Koran und Sunna gefordert. So sollen nicht nur der Glaube verbreitet, sondern auch die eigene religiöse Persönlichkeit weiterentwickelt werden. Erläuterungen zum strengen Islamverständnis der TJ finden sich auch im Internet, z.B. auf YouTube, Facebook sowie auf der eigenen englischsprachigen Internetseite www.tablighijamaat.org. Für die Kommunikation untereinander dienen aber in erster Linie regelmäßige Zusammenkünfte der TJ-Anhänger, nicht nur welt- oder europaweit, sondern auch innerhalb Deutschlands. So fand z.B. im April in München und im November in Hamburg ein Treffen statt.

Die TJ versteht sich nicht als politische Organisation. Sie gibt aber dem Koran und dessen strenger, wortgetreuer Auslegung Vorrang vor allen anderen Gesetzen und verfolgt damit das Ziel einer islamischen Gesellschaft bis hin zu einer islamischen Staatsform. Dadurch lässt sich ihre Ideologie nicht mit demokratischen Grundsätzen vereinbaren.

In Schleswig-Holstein sind keine TJ-Strukturen bekannt. Es gibt aber Erkenntnisse zu einzelnen Personen, die der TJ zuzurechnen sind. Moscheen im Lübecker Raum waren und sind immer wieder Anlaufstation für TJ-Anhänger.

6.3 „Die Muslimbruderschaft“ und die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“

Die ägyptische Muslimbruderschaft (MB) gehört zu den ältesten und einflussreichsten islamistischen Organisationen weltweit. Sie verfügt sowohl in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens als auch in europäischen Staaten und Deutschland über Ableger oder ihr ideologisch nahe stehende Schwesterorganisationen. Zu den relevanten Zielen der Muslimbruderschaft zählt eine Islamisierung der Gesellschaft und letztlich die Errichtung eines islamischen Staates auf der Grundlage der Scharia, des islamischen Rechts, wie es von der Gruppierung interpretiert wird. Die Folge wäre

eine Abschaffung hier garantierter demokratischer und menschenrechtlicher Prinzipien.

Ursprung, Struktur und Ziele der Organisation

Die Muslimbruderschaft entstand 1928 in Ägypten auf Initiative des Lehrers Hassan al-Banna. Neben den Lehren al-Bannas sind es vor allem die Schriften Sayyid Qutbs, welche die Ideologie der Organisation bis heute stark prägen. Die zunächst nur lose strukturierte Organisation breitete sich schließlich über ganz Ägypten und, eigenen Angaben zufolge, in über 70 weitere Länder aus. Darüber hinaus wurde die Muslimbruderschaft in Ägypten auch zu einer politischen Kraft, wenngleich der Gruppierung eine offizielle Beteiligung am politischen Prozess lange Zeit untersagt war.

Im Laufe der Zeit hat es immer wieder Phasen der ideologischen Radikalisierung der Muslimbruderschaft gegeben. Schriften bedeutender Anhänger der MB gelten beispielsweise als Grundlage für die moderne islamistische Auslegung des Jihads, die fast ausschließlich mit dem bewaffneten Kampf verbunden wird. Dies hatte zur Folge, dass es vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch zu gewalttätigen Aktionen von Anhängern der Bewegung kam. Einige Ableger der Organisation, wie etwa die HAMAS in den palästinensischen Gebieten, verfolgen ihre Ziele vor Ort auch bis heute mit gewaltsamen Mitteln. Andere der Muslimbruderschaft nahe stehende Organisationen, wie etwa die tunesische „an-Nahda“, verfolgen ihre, in Grundzügen islamistischen, Ziele jedoch gewaltfrei. Die Partei ist als Akteur nicht nur in den politischen Prozess integriert sondern beteiligt sich nach den letzten Wahlen auch an der Regierung.

Ziel der Muslimbruderschaft ist eine Umwandlung der Gesellschaft nach islamischen Grundsätzen. Am Ende steht die Idee eines islamischen Staates mit vollständig an der Religion ausgerichteten Zielen und Werten. Die Scharia nach Auslegung der Muslimbruderschaft würde das Rechtssystem in einem solchen Staat sein. Dies bedeutet jedoch die Abschaffung elementarer, verfassungsmäßig garantierter Grundsätze und Rechte. Daneben werden immer wieder starke Abgrenzungstendenzen gegenüber „dem Westen“ im Allgemeinen und Israel und den USA im Besonderen deutlich.

Aktuelle Lage

In den Jahren 2011 und 2012 konnte die MB in Ägypten zunächst ihre größten politischen Erfolge erzielen. Bei den dortigen Parlamentswahlen im Dezember 2011 wurde die Partei stärkste Kraft. Die Stichwahlen für das Präsidentenamt im Juni 2012 konnte der Muslimbruder Muhammad Mursi schließlich für sich entscheiden. In der Folge setzte die Partei eine Politik durch, welche zunehmend islamistisch geprägt war. Verbunden mit anderen Faktoren, wie etwa schweren wirtschaftlichen Problemen, sorgte dies für zunehmende Kritik an seiner Präsidentschaft. Im Juli setzte das ägyptische Militär Mursi ab. Er wurde festgesetzt, schließlich verhaftet und unter dem Vorwurf angeklagt, er sei für den Tod von mehreren Demonstranten verantwortlich gewesen. Seitdem kam es wiederholt zu Massenprotesten von Anhängern Mursis, die zum Teil auch gewaltsam endeten. Die Gruppierung wurde in Teilen wieder verboten und Ende Dezember in Ägypten sogar als Terrororganisation eingestuft. Es ist bisher nicht abzusehen, ob sich die MB nach einer möglichen Machtübergabe des Militärs überhaupt an einer zivilen Regierung beteiligen können wird.

Situation in Deutschland und Schleswig-Holstein

Die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD) gilt als die Organisation in der Bundesrepublik, die der MB ideologisch nahe steht. Sie ist Gründungsmitglied der „Föderation der Islamischen Organisationen in Europa“ (FIOE), bei der es sich um einen Dachverband MB-naher Gruppierungen handelt. Die IGD verfügt über ein deutschlandweites Netzwerk an Kooperationspartnern und ihr nahe stehenden, formell jedoch zum Teil eigenständigen „Islamischen Zentren“. Neben dem Hauptsitz in Köln sind dies beispielsweise die Zentren in Frankfurt, München, Münster und Stuttgart.

Auch im Bereich der Jugendarbeit ist die IGD aktiv. So verfügt sie über enge Verbindungen zur „Muslimischen Jugend in Deutschland e.V.“ (MJD). Die MJD ist zwar bemüht, sich als unabhängige Organisation darzustellen, sie unterhält aber auch auf europäischer Ebene Kontakt zu Einrichtungen, in denen eine Vielzahl MB-naher Verbände vertreten sind.

Von den etwa 1.300 Anhängern der MB und ihr nahestehender Gruppierungen in Deutschland entfallen auf Schleswig-Holstein lediglich Einzelmitglieder. Auch organisatorische Strukturen sind hier im Land nicht erkennbar.

6.4 „Hizb Allah“

Bei der „Hizb Allah“ (Partei Gottes) handelt es sich um eine libanesische schiitisch-islamistische Organisation. Sie verfolgt langfristig das Ziel, unter anderem durch Terroranschläge den Staat Israel zu zerstören und die „Herrschaft des Islam“ nach Jerusalem zu bringen. Deutschland wird von den hiesigen Anhängern bisher vorrangig als Ruhe- und Rückzugsraum angesehen, es finden jedoch auch Spendensammlungen für die Organisation statt. Damit richtet sich die „Hizb Allah“ gegen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland und gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Entstehung und Struktur

Die Bezeichnung „Hizb Allah“ (auch Hizbollah/Hisbollah) bedeutet aus dem Arabischen übersetzt „Partei Gottes“ und bezieht sich auf einen Koranvers (Sure 5:56), in dem der Name verwendet wird. Entstanden ist die Organisation 1982 im Libanon als Zusammenschluss verschiedener schiitischer Gruppierungen. Eine wichtige Rolle bei der Gründung spielte außerdem der Iran, der die Hizb Allah insbesondere in der Anfangsphase logistisch, ideologisch und finanziell massiv unterstützte. Diese Unterstützung durch den Iran dauert bis heute an, auch wenn die Intensität über die Jahre hinweg schwankte.

Eines der wichtigsten Ziele der Organisation ist der, u.a. auch mit terroristischen Mitteln geführte, Kampf gegen den Staat Israel als „unrechtmäßigem Besatzer palästinensischen Bodens“. Die „Hizb Allah“ sieht hierin ein „legitimes Recht auf Widerstand“. Vor allem in der Anfangszeit der Gruppierung wurde außerdem das Ziel formuliert, einen islamischen Staat nach iranischem Vorbild zu schaffen, was sich beispielsweise auch in den ersten Parteiprogrammen widerspiegelte. Hiervon rückte die Organisation im Laufe der Zeit jedoch immer mehr ab hin zu anderen Forderungen, welche in erster Linie schiitische Belange in der libanesischen (Innen-) Politik betreffen.

Organisatorisch unterhält die „Hizb Allah“ verschiedene Arme, darunter einen politischen als Partei, mit dem sie seit 1992 im libanesischen Parlament vertreten ist und seitdem auch verschiedene Ministerposten innehatte. Weiterhin existiert ein soziales Netzwerk der „Hizb Allah“ mit dem Krankenhäuser, Schulen und andere Einrichtungen finanziert und gefördert werden. Über einen organisationseigenen TV-Sender mit Namen „al-Manar“ (arab. „der Leuchtturm“) wird massiv antijüdische und antiisraelische Propaganda verbreitet. Der Sender ist seit 2008 in Deutschland durch das Bundesministerium des Innern wegen Verstoßes gegen den Gedanken der Völkerverständigung mit einem Betätigungsverbot belegt. Von besonderer Relevanz ist schließlich der militärische Arm der „Hizb Allah“, der unter anderem schwer bewaffnete paramilitärische nebenstaatliche Strukturen unterhält. Dieser militärische Arm wurde im Frühjahr auf die sogenannte EU-Terrorliste gesetzt.

Aktuelle Situation

Grund für die Aufnahme auf die EU-Terrorliste waren unter anderem Hinweise darauf, dass die „Hizb Allah“ gewaltsam gegen israelische Einrichtungen auch außerhalb des Nahen Ostens vorgehen könnte. Hervorzuheben ist hier vor allem ein Anschlag auf einen mit israelischen Touristen besetzten Reisebus in Burgas (Bulgarien) im Jahr 2012, bei dem insgesamt sechs Menschen sowie der Attentäter ums Leben kamen. Die Urheberschaft wird bei der „Hizb Allah“ vermutet, ist allerdings bisher nicht belegt worden.

Weiterhin spielte die „Hizb Allah“ als politischer und auch als militärischer Akteur in dem seit 2011 in Syrien herrschenden Bürgerkrieg eine Rolle. Seit 2012 soll die Gruppierung das „Assad-Regime“ offen sowohl mit Beratern als auch mit militärischen Kämpfern im Land unterstützen. Dieses Engagement scheint auch Auswirkungen auf den Libanon selbst zu haben, in dem es im Berichtsjahr verstärkt zu Konflikten und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten bzw. zu Anschlägen gegen „Hizb Allah“-nahe Ziele gekommen ist.

Situation in Deutschland und Schleswig-Holstein

Obwohl bereits seit einigen Jahren von der libanesischen „Hizb Allah“-Führung versucht wird, auch in Deutschland ein organisatorisches Netzwerk aufzubauen, sind bisher noch keine einheitlichen Strukturen der Gruppierung in der Bundesrepublik

festgestellt worden. Die etwa 950 hier lebenden Anhänger der Organisation besuchen verschiedene Vereine, in denen vorrangig Diskussionsveranstaltungen oder religiöse Feiern abgehalten werden. In diesem Rahmen finden jedoch auch immer wieder Spendensammlungen für die Mutterorganisation im Libanon statt. In diesem Zusammenhang kann nicht ausgeschlossen werden, dass so auch propagandistische oder sogar terroristische Aktivitäten der Gruppierung (mit-)finanziert werden.

Auch im Berichtsjahr kam es wieder zu einer Demonstration zum „al-Quds“-Tag (Jerusalem-Tag) in Berlin, an der jedoch in diesem Jahr nur 800 Personen teilnahmen, im Vergleich zu 1.100 Teilnehmern im Vorjahr. Neben libanesischen und palästinensischen Flaggen wurden auch „Hizb Allah“-Fahnen festgestellt.

Neben den bereits angesprochenen Spendensammlungen im Rahmen von religiösen Feierlichkeiten finden darüber hinaus auch organisierte Spendensammlungen durch den Verein „Waisenkinderprojekt Libanon e.V.“ (WKP) statt. Die im Rahmen verschiedener Aktionen erzielten Spenden werden an die „al-Shahid Association“ (Märtyrer-Stiftung) mit Sitz im Libanon transferiert, die Teil des Sozialnetzwerkes der „Hizb Allah“ ist.

In Schleswig-Holstein sind Einzelpersonen als Anhänger der „Hizb Allah“ bekannt, die sich in unterschiedlicher Art und Weise für die Organisation engagieren. Feste Strukturen sind jedoch auch hier nicht erkennbar.

6.5 „Türkische Hizbullah“

Die „Türkische Hizbullah“ (TH) ist eine kurdische sunnitisch-islamistische Organisation und entstand 1979 durch den Zusammenschluss kleiner islamischer Gruppen in Batman/Türkei. Ihre Anhänger sind mehrheitlich sunnitische Kurden. Bekannt ist diese Organisation auch unter den Namen „Kurdische Hizbullah“. Die Organisation weist keine organisatorische Anbindung an die schiitische „Hizb Allah“ im Libanon auf (siehe IV 6.4). Anführer der Organisation ist Edip Gümüş, der in zahlreichen Publikationen für die TH spricht.

Ziele und Strukturen der Türkischen Hizbullah

Die „Türkische Hizbullah“ hat sich als Hauptziel die Errichtung eines weltumfassenden islamischen Staates auf der Grundlage der Scharia gesetzt. Doch vorerst beabsichtigt sie die Errichtung eines Gottesstaates auf türkischem Staatsgebiet und die Abschaffung der laizistischen Staatsordnung. Zur Umsetzung ihrer Vorstellungen rechtfertigt die TH die Anwendung von Gewalt.

Die „Türkische Hizbullah“ sieht sich als alleiniger Vertreter der Kurden im Südosten der Türkei. So legt sie in ihrem ideologischen Hauptwerk, „Die Hizbullah in eigenen Worten“ – „Kendi Dilinden Hizbullah“, die Grundprinzipien der TH fest und betrachtet sich als die einzige legitime Vertretung des kurdischen Volkes in Nordkurdistan. Weiterhin fühlt sich die TH verpflichtet, für die Befreiung von besetztem islamischen Boden zu kämpfen und will die „Heilige Stadt Jerusalem“ von den Ungläubigen befreien. Am Beispiel eines Artikels aus der der Organisation nahestehenden Publikation „Dogru Haber“ wird die Ideologie der TH deutlich:

„Der Satan und seine jüdischen Freunde versuchen gemeinsam, die Muslime zu undisziplinierten Handlungen zu verleiten. Sie sagen uns: Seid Frei, Eure Augen, Eure Ohren und Euer Mund sollen frei sein. Durch diese Worte wollen sie uns dazu verleiten, dass wir unsere islamische Disziplin ablegen. Sie wissen nämlich ganz genau, dass sie uns sonst nie besiegen werden können.“

Die TH rechtfertigte in der Vergangenheit zur Umsetzung ihrer Ziele die Anwendung von Gewalt. Von Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre lieferte sich die Organisation gewaltsame Auseinandersetzung mit der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK, siehe IV 7.1). In der Türkei wurde die TH im Jahr 2000 als terroristische Vereinigung verboten und durch Exekutivmaßnahmen deutlich geschwächt. Bei einer dieser Maßnahmen wurde ihr Anführer Hüseyin Velioğlu getötet und weitere Führungsfunktionäre verhaftet. Zahlreiche Aktivisten der TH setzten sich nach Westeuropa ab.

Die Organisation hat in den letzten Jahren grundlegend ihre Strategie und Struktur geändert. So begann sie in den kurdischen Gebieten der Türkei Vereine und Bildungseinrichtungen zu gründen, um neue Mitglieder zu gewinnen. Über das Internet sowie durch zahlreiche Publikationen wurde die Legalisierung dieser Organisation weiter vorangetrieben. Auch durch die Gründung der Partei „Hüda Par“ (Partei Gottes) im Jahr 2012 setzte die Partei ihre Legalisierung erfolgreich fort. In den türki-

schen Medien wird die „Hüda Par“ als die Partei der TH vorgestellt. In TH-nahen Publikationen bestätigte ein Mitglied der „Hüda Par“, dass Partei und Organisation über die gleiche Basis verfügten. Nach der Partei sollen alle Beziehungen zum „israelischen zionistischen Regime“ abgebrochen und die Anerkennung dieses Staates für nichtig erklärt werden. Alle Angriffe auf die Städte Mekka und Medina sollen als Angriffe auf den Islam gewertet und als solche gemeinsam verteidigt werden. Das Konkurrenzverhältnis zur PKK wurde im Berichtsjahr von der TH mehrmals in ihren Publikationen aufgegriffen. Die TH sieht sich weiterhin noch als alleiniger Vertreter der Kurden im Südosten der Türkei. Hierzu sagt der derzeitige Anführer der TH Edip Gümüs:

„Wenn sich Öcalan und die PKK für die Interessen der Kurden einsetzen möchten, dann muss diese über den Islam erfolgen [...] sie müssen ihre feindselige Haltung gegenüber dem Islam und den Muslimen ablegen.“

Auch in naher Zukunft gilt eine Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Organisationen als sehr wahrscheinlich.

„Türkische Hizbullah“ in Deutschland und Schleswig-Holstein

In Deutschland sammelt die Organisation Spenden, vertreibt Publikationen und lädt zu religiösen Veranstaltungen ein. Im Berichtsjahr wurden mehrere solche TH-Veranstaltungen in Europa und Deutschland veranstaltet. Daran haben auch Personen aus Schleswig-Holstein teilgenommen. Weiterhin nutzt die TH Deutschland als personellen und logistischen Rückzugsraum. Deutschlandweit sind etwa 350 Mitglieder dieser Organisation zuzurechnen. In Schleswig-Holstein sind Einzelmitglieder vertreten. Die „Türkische Hizbullah“ achtet in Deutschland darauf, dass sie nach außen nicht offensichtlich als Organisation in Erscheinung tritt.

7 Nicht islamistisch motivierter Extremismus mit Auslandsbezug

7.1 „Arbeiterpartei Kurdistans“

Die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) stellt in punkto Anhängerzahl, Organisationsgrad und Mobilisierungspotenzial in Deutschland immer noch die bedeutendste Kraft im Bereich des nicht religiös motivierten Extremismus mit Auslandsbezug dar. Seit dem 22. November 1993 sind die PKK sowie ihre Teil- und Nachfolgeorganisationen in Deutschland durch Verfügung des Bundesministeriums des Innern nach § 20 Vereinsgesetz verboten. Sie haben aber – konspirativ und in Form von Ersatz- und Tarnorganisationen mit im Wesentlichen unveränderter Personalausstattung, Struktur und Zielsetzung – ihre Tätigkeit fortgesetzt. Sie gelten als extremistisch, da sie auf einer marxistisch-leninistischen Ideologie fußen, als zentralistisch geführte Kaderorganisationen konspirativ agieren, sich eigene Staatsfunktionen (u.a. eine eigene Strafgewalt) anmaßen und – zumindest im Ausland – ihre politischen Ziele mit Gewalt in Form von Aufruhr, Besetzung öffentlicher Gebäude, Entführungen, Anschlägen, bewaffneten Angriffen etc. verfolgen. In den Grenzgebieten der Türkei zum Nordirak, zum Iran und zu Syrien unterhält die PKK eine mehrere tausend Personen starke Guerillatruppe, die so genannten „Volksverteidigungskräfte“ (HPG). Seit 1984 liefern sich die Guerillaeinheiten – unterbrochen durch „einseitige Waffenstillstände“ – schwere Kämpfe mit den türkischen Streitkräften. Mindestens 40.000 Menschen sind bisher diesem Konflikt zum Opfer gefallen. Die PKK steht aktuell auf der EU-Liste der terroristischen Organisationen.

Die PKK wurde 1978 unter der Führung von Abdullah Öcalan als Gegenbewegung zur vermeintlichen staatlichen Repression in der Türkei gegründet. Die Hauptorganisation änderte mehrfach ihren Namen und baute eine verschachtelte Struktur von Teil- und Nebenorganisationen auf. Das Bundesministerium des Innern stellte mit Schreiben vom 16. Juli 2009 klar, dass sich das vereinsrechtliche Verbot vom 22. November 1993 auf sämtliche weiteren Bezeichnungen der PKK erstreckt, namentlich auf KADEK, KONGRA-GEL, KKK und KCK.

Die PKK in Deutschland

In Deutschland verfügt die PKK über einen konspirativ und illegal operierenden, hierarchisch strukturierten Funktionärsapparat. Nach einem parteiinternen System ist

die gesamte Fläche der Bundesrepublik Deutschland aufgeteilt in vier so genannte „Sahas“ (Nord, Mitte, Süd 1 und Süd 2) und diese in insgesamt 29 „Gebiete“, denen jeweils ein Kader als Leiter und „Gebietsverantwortlicher“ zugeteilt wird. Um die Verfolgung durch Sicherheitsbehörden zu erschweren, wechseln diese Kader in der Regel jährlich das Zuständigkeitsgebiet.

Der größte Teil Schleswig-Holsteins bildet zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern das „Gebiet Kiel“, das wiederum in einzelne Teilgebiete aufgeteilt ist. Zu den typischen Aufgaben der Gebiets- und Teilgebietsverantwortlichen zählen z.B. der Verkauf von Publikationen und Eintrittskarten, die Spendensammlung und die Mobilisierung von Teilnehmern für Veranstaltungen.

Von den ca. 800.000 ethnischen Kurden in der Bundesrepublik Deutschland werden 13.000 Personen zum festen Anhängerstamm der PKK gezählt. Die Anhängerschaft der PKK ist in Deutschland nahezu flächendeckend in Vereinen organisiert, die häufig dem Dachverband YEK-KOM („Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“) angehören.

Die YEK-KOM tritt nach außen hin als selbständige Organisation auf, arbeitet aber im Sinne der PKK. Sie ist als Nachfolgeorganisation der 1993 vom Bundesinnenminister verbotenen PKK-Nebenorganisation „Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland“ (FEYKA-Kurdistan) anzusehen. Nachrichtendienstlichen Informationen zufolge werden z.B. die Vereinsräumlichkeiten der YEK-KOM-Vereine auch für Treffen der sogenannten Frontarbeiter und illegalen Kader der PKK genutzt.

In Schleswig-Holstein fungiert die „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e.V.“ (DKG) in Kiel als zentrale Anlaufstelle für die auf landesweit 650 Personen geschätzte Anhängerschaft der PKK. Die DKG ist Gründungsmitglied der YEK-KOM. Ihre Aktivitäten (z.B. Demonstrationen, Informationsveranstaltungen, Feiern zu Jahres- und Gedenktagen, Fahrten zu Großveranstaltungen im In- und Ausland) sind überwiegend Teil bundes- oder europaweiter Kampagnen der PKK. Über die Veranstaltungen der DKG wird regelmäßig in der PKK-nahen Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ („Neue freie Politik“) und in PKK-nahen Fernsehsendern berichtet.

Jährliches Veranstaltungsprogramm

Mit einem Kanon jährlich wiederkehrender Veranstaltungen bindet die PKK ihre Anhänger an sich und verbreitet Organisationspropaganda. Hierzu zählten folgende Aktivitäten im Berichtsjahr (in Klammern: ausrichtende bzw. anmeldende Organisation, gegebenenfalls Beteiligung aus Schleswig-Holstein):

16. Februar – Großdemonstration in Straßburg/Frankreich anlässlich des 14. Jahrestages der Festnahme Öcalans mit geschätzten bis zu 10.000 Teilnehmenden („Föderation der kurdischen Vereine in Frankreich“, Beteiligung aus Schleswig-Holstein)

21. März – Demonstration anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz auf dem Vinetaplatz in Kiel mit geschätzten 200 Teilnehmenden (DKG)

23. März – Bundesweite Zentralveranstaltung zum kurdischen Neujahrsfest Newroz in Bonn mit geschätzten bis zu 9.000 Teilnehmenden (YEK-KOM, Beteiligung aus Schleswig-Holstein)

22. Juni – „9. Zilan-Frauenfestival“ in Dortmund mit ca. 4.000 Teilnehmenden („Kurdisches Frauenbüro für den Frieden e.V. – CENI“)

17. August – Ersatzveranstaltung in der Nähe von Brüssel für das ursprünglich in Lüttich geplante „16. Mazlum Dogan Jugend-, Kultur- und Sportfestival“ mit geschätzten 1.500 Teilnehmenden (Organisationskomitee, offenbar keine Beteiligung aus Schleswig-Holstein)

21. September – „21. Internationales Kurdisches Kultur-Festival“ in Dortmund mit rund 24.500 Teilnehmenden (YEK-KOM, Beteiligung aus Schleswig-Holstein)

Mord an drei PKK-Funktionärinnen in Paris unterbricht nicht die Friedensgespräche

Seit dem 27. Juli 2011 hatten die türkischen Behörden keinen Kontakt mehr zwischen dem seit 1999 auf der Gefängnisinsel Imrali/Türkei inhaftierten PKK-Gründer Abdullah Öcalan und seinen Anwälten ermöglicht. Im Dezember 2012 nahmen Vertreter des türkischen Staates erneut Gespräche mit Öcalan auf. In diese politische Situation, die von vielen Beobachtern als hoffnungsvolles Signal für eine friedliche Lösung des Kurdenkonflikts aufgefasst wurde, trat am 9. Januar die Nachricht von der Ermordung dreier Parteifunktionärinnen in Paris: Sakine Cansiz, eine Mitbegründerin und hohe Funktionärin der PKK, sowie Leyla Saylemez und Fidan Dogan wurden in einer kurdischen Einrichtung erschossen aufgefunden. Die französische Poli-

zei benannte als Tatverdächtigen einen türkischen Staatsbürger, der sich bis 2011 in Deutschland aufgehalten hatte und seit zwei Jahren Mitglied der PKK gewesen sei. Über das Motiv der Morde gibt es bislang keine gesicherten Erkenntnisse. Die meisten Pressestimmen deuteten die Tat als Versuch, den Dialog über eine friedliche Lösung des Kurdenkonfliktes zu verhindern und die PKK-Anhänger in Europa zu verunsichern bzw. zu provozieren. Ein Interesse an einem Scheitern der Friedensgespräche wird mehreren Seiten nachgesagt: Türkischen Nationalisten, die eine Spaltung der Türkei fürchten ebenso wie konservativen Kräften innerhalb der PKK selbst. Von verschiedenen Seiten wurde auch die Beteiligung von Kräften innerhalb des türkischen Sicherheitsapparates für möglich gehalten.

Die PKK-Anhänger reagierten besonnen auf die Morde. In Kiel versammelten sich auf Anmeldung der DKG am 11. Januar ca. 100 Personen zu einer ruhigen Trauerkundgebung auf dem Asmus-Bremer-Platz. Auch aus anderen Städten der Bundesrepublik wurden ausnahmslos friedliche Demonstrationen gemeldet. An mehreren Trauerkundgebungen in Paris an den Tagen nach der Tat beteiligten sich Tausende von Kurden, vereinzelt auch Teilnehmer aus Schleswig-Holstein. Das prominenteste Opfer, Sakine Cansiz, war in den Jahren 2008/2009 Leiterin der PKK-Region „Norddeutschland“ und damit die parteiinterne Vorgesetzte des Kieler Gebietsleiters. In dieser Funktion hatte sie zumindest einmal persönlich die DKG besucht.

Ungeachtet der Ereignisse in Paris setzten Abdullah Öcalan und Abgesandte der türkischen Regierung die Friedensgespräche fort. Anfang März legte Öcalan seine Vorstellungen von einer Friedenslösung dar. Der ranghöchste Funktionär der PKK, Murat Karayilan, sagte am 19. März in einem Interview gegenüber der Nachrichtenagentur ANF zu, dass die PKK

„trotz der Zweifel, die wir bei unseren Versammlungen hatten“

das Lösungskonzept von Öcalan unterstützt. Zum Newrozfest am 21. März verkündete Abdullah Öcalan einen einseitigen Waffenstillstand und forderte alle kurdischen Guerillakämpfer zum Rückzug aus der Türkei auf. Die Fortdauer der Verhandlungen in der Türkei wirkte sich auch auf das Veranstaltungsgeschehen der PKK-nahen Organisationen in Europa positiv aus. Alle Veranstaltungen der PKK-Anhänger in

Deutschland, von den alljährlichen Großveranstaltungen bis hin zu kleinen anlassbezogenen Protestkundgebungen, verliefen daraufhin im Berichtszeitraum außergewöhnlich friedlich und kooperativ. Nachdem das jährliche „Internationale Kurdistan-Kulturfestival“ der YEK-KOM im Vorjahr durch massive Ausschreitungen zwischen jugendlichen Kurden und der Polizei überschattet war, fand das Festival im Berichtsjahr störungsfrei und mit deutlich weniger Besuchern statt (2012: 40.000 Personen; 2013: 24.500 Personen).

Bei zahlreichen Veranstaltungen mahnten kurdische Demonstrantinnen die Aufklärung der Morde von Paris an.

Zurückhaltende Beteiligung der PKK an den „Gezi-Park-Protesten“

Am 28. Mai protestierten erstmals Bürger in Istanbul/Türkei gegen die Abholzung von Bäumen für ein Bauvorhaben im „Gezi-Park“. Nach einem gewaltsamen Vorgehen der türkischen Sicherheitskräfte gegen die Demonstranten weitete sich der Konflikt aus zu einer Protestbewegung breiter Bevölkerungsschichten gegen die als autoritär empfundene Politik der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP. Bis in den September hinein kam es in zahlreichen türkischen Städten zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Regierungskräften. International solidarisierten sich zahlreiche Menschen mit den Protestierenden in der Türkei. PKK-Anhänger nahmen an den Demonstrationen teil. Öcalan begrüßte laut „Yeni Özgür Politika“ vom 10. Juni, S. 5, diese Widerstandsbewegung, warnte jedoch,

„man müsse auf der Hut sein, dass man nicht von Nationalisten, Kemalisten und Putschisten vor deren Karren gespannt“

werde. Die PKK verzichtete folgerichtig auf eine gezielte, massenhafte Mobilisierung ihrer Anhänger im Zuge der „Gezi-Park-Proteste“; vermutlich auch, um die Friedensgespräche zwischen der türkischen Regierung und Öcalan nicht zu gefährden.

Exemplarisch für diese Haltung steht das Versammlungsgeschehen in Kiel am 15. Juni: Für diesen Nachmittag wurde eine Solidaritätsdemonstration zum Thema „Die aktuellen Proteste in der Türkei“ angemeldet, für die der Veranstalter mit einer Beteiligung der DKG rechnete. Für den gleichen Termin hatte jedoch eine Einzelperson für das „PYD-Komitee Kiel“ einen Informationsstand zum Thema „Lage in Syri-

en“ auf dem Bahnhofsvorplatz angemeldet, an dem sich dann nach Mobilisierung seitens der DKG ca. 50 Personen beteiligten.

Unterstützung für die Kurden in Syrien

Seit Beginn des Aufstandes in Syrien im Frühjahr 2011 verlagerten sich die Interessen der PKK darauf, die syrischen Kurden enger an die PKK zu binden. Als strategisches Fernziel der PKK zeichnet sich dabei die Einrichtung eines kurdischen Autonomiegebietes im Norden Syriens ab. In den kurdisch bewohnten Gebieten Syriens (im Sprachgebrauch der PKK als „Rojava“ bzw. „Westkurdistan“ bezeichnet), agiert zu diesem Zweck der syrische Ableger der PKK, nämlich die „Partei der demokratischen Union“ (Partiya Yekîtiya Demokrat, PYD). Deren militärischer Arm, die „Volksverteidigungseinheiten“ (Yekîneyên Parastina Gel, YPG), kämpfte im Berichtsjahr gegen die übrigen Bürgerkriegsparteien, insbesondere gegen die islamistischen Verbände der „al-Qaida“ zuzurechnenden „Jabhat al-Nusra“ und des „Islamischen Staates im Irak und Großsyrien“. Die PKK beschuldigte dabei die türkische Regierung, die „islamistischen Banden“ logistisch und finanziell zu unterstützen; den westeuropäischen Staaten unterstellte sie, die Ausreise islamistischer Glaubenskrieger absichtlich nicht zu verhindern. PKK-nahe Medien berichteten nahezu täglich über Menschenrechtsverletzungen der Islamisten an syrischen Kurden und lösten damit eine Welle der Solidarität unter den Kurden in Deutschland aus.

Hier engagierte sich die PKK für die Gründung eigener Strukturen der PYD, mobilisierte deutschlandweit zu Solidaritätskundgebungen und rief eine Sonderspendenkampagne für „Rojava“ ins Leben. Im Rahmen dieser Kampagne wurde auch in Kiel Geld gesammelt.

Seit der Jahresmitte tritt in Kiel ein „PYD Komitee Kiel“ in Erscheinung, dessen Aktionen von der DKG eng begleitet und unterstützt werden, wie z.B. der bereits erwähnte Informationsstand in Kiel am 15. Juni. Zum Thema „Die Lage der Kurden in Syrien“ fand am 1. August in Kiel auf Anmeldung des DKG-Vorsitzenden eine Demonstration mit ca. 110 Teilnehmern statt, von denen einige Spruchbänder mit „PYD Kiel“ und Fahnen der PYD trugen. Am 11. August mobilisierte die DKG zu einem weiteren Aufzug unter dem Motto „Massaker auf die kurdische Zivilbevölkerung in Westkurdistan“ mit 400 Teilnehmern, auch hier zeigten Teilnehmer Flaggen der PYD. Beide Versammlungen verliefen friedlich und kooperativ.

Obwohl sich die PKK-Anhänger direkt gegen die Aktivitäten der Islamisten in Syrien wandten („*Türkei finanziert – Al-Qaida massakriert*“ als Aufschrift auf einem Spruchband in Kiel am 11. August), nahmen die Sympathisanten der islamistischen Bürgerkriegsparteien bisher keine Notiz von den Protesten.

Auf einer Feier in Kiel-Gaarden am 7. Dezember zum 35. Gründungsjubiläum der PKK wurde ebenfalls für die PYD geworben. Die „Yeni Özgür Politika“ vom 9. Dezember, Seite 12, berichtete, der Vertreter der PYD habe den Kampf der PKK als „*unseren Kampf*“ bezeichnet,

„dieser sei zur Quelle der Inspiration und Hoffnung geworden“.

Kooperation mit deutschen Linken und Linksextremisten

Die „Kampagne Tatort Kurdistan“, ein Aktionsbündnis von PKK-nahen kurdischen Organisationen und Gruppen aus dem deutschen linken bzw. linksextremistischen Spektrum, unterstützte die Solidaritätsaktionen zugunsten der syrischen Kurden. So beteiligten sich Mitglieder der „Kampagne Tatort Kurdistan“ an dem Aufzug am 11. August in Kiel.

Am 22. November jährte sich das Betätigungsverbot der PKK in Deutschland zum 20. Mal. Aus diesem Anlass planten die PKK-nahen Organisationen in Deutschland mit monatelangem Vorlauf eine Großdemonstration in Berlin. Die Anmeldung dieser Großdemonstration und die vorbereitende Öffentlichkeitsarbeit im Internet wurden schließlich von der „Kampagne Tatort Kurdistan“ geleistet. An der Veranstaltung beteiligten sich rund 5.500 Personen, u.a. auch Teilnehmer aus Schleswig-Holstein. Die Versammlung selbst blieb im Wesentlichen störungsfrei, im Nachgang griffen allerdings ehemalige Versammlungsteilnehmer eine zufällig vorbeikommende türkische Hochzeitsgesellschaft tätlich an.

Politische Lobbyarbeit

In den letzten Jahren hatte die PKK-Europaführung mehrfach ihre Anhänger aufgerufen, sich in Parteien und Nicht-Regierungsorganisationen zu engagieren und so die europäische Öffentlichkeit für die – von der PKK definierten – Belange „der Kurden“ zu interessieren. Bei diversen Kommunal- und Landtagswahlen in Deutschland waren daraufhin Kurden mit Unterstützung der PKK-nahen Medien als Kandidaten

für „Die LINKE“ angetreten; deren Wahlergebnisse blieben jedoch teilweise hinter den Erwartungen der PKK zurück. Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 26. Mai trat in Kiel erstmals ein Vorstandsmitglied der DKG für eine lokale Wählergemeinschaft an.

Das primäre Ziel der politischen Lobbyarbeit bleibt die Streichung der PKK von der europäischen Terrorliste, aber auch für die Freilassung Abdullah Öcalans wurde im gesamten Berichtsjahr geworben. An mehreren Tagen der „Kieler Woche“ sammelten PKK-Anhänger vor dem Kieler Bahnhof und auf der „Kiellinie“ Unterschriften von Passanten im Rahmen der Kampagne „Freiheit für Öcalan“.

Dänisches Gericht entzieht Sendelizenzen von „Roj TV“ und „Nûçe TV“

Im Jahr 2008 untersagte das Bundesministerium des Innern die Betätigung des kurdischen Senders „Roj TV“ in Deutschland. Allerdings entschied der EuGH, dass aufgrund der europäischen Fernsehrichtlinie allein die dänischen Behörden dafür zuständig seien, den Ausstrahlungsbetrieb des mit dänischer Lizenz betriebenen Senders zu prüfen. Am 3. Juli entzog der Eastern High Court Kopenhagen in zweiter Instanz die Sendelizenzen der Fernsehsender „Roj TV“ und „Nûçe TV“ und verurteilte die Betreibergesellschaft zu einer Geldstrafe. Das Gericht stellte fest, dass die Fernsehsender als Sprachrohr der PKK fungierten. In den Sendeinhalten sei dazu aufgerufen worden, sich der PKK anzuschließen, sich an terroristischen Aktionen zu beteiligen sowie solche zu unterstützen. Die Betreibergesellschaft von „Roj TV“ meldete Konkurs an, statt die Geldstrafe zu entrichten. Den Sendebetrieb übernahm – ohne wesentliche inhaltliche Veränderungen – ein neuer Sender namens „Sterk TV“ (d.h. „Stern-TV“) mit norwegischer Lizenz.

Finanzierung

Die PKK finanziert sich durch die Mitgliedsbeiträge der YEK-KOM-Vereine, durch monatliche Spenden, durch den Verkauf von Publikationen und von Eintrittskarten für Veranstaltungen, in erster Linie aber durch die jährliche Spendenkampagne.

Obwohl die Kampfhandlungen in der Türkei seit dem Newrozfest ruhen, wurde die jährliche Spendenkampagne wie üblich im September begonnen. Aufgrund der Unterstützung der PKK für die PYD in Syrien und der regen Anteilnahme der hiesigen Kurden an dem Schicksal der syrischen Kurden dürfte die freiwillige Spendenbereitschaft weiterhin hoch sein. Seit Jahren wurden keine Fälle von Gewaltanwendung

bei der Spendensammlung in Schleswig-Holstein bekannt. Die PKK schätzt die jeweilige finanzielle Leistungsfähigkeit und legt im Voraus die Spendensumme für jede kurdisch-stämmige Familie fest; das Einsammeln der Spenden verläuft konspirativ. In Deutschland erbringt die Spendensammlung regelmäßig Millionenbeträge und ca. ein Drittel des gesamten Spendenaufkommens in Europa. Die Geldmittel werden zur Aufrechterhaltung der konspirativen und der „offenen“ Organisationsstrukturen der PKK, für die PKK-nahen Medien (insbesondere die Fernsehsender) und für die Ausrüstung und den Lebensunterhalt der Guerillatruppen in den Kampfgebieten im Nahen Osten verwendet.

Richtungsweisendes Strafverfahren:

Am 13. Februar verurteilte das OLG Hamburg den PKK-Funktionär Ali Ihsan Kitay wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung zu einer Haftstrafe von zweieinhalb Jahren. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Kitay als Gebietsleiter der PKK-Region Nord (u.a. Kiel) in den Jahren 2007 bis 2008 durch Spendengeldsammlungen und Propagandatätigkeiten die PKK in ihrem Guerillakampf gegen die Türkei unterstützt hatte. Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt. Die Entscheidung hat Präzedenzwirkung für die Strafverfolgung der PKK-Mitglieder in Deutschland: Erstmals wurde ein Unterstützer der PKK als Mitglied einer terroristischen Vereinigung im Ausland nach § 129b StGB verurteilt. Bis zu einem Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs vom 28. Oktober 2010 (BGH 3 StR 179/10) war die Führungsspitze der PKK in Deutschland strafrechtlich stets als inländische kriminelle Organisation nach § 129 StGB bewertet worden; die rangniederen Funktionäre und Aktivisten konnten nur wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz belangt werden.

Ausblick

Auch in Zukunft wird das Verhalten der PKK-Anhänger hierzulande maßgeblich durch die politischen Ereignisse in Nahost und durch die daraus folgenden strategischen Vorgaben der PKK-Europaführung beeinflusst werden. Eine Rückkehr der PKK zu Kampfhandlungen in der Türkei ist solange unwahrscheinlich, wie die Friedensgespräche zwischen der Regierung und Abdullah Öcalan andauern und die Aussicht besteht, im Zuge der Kommunalwahlen in der Türkei die politischen Gewichte zugunsten der Kurden zu verschieben. Bereits im Dezember rief die PKK-

nahe Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ ihre Leser in Deutschland auf, sich aktiv am Wahlkampf für die am 30. März 2014 anstehenden Kommunalwahlen in der Türkei zu beteiligen. Die PKK erwartet von ihren Anhängern, dass sie auf ihre wahlberechtigten Verwandten und Freunde Einfluss nehmen, um pro-kurdische legale Parteien zu stärken.

Allerdings hat die PKK trotz der Friedensverhandlungen im gesamten Berichtsjahr die Rekrutierung neuer Guerillakämpfer fortgesetzt und die „Volksverteidigungskräfte“ nicht wesentlich abgerüstet. Gegen Jahresende zeigte sich die PKK-Führung zunehmend ungehalten über die aus ihrer Sicht unzureichenden Zugeständnisse der türkischen Regierung und drohte eine Rückkehr zum bewaffneten Kampf nicht nur in der Türkei, sondern auch im Iran und Irak an. Der Kampf in Syrien, auf den sich die Propaganda und die Spendensammlung der PKK im Berichtsjahr konzentrierten, wird ohnehin intensiv fortgesetzt.

Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die PKK in Deutschland ihre sämtlichen auf die „Heimat“ gerichteten Aktivitäten (d.h. Propaganda, Spendensammlungen, Rekrutierung, Materialbeschaffung, politische Lobbyarbeit) wie gewohnt fortsetzt. Sollte der bewaffnete Kampf in der Türkei wieder aufgenommen werden, so wäre er in Deutschland voraussichtlich von Protestkampagnen – ggf. auch militanten Aktionen wie Brandanschlägen und Besetzungen – begleitet.

Perspektivisch könnte sich in Deutschland aus dem syrischen Bürgerkrieg ein neues Konfliktfeld ergeben, weil die Anhänger der PKK bzw. der PYD hier in Gegnerschaft zu den islamistischen Sympathisanten der Al-Qaida-nahen Bürgerkriegsparteien stehen. Bisher haben die Islamisten in Deutschland allerdings die verbalen Angriffe in den PKK-nahen Medien und die „Rojava-Solidaritätskundgebungen“ der PKK-Anhänger weitgehend ignoriert.

Für eine Abkehr der PKK von ihrem so genannten „Friedenskurs“ in Europa gibt es derzeit keine Hinweise. Im Gegenteil, die PKK versucht, durch Teilnahme kurdischer Organisationen an internationalen Konferenzen, durch Unterschriftensammlungen oder durch „Vorschieben“ politisch unbelasteter Organisationsstrukturen wie z.B. der PYD ihre gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen. Erklärtes Ziel aller Lobbyarbeit und Beteiligung in politischen Gremien bleibt es, eine Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland und eine Streichung von der EU-Terrorliste zu erwirken.

7.2 „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ („Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“ - ADÜTDF)

Die Friedensgespräche zwischen der türkischen Regierung und der PKK lösen bei den national gesinnten Türken starke Kritik aus, die u.a. auch auf der Jahreshauptversammlung der „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenverein in Deutschland e.V.“ (Almanya Demokratik Ülkücü Dernekleri Federasyonu - ADÜTDF) am 16. November geübt wurde. Es war von „abgebrühten und boshaften Verratsverhandlungen“ mit dem „Verbrecher von Imrali“ die Rede.

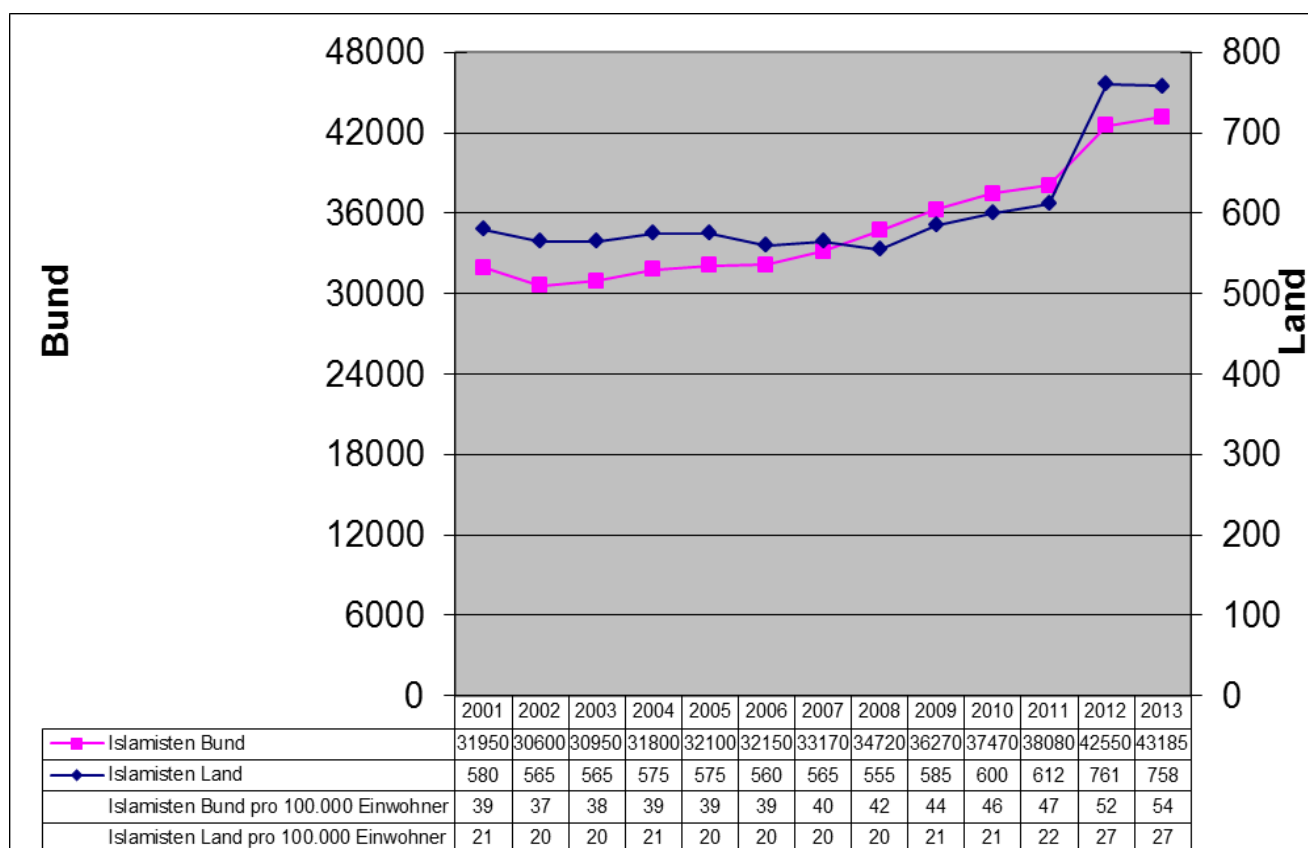
Die ADÜTDF ist in Deutschland der Dachverband der in Vereinen organisierten türkischen Nationalisten und wird als Auslandsvertretung der türkischen Partei „Milliyetçi Hareket Partisi“ (MHP) angesehen. Sie ist außerdem Mitglied der „Türkischen Konföderation in Europa“ (ATK). Streng hierarchisch strukturiert bis in die Vereinsebenen versuchen ihre Mitglieder das Türkentum in jeder Hinsicht, politisch oder kulturell, als höchsten Maßstab anzusetzen. Intoleranz und Abwertung gegenüber anderen Ethnien sind die Folge. Diese extreme Ideologie findet aber nicht nur in den ADÜTDF-Vereinen Unterstützung. Das Internet bietet ebenfalls eine Plattform. Hier finden sich neben Vereinsmitgliedern auch zahlreiche unorganisierte Anhänger. Ihre Sympathien für die türkischen Nationalisten werden schriftlich oder in Form von Symbolen geäußert. Zu den bekanntesten Symbolen gehört der „Bozkurt“ (Graue Wolf). Daher werden die Anhänger häufig auch nur als „graue Wölfe“ bezeichnet.

In Schleswig-Holstein gibt es neben einzelnen Personen, die über Internetnetzwerke wie z.B. „Facebook“ ihre türkische nationalpolitische Gesinnung mitteilen, auch mehrere Vereine. In den Städten Kiel, Neumünster, Rendsburg, Flensburg und Lübeck sind ADÜTDF-Vereine bekannt, die sich im Berichtsjahr öffentlich insgesamt unauffällig darstellten.

**8 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängierzahlen der extremistischen
Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im
Bundesgebiet 2011 bis 2013**

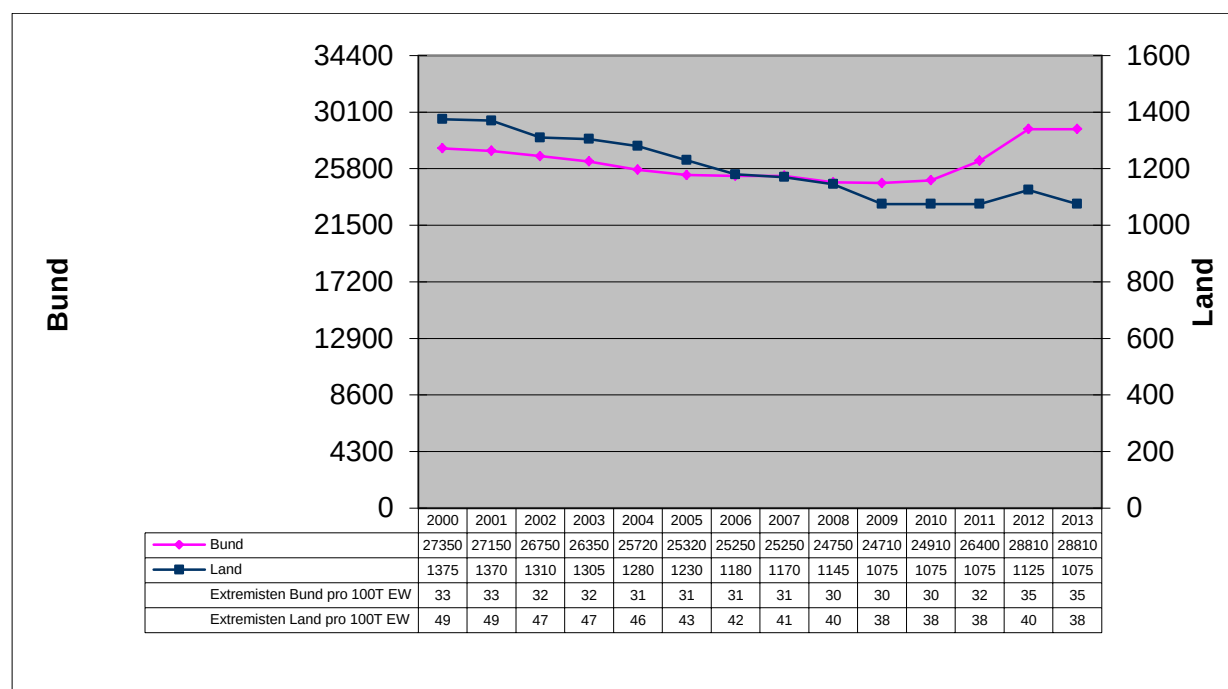
Islamismuspotenzial			
	2011	2012	2013
Arabischer Ursprung	122	281	278
Türkischer Ursprung	490	480	480
Summe Land	612	761*	758
Summe Bund	38.080	42.550*	43.185

* Die signifikante Steigerung der Gesamtzahl resultiert insbesondere daraus, dass zum ersten Mal das Personenpotenzial des Bereichs Salafismus zahlenmäßig eingeflossen ist.



**Mitgliederpotenzial extremistischer Ausländerorganisationen
(ohne Islamismus)**

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit		Linksextremisten	Extreme Nationalisten	Gesamt
Kurden	2013	650		650
	2012	650		650
	2011	650		650
Türken	2013	Einzelmitglieder	400	400
	2012	Einzelmitglieder	450	450
	2011	Einzelmitglieder	400	450
Iraner	2013	25		25
	2012	25		25
	2011	25		25
Summe Land	2013	675	400	1.075
	2012	675	450	1.125
	2011	675	400	1.075
Summe Bund	2013	17.970	10.840	28.810
	2012	17.970	10.840	28.810
	2011	18.570	7.840	26.410



V Übersicht im Bericht genannter extremistischer Organisationen

1 Rechtsextremistische Bestrebungen

Aktionsbündnis Lübeck/Stormarn

Autonome Nationale Sozialisten Stormarn

Autonome Nationalisten

Blood & Honour

Braune Hilfe

Brigade 8 Crew

Deutsche Volksunion (DVU)

Die Rechte

Einherjer

Freie Nationalisten Nordfriesland

Freundeskreis Udo Voigt (Sachsen)

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.
(HNG)

Jagdstaffel D.S.T.

Jugend Pinneberg

Junge Nationaldemokraten (JN)

Kommunalpolitische Vereinigung (der NPD)

Landser

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) (incl. des Landesverbandes und
der Kreisverbände SH)

Nationale Sozialisten Offensive Herzogtum Lauenburg (NASO-LB)

Nationaler Bildungskreis

Nationaler Widerstand Lübeck

Ring Nationaler Frauen

Sturmwehr

Timebomb

Unsterbliche

Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft

Wächter Midgards

Wahlalternative Kieler Bürger (WaKB)

Weißer Wölfe Terrorcrew

Words of Anger

2 Linksextremistische Bestrebungen

Autonome Antifa Koordination Kiel (AAKK)

Avanti – Projekt undogmatische Linke (Avanti)

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU)

██████████

Interventionistische Linke (il)

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Marx 21

Rote Hilfe e.V. (RH)

Sozialistische Alternative VORAN (SAV)

Sozialistische Arbeitergruppe (SAG)

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

3 Extremistische Bestrebungen mit Auslandsbezug

Al-Qaida (Kern-Al-Qaida)

Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel

Al-Qaida im islamischen Magreb

An-Nusra

Ansar al-Islam

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

DawaFFM

Deutsch-kurdische Gesellschaft e.V. Kiel

Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.

Hizb Allah

Islamische Audios

Islamische Bewegung Usbekistans

Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs

Islamischer Staat Irak und Großsyrien

Jabhat al-Nusra

KADEK

Kaukasisches Emirat

KCK

KKK

Kongra Gel

Millatu Ibrahim

Muslimbruderschaft

Muslimische Jugend in Deutschland

Rauti Schach/Komal Kari

Salafistische Bestrebungen

Tablighi Jamaat

Türkische Hizbullah

Waisenkindersprojekt Libanon e.V.

YEK-KOM